D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 49
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

4. Dezember 1981
Preis 1 DM

Befreiungskampf in Azania zeigt neue Elemente
Erstmals verbinden sich Streiks der städtischen Arbeiter mit solchen der Landarbeiter. Ein Bericht von Zola Sonkosi, Mitglied des ANC/AN . S. 9



Kindergärten werden Opfer der Haushaltssanierer
Durch massiven und anhaltenden Protest haben in Hamburg Eltern, Erzieher, Sozialarbeiter und Kinder die Senatspläne vorerst gestoppt ...... S. 3

Diskussionen im Vorfeld der Hessischen Landtagswahlen
Wie können die Wahlen genutzt werden? Wie Börner abwählen, ohne Dregger zur Macht zu verhelfen? Fragen, die sich die Bewegung stellt .. S. 6

Die Krise der Gewerkschaftsjugend
Die traditionelle Politik der DGB-Jugend wird kritisiert. Dabei wird auch von den Erfahrungen der Lehrlingsbewegung ausgegangen .... S. 14

Lummers Ausländererlaß

nia. Westberlin. 15000–20000 demonstrierten am Samstag, den 28.11., in Westberlin gegen den neuen Ausländererlaß des Senats. Auf Einladung des Ausländer-Bereichs der Alternativen Liste hatten sich am Mittwoch zuvor ca. 80 ausländische und deutsche Organisationen zu einer Aktionseinheit zusammengefunden. „Lummer und sein Erlaß muß weg" war ihre gemeinsame Forderung.

Nach den Häuserräumungen im September hat sich Lummer nun einer zweiten, in der Regierungserklärung von Weizsäckers vom 2.7.81 genannten „Problemgruppe" angenommen.
Dort heißt es, daß eine menschenwürdige Mitbürgerschaft zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung nur möglich ist, wenn es gelingt, wirksame Maßnahmen gegen einen *weiteren* Ausländerzuzug zu ergreifen.
Dem sollen die am 20.11. in Kraft getretenen Änderungen des Ausländererlasses dienen, indem
– Kinder nach dem vollendeten 16. Lebensjahr nicht mehr nachziehen dürfen;
– sowie Kinder, von denen ein Elternteil im Ausland lebt;
– sowie Kinder und Ehegatten, wenn der betroffene Ausländer nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis zur Aus- und Fortbildung hat.
– Kinder über 18 dürfen nur bleiben, wenn sie mindestens 5 Jahre in Deutschland sind *und* ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis nachweisen können, oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben.
Wesentlich an diesem Erlaß ist jedoch nicht die Verhinderung weiteren Zuzugs von Ausländern, deren prozentualer Anteil an der Westberliner Gesamtbevölkerung geringer ist als in vielen anderen westdeutschen Großstädten, sondern die damit geschaffene

Nach den Häuserräumungen im September hat sich Lummer nun einer zweiten, in der Regierungserklärung von Weizsäckers vom 2.7.81 genannten „Problemgruppe" angenommen.

Dort heißt es, daß eine menschenwürdige Mitbürgerschaft zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung nur möglich ist, wenn es gelingt, wirksame Maßnahmen gegen einen *weiteren* Ausländerzuzug zu ergreifen.

Dem sollen die am 20.11. in Kraft getretenen Änderungen des Ausländererlasses dienen, indem
– Kinder nach dem vollendeten 16. Lebensjahr nicht mehr nachziehen dürfen;
– sowie Kinder, von denen ein Elternteil im Ausland lebt;
– sowie Kinder und Ehegatten, wenn der betroffene Ausländer nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis zur Aus- und Fortbildung hat.
– Kinder über 18 dürfen nur bleiben, wenn sie mindestens 5 Jahre in Deutschland sind *und* ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis nachweisen können, oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben.

Wesentlich an diesem Erlaß ist jedoch nicht die Verhinderung weiteren Zuzugs von Ausländern, deren prozentualer Anteil an der Westberliner Gesamtbevölkerung geringer ist als in vielen anderen westdeutschen Großstädten, sondern die damit geschaffene Möglichkeit, jugendliche Ausländer ohne Arbeit abzuschieben.

Bereits am 12.11. hatte Arbeitssenator Wronski erklärt, daß eine Minderung der in Westberlin besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit v.a. durch eine Verhinderung weiterer Ausländer-Zuströme zu erreichen sei; und das Problem nicht in fehlenden Ausbildungsplätzen bestünde. Und nannte als Beleg die Tatsache, daß in den letzten 5 Jahren 10000 jugendliche Ausländer, fast ausschließlich Türken, nach Westberlin gekommen seien (Tagesspiegel, 13.11.81).

Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Monaten drastisch gestiegen. Während im Mai 1981 „nur" 2809 Jugendliche unter 20 arbeitslos *gemeldet* waren – 7,3% – (BRD 3,6%), so waren es Ende Oktober schon 4042, 10,5%. Dabei ist davon auszugehen, daß die tatsächliche Zahl weit höher ist, weil sich ein großer Teil der deutschen Jugendlichen nicht mehr arbeitslos meldet. Dazu kommen die nach dem 31.12.1976 zugezogenen ausländischen Jugendlichen (s.o.), die in der Regel keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten und somit auch nicht als arbeitslos registriert sind.

Mit dem neuen Ausländererlaß hat der Innensenat eine weitere Presseerklärung herausgegeben, in der er versucht, den Erlaß zu begründen. Unter „Integrationsmöglichkeiten durch steigende Zahl der Türken erschöpft" heißt es darin, daß von den heute 1,993 Mio. Einwohnern über 240000 Ausländer sind, während 1965 von 2,2 Mio. nur 40000 Ausländer waren. Die Hälfte aller Ausländer sind Türken, die in immer größerem Umfang unter Ausnutzung der Nachzugsberechtigung ihre Kinder kurz vor dem 18. Lebensjahr nachholen. Diese aber seien besonders schwer zu integrieren, weil sie nicht mehr schulpflichtig sind, und daher nicht die für eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz notwendige Qualifikation erwerben könnten. – Weiter

wird darauf hingewiesen, daß schon heute die Hälfte aller Kreuzberger Kinder Ausländer sind und die Schulen dadurch völlig überfordert. – Daß sich die Ausländerkriminalität in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt hat und der prozentuale Anteil bei den Ausländern inzwischen höher ist als bei den Deutschen. Dann auf den sogenannten Ausländerextremismus, besonders unter den Türken, auf deren Verhalten die Entwicklungen in ihrem Heimatland erheblichen Einfluß hätten. – Weiter auf die wachsende Zahl von Asylbewerbern. – Und obendrein sei das Interesse an einer Einbürgerung, auch unter denen, die die Möglichkeit dazu hätten, sehr gering. 1980 z.B hätten nur 50 von 21400 berechtigten Türken diese beantragt.
Alles in allem ein demagogisch recht geschicktes Papier, das an vorhandenen Problemen immer wieder geschürten Vorurteilen gegenüber den Ausländern versucht anzuknüpfen.
Die angemessene Antwort hat der Senat bekommen. Außer von AL und SPD gab es eine scharfe Protesterklärung des DGB, der von einem eklatanten Verstoß gegen die Menschenrechte sprach, und von der IG Metall und der GEW. Daneben haben sich die Landesleitung Westberlin der Ev. Kirche, Eltern- und Schülervertretungen, vor allem im Bereich der Berufsbildung, Mietervertretungen, Jugendprojekte

wird darauf hingewiesen, daß schon heute die Hälfte aller Kreuzberger Kinder Ausländer sind und die Schulen dadurch völlig überfordert. – Daß sich die Ausländerkriminalität in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt hat und der prozentuale Anteil bei den Ausländern inzwischen höher ist als bei den Deutschen. Dann auf den sogenannten Ausländerextremismus, besonders unter den Türken, auf deren Verhalten die Entwicklungen in ihrem Heimatland erheblichen Einfluß hätten. – Weiter auf die wachsende Zahl von Asylbewerbern. – Und obendrein sei das Interesse an einer Einbürgerung, auch unter denen, die die Möglichkeit dazu hätten, sehr gering. 1980 z.B hätten nur 50 von 21400 berechtigten Türken diese beantragt.

Alles in allem ein demagogisch recht geschicktes Papier, das an vorhandenen Problemen immer wieder geschürten Vorurteilen gegenüber den Ausländern versucht anzuknüpfen.

Die angemessene Antwort hat der Senat bekommen. Außer von AL und SPD gab es eine scharfe Protesterklärung des DGB, der von einem eklatanten Verstoß gegen die Menschenrechte sprach, und von der IG Metall und der GEW. Daneben haben sich die Landesleitung Westberlin der Ev. Kirche, Eltern- und Schülervertretungen, vor allem im Bereich der Berufsbildung, Mietervertretungen, Jugendprojekte u.a. gegen den Erlaß ausgesprochen.

Auch westdeutsche Politiker, wie z.B. der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, meldeten sich kritisch zu Wort. Doch bemängelten sie, daß Berlin ohne Vorankündigung vorgeprescht sei und sich dadurch das Problem nur auf andere Bundesländer verlagere. Dabei hatte Lummer dies durchaus gesehen und daher vorgeschlagen, das Ausländergesetz in einer Reihe von Punkten zu ändern; weitergehender als der Erlaß, insbesondere hinsichtlich der Einschränkung politischer Tätigkeit.

Gegen den massiven Protest von allen Seiten sah sich Lummer in der Abgeordnetenhaussitzung am 26.11. genötigt, Abstriche zu machen, dergestalt, daß die Abschiebungsbestimmungen nur für Jugendliche gelten sollten, die nach dem 20.11.1981 zugezogen sind. Am nächsten Tag wurde der Erlaß jedoch in seiner ursprünglichen Form im Amtsblatt veröffentlicht und heraus kam auch, daß die Ausländerbehörde schon seit dem 20.11. auf Grundlage des Erlasses arbeitet. – Erst am 1.12. beschloß der Senat, den Erlaß auszusetzen bis zur parlamentarischen Beschlußfassung darüber.

Am 1.12. hat nun Schleswig-Holstein einen ähnlichen Erlaß verabschiedet, und Ehrenberg hat einen Gesetzentwurf zum Ausländerrecht eingebracht, der ebenfalls auf dieser Linie liegt. Es scheint Methode zu werden, daß CDU-regierte Länder vorpreschen, um bestimmte reaktionäre Maßnahmen bundesweit durchzusetzen.



Auf der Bremer AG Weser-Werft hat der Betriebsrat zu einer Spendensammlung für polnische Werftarbeiter aufgerufen. Animiert wurde er dazu durch Kollegen, die in Polen gewesen waren und über die Lebensmittelknappheit dort berichtet haben. Es wurden Beträge zwischen 5 DM und 50 DM gestiftet und insgesamt 31 Pakete verschickt. Sie gingen an alle Werftarbeiter, die auf der Danziger Lenin-Werft arbeiten. Unter dem Motto „Werftarbeiter helfen Werftarbeiter" sollte dies als eine humanitäre Hilfe verstanden werden. Geplant ist, daß zu den polnischen Werftarbeitern eine Art Patenschaft aufgebaut wird und dies nicht die einzigen Pakete bleiben sollen.

Polen: Partei verlangt Vollmachten, während Machtbasis zerfällt

Walesa: Gefahr unkontrollierter sozialer Explosionen, Hilfe ist nötig

Von Gerd Koenen

Ob der Besuch des Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, Kulikow, bei General Jaruzelski unmittel-
Betriebsorganisationen sind auf einen kleinen harten Kern zusammengeschrumpft, der in einer Reihe großer Betriebe jetzt von den Belegschaften
nigung zwischen Regierung und Gewerkschaft abhängig gemacht. Fast erscheint der Beschluß des Politbüros und ZK der PVAP als ein gezielter An-



Auf der Bremer AG Weser-Werft hat der Betriebsrat zu einer Spendensammlung für polnische Werftarbeiter aufgerufen. Animiert wurde er dazu durch Kollegen, die in Polen gewesen waren und über die Lebensmittelknappheit dort berichtet haben. Es wurden Beträge zwischen 5 DM und 50 DM gestiftet und insgesamt 31 Pakete verschickt. Sie gingen an alle Werftarbeiter, die auf der Danziger Lenin-Werft arbeiten. Unter dem Motto „Werftarbeiter helfen Werftarbeiter" sollte dies als eine humanitäre Hilfe verstanden werden. Geplant ist, daß zu den polnischen Werftarbeitern eine Art Patenschaft aufgebaut wird und dies nicht die einzigen Pakete bleiben sollen.

Polen: Partei verlangt Vollmachten, während Machtbasis zerfällt

Walesa: Gefahr unkontrollierter sozialer Explosionen, Hilfe ist nötig

Von Gerd Koenen

Ob der Besuch des Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, Kulikow, bei General Jaruzelski unmittelbar vor der ZK-Sitzung vielleicht den Charakter eines Dienstgesprächs angenommen hat; ob die Hardliner im Politbüro um Olszowski und den Ultra Siwak die Oberhand gewonnen haben; oder ob die Führung der PVAP kollektiv den Kopf verloren hat – der nun zum dritten Mal im Parlament eingebrachte Antrag, der Regierung „Sondervollmachten" zu erteilen, die hart an den Rand der Verhängung des Kriegsrechts führen, wird sich so oder so als eine weitere Dummheit erweisen. Dem Hörensagen nach – der genaue Text des Entwurfs lag nicht vor – soll die Regierung ermächtigt werden, öffentliche Versammlungen (außer religiösen) gegebenenfalls zu verbieten; die Freizügigkeit in Polen und nach außen zu beschränken; die Zensurschraube erneut anzuziehen; und die Kompetenzen der Militärgerichte weiter auszudehnen. Dies Sondergesetz soll zusammen mit dem Gewerkschaftsgesetz vorgelegt werden, worin Streiks nur nach Ausschöpfung aller andern Mittel der Konfliktlösung zugelassen wären. Das käme einem Streikverbot nahe.

Dieser ZK-Beschluß kommt in einer Situation, worin sich in den Verhandlungen zwischen „Solidarität" und Regierung der dünne Hoffnungsschimmer eines neuen gesellschaftlichen Kompromisses abzeichnet; aber auch zu einem Zeitpunkt, wo die Partei selbst in eine immer desolatere Lage gebracht hat. Über 20% der Mitglieder sind seit dem Sommer 1980 ausgetreten oder ausgeschlossen worden, wie jetzt offiziell bestätigt wurde. Vor allem die Betriebsorganisationen sind auf einen kleinen harten Kern zusammengeschrumpft, der in einer Reihe großer Betriebe jetzt von den Belegschaften wegen ungerechtfertigter Privilegien (Sitzungen während der Arbeitszeit, Räumlichkeiten, Einspruchsrechte usw.) hart attackiert wird. In einigen Regionen haben jetzt sogar die Delegierten des letzten Parteitags der PVAP sich auf eigene Initiative versammelt, so in Lódz, und haben in bitterem Ton gehaltene Protestschreiben an das Politbüro und ZK gesandt, daß ihre Hoffnungen auf Reformen enttäuscht worden seien. Zu allem Überfluß wurde das Ergebnis einer Meinungsumfrage bekannt, das der „Solidarität" wie der Kirche einen Unterstützungsquotienten von 95 Prozentpunkten zubilligte, während die Partei auf ganze 7 Punkte kam.

Ob das Parlament den Anträgen des ZK der PVAP und der Regierung zustimmt, ist auch diesmal nicht sicher (zweimal hat sich der Sejm schon verweigert). Die sich abzeichnenden Bruchlinien sogar zwischen den sog. „Blockparteien" würden jedenfalls tiefer. Und was von allen Ausnahmevollmachten wirklich durchgesetzt werden kann, das wird eine zweite Frage sein.

Aufruf zur Hilfe für Polen
Siehe Seite 13

In den Verhandlungen mit der Regierung hat „Solidarność" eine kompromißfähige Vorlage für die Einrichtung eines sog. „Gesellschaftsrates" gemacht; und die Kirche hat ihrerseits ihre Beteiligung daran ganz von der Einigung zwischen Regierung und Gewerkschaft abhängig gemacht. Fast erscheint der Beschluß des Politbüros und ZK der PVAP als ein gezielter Anschlag gegen diese Verhandlungen. Die Gewerkschaft hat vorgeschlagen, ein 21köpfiges Gremium zu schaffen, das nicht mehr, wie ursprünglich gefordert, autoritative Vollmachten zur Lösung der Krise erhalten soll, aber berechtigt wäre, alle Entscheidungen der Regierung zu kontrollieren wie solche zu initiieren, und vor allem die „Glaubwürdigkeit der Informationen" zu prüfen. Solche Zugeständnisse kann „Solidarność" sich erlauben wegen der Wucht der ganzen gesellschaftlichen Bewegung. Dabei hat es um diese Kompromißangebote erneut schwere Auseinandersetzungen gegeben, und die kommende Sitzung der Landeskommission der Gewerkschaft wird möglicherweise zum offenen Konflikt führen. In der Situation anhaltender sozialer Unrast (Aktionen der Bauern im ganzen Land, Besetzungsstreiks der Studenten an fast allen Universitäten, Streiks der Gymnasiasten, und zuletzt ein als Meuterei behandelter Streik der Offiziersanwärter der Feuerwehr) sind diese Differenzen ganz begreiflich. Viel gefährlicher sind die Zerwürfnisse innerhalb der herrschenden Klasse und Partei, die dabei ist zu stürzen, mehr aus eigener Schwäche als aus irgendeinem andern Grund, und dabei sinnlos um sich zu schlagen beginnt. Gerade das könnte in diesem Hungerwinter jene „spontanen Unmutsexplosionen" auslösen, vor denen Lech Walesa so eindringlich gewarnt hat. Materielle Hilfe für Polen wird in dieser Lage zu einem Gebot der Stunde, über alle humanitären Gründe hinaus.

„Wer den Doppelbeschluß kippen will, gefährdet die Verhandlungen“

Von Lutz Plümer

Nun haben sie also begonnen, die Verhandlungen in Genf. Und schon beginnt das große Umfallen in den Reihen der sozialdemokratischen Abgeordneten und Mandatsträger, die für den Münchner Parteitag der SPD das Kippen der sozialdemokratischen Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß sich vorgenommen und vorausgesagt hatten. Daß es in München zum Schwur kommt, davon ist jetzt kaum noch die Rede. Denn dann laufen noch die Verhandlungen in Genf, die nicht gestört werden dürfen. „Spätestens auf dem übernächsten Parteitag“ heißt es inzwischen. Dann aber wird aller Voraussicht nach der Kampf gegen die Einführung noch neuerer und gefährlicherer Waffensysteme auf der Tagesordnung stehen, sofern bis dahin alles gut geht und man sich auf die Logik einläßt, die Verhinderung der jeweils gerade anstehenden Einführung neuer Waffensysteme sei die jeweils nächstliegende und vordringliche Aufgabe der Friedensbewegung.

Landauf landab wird der Verhandlungsbeginn als Erfolg deutscher, genauer gesagt sozialliberaler Politik, angepriesen. Das Mittel, mit dem man die Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten habe herbeiführen können, sei gerade der NATO-Doppelbeschluß. Wer heute noch einen Beschluß fasse, der NATO-Doppelbeschluß solle weg, der wolle die Genfer Verhandlungen kippen. So noch einmal Egon Bahr auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg am Wochenende. Und Willy Brandt bezeichnete es als ermutigend, daß die „Null-Option“ von den USA wie der Sowjetunion im Prinzip als Verhandlungsziel akzeptiert sei.

Besteht also doch die Chance, daß die sozialliberale Entspannungspolitik dazu beiträgt, eine neue Eskalation des nuklearen Wettrüstens zwischen den beiden Supermächten zu verhindern? Manches scheint dafür zu sprechen. Die inzwischen allseits beschworene „Null-Option“ ist tatsächlich zunächst von deutscher Seite, genauer von Willy Brandt, ins Gespräch gebracht worden, zunächst unter wütendem Geheul aus Washington. Der Substanz nach sind Reagans Vorschläge aber nichts anderes als das, was bereits im Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 drinsteht. Leonid Breschnew hat die Bereitschaft der Sowjetunion angedeutet, die eine oder andere SS 20 nach Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen eines Moratoriums zurückzuziehen. Aber durch eine Verlegung östlich des Urals, von wo aus sie Westeuropa ebenso gut erreichen können wie von den bisherigen Standorten aus, wäre auch nichts gewonnen. Tatsache ist, daß die Chefunterhändler aus Washington und Moskau ab sofort dienstags und freitags in Genf an einem Tisch sitzen, um über die atomare Aufrüstung Europas zu befinden – aber nicht einmal die europäischen Regierungen sind an den Verhandlungen beteiligt, die doch das Schicksal der europäischen Völker zum Gegenstand haben.

Die Genfer Verhandlungen sind zunächst einmal nicht mehr als sinnbildlicher Ausdruck der Tatsache, daß über das Schicksal Europas in Washington und Moskau entschieden wird. Dies wird auch kaum anders werden können unter Regierungen, die ihr Schicksal an den Ausgang eben dieser Verhandlungen knüpfen.

Es gibt aber einige Ausnahmen. Der rumänische Staatschef Ceaucescu hat die Anwesenheit der Europäer bei den Verhandlungen gefordert, denn: „Die Anwesenheit der Europäer bei den Verhandlungen hätte einen positiven Einfluß, trüge zum guten Verlauf bei und wäre ein positiver Faktor für Europa, denn schließlich können die Europa betreffenden Fragen nicht in seiner Abwesenheit gelöst werden.“ Solche Äußerungen mögen innenpolitisch motiviert sein, und ein Beobachterstatus der europäischen Regierungen an den Genfer Verhandlungen kann auch kaum das Ziel sein, um das es im Kampf gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen geht. Aber immerhin klingt in solchen Bemerkungen an, worum es geht: daß die europäischen Fragen nicht in Abwesenheit der Europäer durch die beiden Supermächte entschieden werden, sondern daß sie von den europäischen Völkern unabhängig von den beiden Supermächten, auf jeden Fall aber in Abwesenheit ihrer Nuklearwaffen gelöst werden müssen.

Marburger Bündnis geplatzt

Die Grünen sind nicht anders als anderswo

mip.Marburg. Am letzten Freitag hat die SPD Marburg beschlossen, das Einigungspapier mit Grünen und FDP aufzukündigen und nun für Marburg erneut eine große Koalition anzustreben. Anlaß war eine Aktion gegen Börner und die Startbahn West am 18.11. in Marburg, an der sich u.a. die Stadtparlamentsmitglieder der Grünen beteiligt haben. Damit sind einige hochtrabende Erwartungen in dieses Bündnis zerstoben.

Als es vor einem Jahr zur öffentlichen Auseinandersetzung um eine alternative Kommunalpolitik für Marburg kam, beteiligten sich daran nur die Partei der Grünen und das Sozialistische Zentrum. Die Aufforderung an alle Marburger Initiativen, sich an solch einer Initiative zu beteiligen, fand keine Resonanz. Angestrebt war eine offene Liste, festgelegt werden sollte die Arbeit in einem kommunalpolitischen Arbeitskreis, der öffentlich ist. Diesem Konzept widersetzten sich die Grünen erfolgreich: Die Kandidatenaufstellung erfolgte durch die Grünen, daneben wurde ein kommunalpolitischer Arbeitskreis der Grünen gegründet, mit unbestimmten Rechten. Immerhin fanden im Arbeitskreis und auf der Liste „Nichtgrüne“ Aufnahme. In dem Arbeitskreis (KAK) wurde das Wahlprogramm erarbeitet, der Wahlkampf bestritten sowie nach dem Einzug von vier Kandidaten ins Parlament die Verhandlungen mit SPD und FDP aufgenommen.

Die Ergebnisse der Wahl brachten vor allem bei der SPD einiges in Bewegung, eine erneute große Koalition war gegenüber den Mitgliedern nicht durchsetzbar. Wollte sie am Drücker bleiben, mußte sie sich auf Verhandlungen einlassen. Diese Verhandlungen riß der Vorstand der Grünen an sich, um dann innerhalb einer Woche ein Einigungspapier zustande zu bringen (Materialheft Wirtschaft und Politik 10/81). Seitdem war das Papier heftig umstritten: „Zusammenfassend können wir festhalten, daß die Punkte Stadtentwicklung, Umweltpolitik und Energiepolitik deutliche Forderungen der Grünen enthalten und den Schritt in die richtige Richtung weisen.“ (Aus einem Papier des KAK)

Es wurde festgelegt, die innerstädtische Autobahn nicht an das überregionale Verkehrsnetz anzubinden, die Zweckentfremdung von Wohnraum einzuschränken, Planung eines Blockheizkraftwerkes.

„Dagegen sind die Punkte Haushalt und Wirtschaft nur entsprechend den sozial- und freidemokratischen Positionen angefaßt. Auch der Punkt Wohnen ist so allgemein angefaßt, daß die Verwirklichung der von uns erarbeiteten Ansätze unwahrscheinlich wird.“ (Papier des KAK) Es wurde festgelegt: die Beschränkung der Kreditaufnahme auf 12 Mio. DM, das Kostendeckungsprinzip bei Gas und Wasser, die Finanzierung des Defizits des Nahverkehrs aus den Stromüberschüssen, unveränderte Steuerhebesätze.

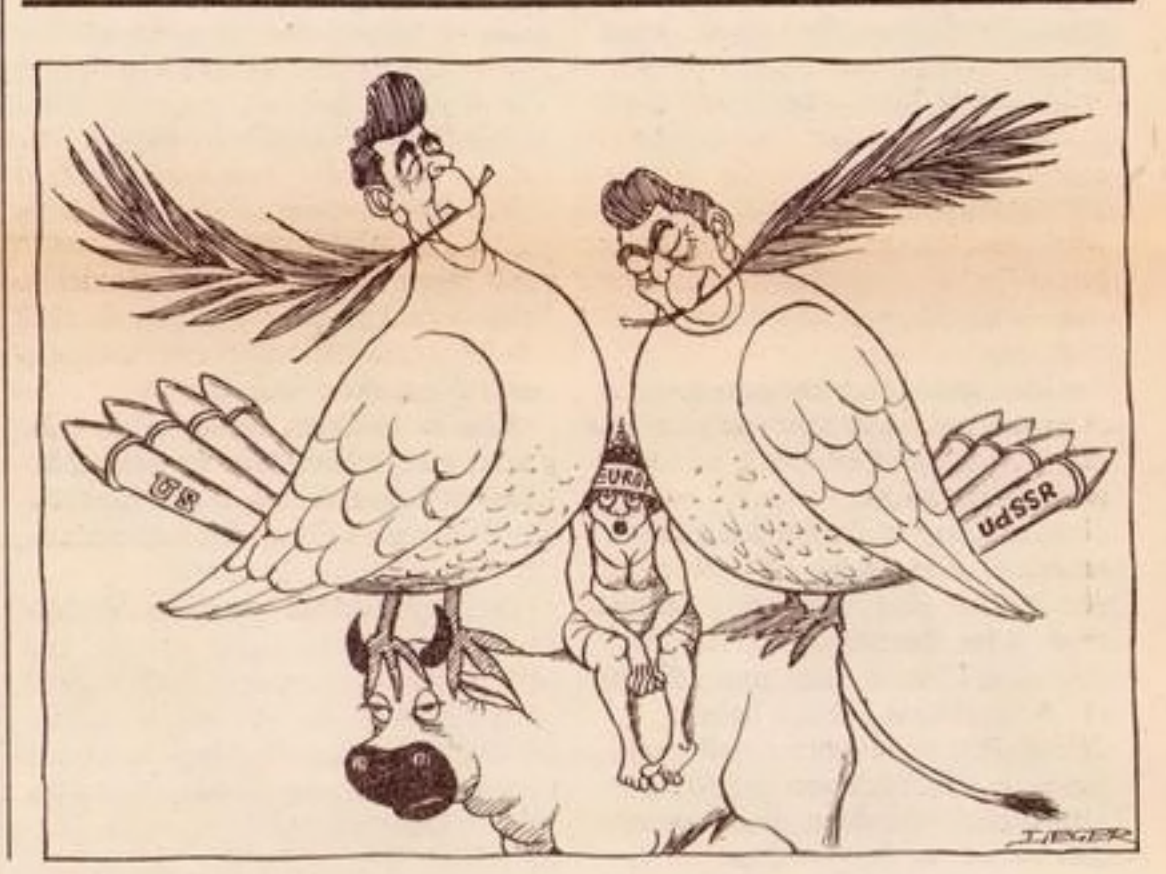
Dazu gab es noch den Posten des Vorsitzenden des Bauausschusses für die Grünen.

Seitens der SPD-Führung war die Absicht mit dem Bündnis klar: einige Zugeständnisse zwecks Einbindung der Grünen und Wiederwahl des SPD-Oberbürgermeisters im nächsten Jahr. Für die Grünen gab es dagegen die Möglichkeit, die Situation zu nutzen, um innerhalb einer Koalition einige Forderungen der Bewegung gegenüber der SPD zu verankern, wie z.B. die Nichtanbindung der Stadtautobahn an das überregionale Verkehrsnetz, was bedeuten würde, den gesamten Verkehr Hannover – Frankfurt durch Marburg zu leiten.

Trotz Kritik am Einigungspapier hat der KAK auf Grundlage der geschaffenen Situation politische Initiativen entfaltet, so gegenüber dem Ansinnen des OB, saftige Gebührenerhöhungen für Nahverkehr, Gas, Strom und Müll durchzuführen. In den Verhandlungen sind bestimmte Bedingungen gestellt worden, wie keine Erhöhung der Sozialtarife im Nahverkehr, Reduzierung der Preiserhöhungen für die Gasvollversorger und anderes mehr. Die anstehenden Haushaltsberatungen wurden vorbereitet, und es wurde untersucht, wie in diesem Haushalt den Forderungen der verschiedenen kommunalen Initiativen Geltung verschafft werden kann.

Am 18.11. hatte Börner seinen Besuch im Marburger Schloß angesagt. Es wurde aufgerufen, ihn entsprechend zu empfangen. Da nun durch Demonstranten alle Wege in das Schloß versperrt waren, konnte die Eröffnung der Ausstellung, zu der Börner geladen hatte, nur im kleinsten Kreise stattfinden. Den Rückzug ließ sich Börner von einer BGS-Einheit freiknüppeln. Die Beteiligung der Grünen, besonders des Bauausschußvorsitzenden Kuhnert, an der Demonstration, war Anlaß für die CDU und Teile der SPD, von „nie dagewesener Gewalttätigkeit“ zu reden und Jan Kuhnert als „nicht tragbar“ hinzustellen. Nur weil die Gebührenerhöhung im Dezember durchgeknüppelt werden soll, wurde auf die sofortige Abwahl des Bauausschußvorsitzenden seitens der SPD verzichtet.

Die SPD-Führung konnte allerdings das Bündnis aufkündigen und sieht die Möglichkeit, nun auf eine große Koalition mit der CDU umzuschwenken. Für den KAK wird es nun darauf ankommen, sich verstärkt um die Öffentlichkeit der Magistratspolitik zu kümmern und gestützt auf die verschiedenen Initiativen, deren Interessen im Parlament und in den Ausschüssen zu vertreten sowie den Unmut in Teilen der SPD über die nun anstehende große Koalition positiv – sei es auch nur punktuell – zu nutzen. Dem Parteigehabe einiger Grüner in Marburg ist der Boden entzogen, was eine Bedingung für eine Öffnung der Grünen ist.



handlungsbeginn als Erfolg deutscher, genauer gesagt sozialliberaler Politik, angepriesen. Das Mittel, mit dem man die Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten habe herbeiführen können, sei gerade der NATO-Doppelbeschluß. Wer heute noch einen Beschluß fasse, der NATO-Doppelbeschluß solle weg, der wolle die Genfer Verhandlungen kippen. So noch einmal Egon Bahr auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg am Wochenende. Und Willy Brandt bezeichnete es als ermutigend, daß die „Null-Option“ von den USA wie der Sowjetunion im Prinzip als Verhandlungsziel akzeptiert sei.

Besteht also doch die Chance, daß die sozialliberale Entspannungspolitik dazu beiträgt, eine neue Eskalation des nuklearen Wettrüstens zwischen den beiden Supermächten zu verhindern? Manches scheint dafür zu sprechen. Die inzwischen allseits beschworene „Null-Option“ ist tatsächlich zunächst von deutscher Seite, genauer von Willy Brandt, ins Gespräch gebracht worden, zunächst unter wütendem Geheul aus Washington. Der Substanz nach sind Reagans Vorschläge aber nichts

gang eben dieser Verhandlungen knüpfen.

Es gibt aber einige Ausnahmen. Der rumänische Staatschef Ceaucescu hat die Anwesenheit der Europäer bei den Verhandlungen gefordert, denn: „Die Anwesenheit der Europäer bei den Verhandlungen hätte einen positiven Einfluß, trüge zum guten Verlauf bei und wäre ein positiver Faktor für Europa, denn schließlich können die Europa betreffenden Fragen nicht in seiner Abwesenheit gelöst werden.“ Solche Äußerungen mögen innenpolitisch motiviert sein, und ein Beobachterstatus der europäischen Regierungen an den Genfer Verhandlungen kann auch kaum das Ziel sein, um das es im Kampf gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen geht. Aber immerhin klingt in solchen Bemerkungen an, worum es geht: daß die europäischen Fragen nicht in Abwesenheit der Europäer durch die beiden Supermächte entschieden werden, sondern daß sie von den europäischen Völkern unabhängig von den beiden Supermächten, auf jeden Fall aber in Abwesenheit ihrer Nuklearwaffen gelöst werden müssen.

Wahlkampf bestritten sowie nach dem Einzug von vier Kandidaten ins Parlament die Verhandlungen mit SPD und FDP aufgenommen.

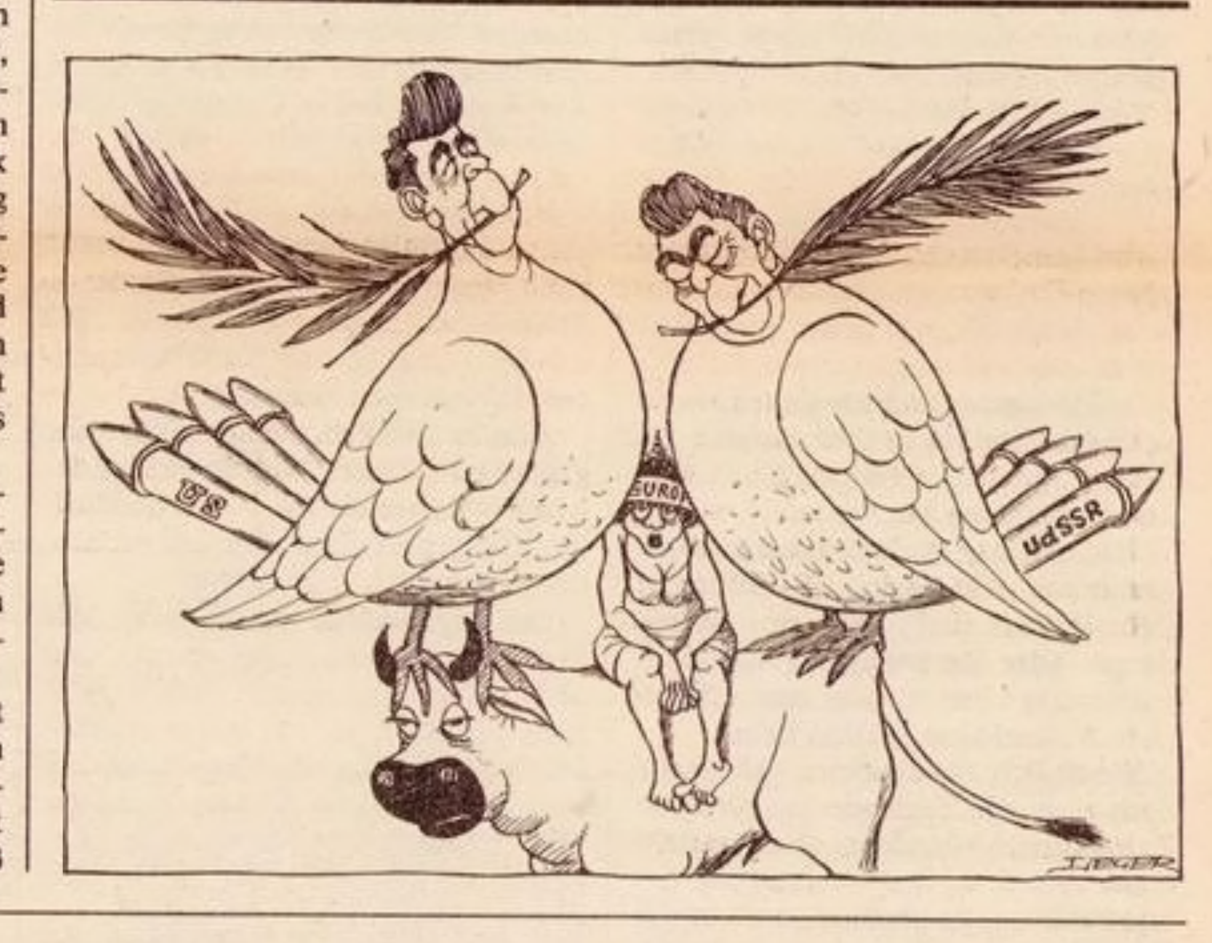
Die Ergebnisse der Wahl brachten vor allem bei der SPD einiges in Bewegung, eine erneute große Koalition war gegenüber den Mitgliedern nicht durchsetzbar. Wollte sie am Drücker bleiben, mußte sie sich auf Verhandlungen einlassen. Diese Verhandlungen riß der Vorstand der Grünen an sich, um dann innerhalb einer Woche ein Einigungspapier zustande zu bringen (Materialheft Wirtschaft und Politik 10/81). Seitdem war das Papier heftig umstritten: „Zusammenfassend können wir festhalten, daß die Punkte Stadtentwicklung, Umweltpolitik und Energiepolitik deutliche Forderungen der Grünen enthalten und den Schritt in die richtige Richtung weisen.“ (Aus einem Papier des KAK)

Es wurde festgelegt, die innerstädtische Autobahn nicht an das überregionale Verkehrsnetz anzubinden, die Zweckentfremdung von Wohnraum einzuschränken, Planung eines Blockheizkraftwerkes.

„Dagegen sind die Punkte Haushalt und Wirtschaft nur entsprechend den sozial- und freidemokratischen Positionen angefaßt. Auch der Punkt Wohnen ist so allgemein angefaßt, daß

durchzuführen. In den Verhandlungen sind bestimmte Bedingungen gestellt worden, wie keine Erhöhung der Sozialtarife im Nahverkehr, Reduzierung der Preiserhöhungen für die Gasvollversorger und anderes mehr. Die anstehenden Haushaltsberatungen wurden vorbereitet, und es wurde untersucht, wie in diesem Haushalt den Forderun-

nen Initiativen, deren Interessen im Parlament und in den Ausschüssen zu vertreten sowie den Unmut in Teilen der SPD über die nun anstehende große Koalition positiv – sei es auch nur punktuell – zu nutzen. Dem Parteigehabe einiger Grüner in Marburg ist der Boden entzogen, was eine Bedingung für eine Öffnung der Grünen ist.



Alternative Liste Hamburg gegründet

gk.Hamburg. Am Wochenende wurde auf ihrem Gründungskongreß die Alternative Liste Hamburg gegründet. Aus dem Selbstverständnis der AL, das mit zwei Gegenstimmen und 15 Enthaltungen verabschiedet wurde: „Im Parlament regieren Minderheiten im Interesse der Herrschenden. Bedürfnisse der Mitbürger werden vermeintlichen Sachzwängen geopfert, hinter denen sich jedoch die Interessen des Kapitals verbergen. Wir meinen nicht, daß man mit Parteien und über Wahlen diese Gesellschaft grundsätzlich ändern könnte. Wir wollen diese Gesellschaft ‚umkrempeln‘, weil die im wesentlichen ökonomisch begründete Herrschaft von Menschen über Menschen abgeschafft werden muß, um den Weg zu einer menschlichen Gesellschaft zu öffnen. Über den Weg zu diesem Ziel gibt es verschiedene Auffassungen, die immer wieder neu diskutiert werden müssen. Die AL versteht sich selbst als Teil dieses Kampfes für eine menschengerechte Gesellschaft.“ Sie soll einen „Rahmen für gemeinsames Handeln und gemeinsame politische Diskussion“ schaffen. Die AL Hamburg sieht in der außerparlamentarischen Gegenmacht ihre Basis und Stärke. Eine Zusammenarbeit mit den Grünen (die eine 50:50 Kandidatur beanspruchen) und einzelnen Mitgliedern z.B. der DKP wurde offengehalten. Neu ist das beschlossene „Konsensprinzip“. Zum Schutz von Minderheitenmeinungen soll versucht werden, auf minimaler Plattform diese Positionen weitgehend zu integrieren, um aktions- und arbeitsfähig zu bleiben. Doppelfunktionen von Mitgliedern sind verboten. Innerhalb der Liste wird es Strukturen geben, die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. In Gremien und bei Kandidatenaufstellungen wird eine paritätische Beteiligung von Frauen angestrebt.

Entscheidung über Rüstungsexport zieht sich hin

gkr. Schon mehrmals hatte es in den vergangenen Wochen und Monaten geheißen, bis Ende Oktober sollten neue Richtlinien für die Waffenexportpolitik von der Bundesregierung festgelegt sein. Regierungssprecher Kurt Becker hat nun zwar am Montag versichert, man befinde sich in dieser Frage nicht unter Zeitdruck, dennoch drängen Entscheidungen offensichtlich: Krauss-Maffei hat erstmals, unter dem Hinweis, man können die Saudis nun allmählich nicht mehr länger warten lassen, offiziell den genauen Umfang des beabsichtigten Geschäfts mit Saudi-Arabien mitgeteilt. Es geht um 72 Flak-Panzer und 151 Kampfpanzer Leopard 2, Wert ca. 1,8 Mrd. DM, hinzu kommen ca. 355 Fahrzeuge von Krupp/MaK (Pionierpanzer, Brückenlegepanzer, Bergepanzer, schwere Schützenpanzer). Auf Bitten wurde der Brief zwar zurückgezogen, aber er zeigt doch das saudische Interesse und das von Krauss-Maffei. Andererseits liegt mittlerweile auch das Ergebnis der SPD-Arbeitsgruppe zum Rüstungsexport, die unter Leitung von Egon Bahr getagt hatte, vor. Dort heißt es: „Rüstungsexporte sind nicht geeignet, einen Beitrag zur Stabilität in der Golfregion zu leisten.“ Aber das Papier hält der Regierung doch ein Schlupfloch offen: Von den für Staaten außerhalb der NATO geltenden restriktiven Bestimmungen sollen auch Ausnahmen möglich sein, „wenn und soweit nach begründeter Auffassung der Bundesregierung im Einzelfall vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen dies erfordern“.

Abhörpraxis und Datenschutz bei der Justiz

kvz. Polizeiliche Suchmeldung nach fünf verschwundenen Tonbändern, das ist gar nicht so unmöglich. Jedenfalls, wenn es sich bei den Tonbändern um die Aufnahmen von abgehörten Telefongesprächen handelt. So geschehen in NRW. Ein Trödler aus Recklinghausen hatte am vergangenen Mittwoch auf einer offiziell von einem Gerichtsvollzieher gehaltenen Versteigerung in Duisburg 39 gebrauchte Tonbänder erstanden. Wie ein Käufer von 12 Bändern feststellte, handelte es sich offenbar um abgehörte Telefongespräche. Die Polizei mußte später bestätigen, daß diese Tonbänder aus der Asservatenkammer der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Duisburg stammen. Wohl aus Datenschutzgründen verbot die Polizei dem Käufer der 12 Bänder, dem sie diese abgekauft hatte, über Inhalt zu reden. 19 weitere Bänder und dann nochmals drei konnte die Polizei ebenfalls noch aufkaufen. Es fehlten aber immer noch fünf. Sie waren bis Anfang der Woche offensichtlich noch nicht wieder gefunden. Vielleicht liest man im „Stern“, was die Staatsanwaltschaft so sorgfältig aufgenommen und bewacht hat.

Nürnberger Rechtspflege

kvz. Die Aussetzung des Verfahrens gegen 10 der am 5. März im KOMM in Nürnberg Festgenommenen zieht weitere Folgen nach sich. Nicht nur, daß der bayrische Justizminister Hillermeier das Verfahren der Nürnberger Staatsanwaltschaft entzog und der Regensburger übertrug, die nächste Prozeßaussetzung folgte der ersten auf dem Fuß. Zwei Minderjährige waren wegen Meineids angeklagt, weil sie die Aussagen der wegen Meineids schon verurteilten Angelika Gitterer in deren Verfahren bestätigt hatten. Angelika Gitterer hatte drei der Angeklagten zur angeblichen Tatzeit im KOMM gesehen und war für diese Aussage aufgrund des nachgereichten Protokolls des Polizeibeamten U. Herden zu 18 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden. Mittlerweile hat sich das erste Protokoll der Aussagen Herdens bei den Akten der Staatsanwaltschaft „gefunden“, es enthält keine Identifizierung der drei, für die Angelika Gitterer ausgesagt hatte.

Hohe Geldstrafen im Koblenzer Parolensprüherprozeß

kvz. Hohe Geldstrafen verhängte der Staatsschutzsenat des Koblenzer Oberlandesgerichts gegen fünf Frauen, die angeblich Parolen zur „Unterstützung der RAF“ gesprüht haben sollen. Vier von ihnen sollen zwischen 1200 und 2400 DM bezahlen, eine den angeblich von ihr angerichteten Schaden beseitigen (ca. 400 DM). Die fünf Frauen waren am 18.4. in der Koblenzer Innenstadt nachts festgenommen worden. In der „räumlichen Nähe“ des Festnahmeortes war ein „größerer Farbsprühanschlag auf Gebäude der Koblenzer Innenstadt“ verübt worden. Indizien mußten herhalten, um die Frauen zu „überführen“: die Angeklagten kämen aus verschiedenen Wohnorten, Frauen allein nachts um drei Uhr sei völlig ungewöhnlich; die Frauen seien zusammengezuckt, hätten sich geduckt, als sie das Polizeifahrzeug sahen. Auffällig-unauffällig, auch das „ist auffällig“.

Alternative Ausländerpolitik

kvz. Am 15.11. trafen sich in Hamburg Vertreter verschiedener Organisationen, die sich in alternativer Ausländerarbeit engagieren. Es soll ein bundesweiter Kongreß zur Diskussion dieser Frage organisiert werden. Es wurde ein Aufruf verfaßt, in dem als Schwerpunkt für den Kongreß genannt wird: Asylfragen, Rechtliche Stellung der Arbeitsimmigranten, Sparprogramm und dessen Konsequenzen, Kommunalpolitik für/mit Ausländern. Das nächste Vorbereitungstreffen soll am 16. Januar 1982, 11.00 Uhr in Göttingen, Historisches Colloquiums, Kreuzbergring 81, stattfinden.

Wir haben verstanden:

Wenn wir uns nicht wehren, ist die Zukunft unserer Kinder in Gefahr!

Durch massiven und anhaltenden Protest haben Eltern, Erzieher, Sozialarbeiter und Kinder die Sparpläne des Hamburger Senats im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten vorerst erheblich zurückkämpfen können.



led.Hamburg. Im August gab SPD-Finanzsenator Nölling bekannt, daß für den Haushalt 1982 Einsparungen in Höhe von 110 Millionen DM vorgenommen werden sollen, davon allein 42 Millionen DM im Bereich der Arbeits- und Sozialbehörde. Ca. 10 Millionen DM sollten allein bei den Kindertagesstätten und Kindergärten herausgeholt werden durch:

– die Anhebung der Elternmindest- und Höchstbeiträge
– die Streichung der geplanten Elternbeitragssenkungen
– Die Beschränkung der Aufnahmegründe für Kinder in Kindergärten und Kindertagesheimen(KTHs)
– keine Senkung des kirchlichen Eigenanteils bei der Finanzierung der kirchlichen Kindergärten.

Zusätzlich sollen weitere 1,7 Mio. DM eingespart werden durch „Bewirtschaftungsmaßnahmen" im Sachmittel- und Personalhaushalt der Vereinigung Städtischer Kindertagesheime.

In Hamburg gibt es 187 Kindertagesheime und Krippen für 19403 Kinder; etwa 10000 Kinder besuchen Einrichtungen freier Träger, d.h. vor allem kirchliche Kindergärten. Von den insgesamt 29400 Kindern müssen die Eltern von 6000 Kindern die Beitrags-Höchstsätze zahlen. Der Elternbeitrag wird bemessen nach dem monatlichen Netto-Einkommen minus Kaltmiete und minus Monats-Fahrkarte zur Arbeit. Der Höchstsatz wird fällig bei 2150 DM (Schulkinder) bzw. 2000 DM (Kleinkinder). Die Höchstsätze sind zuletzt zum 1.5.1981 um 50 DM monatlich angehoben worden. Der Senat plant eine erneute Verteuerung um monatlich 30 DM ab 1.1.1982 auf dann:
366 DM für Krippenplätze (6 Monate bis 3 Jahre alte Kinder)
298 DM für Kleinkinder ganztags (3–5 Jahre)
211 DM für Kleinkinder halbtags mit Essen und Schulkinder

genanteils bei der Finanzierung der kirchlichen Kindergärten.

Zusätzlich sollen weitere 1,7 Mio. DM eingespart werden durch „Bewirtschaftungsmaßnahmen" im Sachmittel- und Personalhaushalt der Vereinigung Städtischer Kindertagesheime.

In Hamburg gibt es 187 Kindertagesheime und Krippen für 19403 Kinder; etwa 10000 Kinder besuchen Einrichtungen freier Träger, d.h. vor allem kirchliche Kindergärten. Von den insgesamt 29400 Kindern müssen die Eltern von 6000 Kindern die Beitrags-Höchstsätze zahlen. Der Elternbeitrag wird bemessen nach dem monatlichen Netto-Einkommen minus Kaltmiete und minus Monats-Fahrkarte zur Arbeit. Der Höchstsatz wird fällig bei 2150 DM (Schulkinder) bzw. 2000 DM (Kleinkinder). Die Höchstsätze sind zuletzt zum 1.5.1981 um 50 DM monatlich angehoben worden. Der Senat plant eine erneute Verteuerung um monatlich 30 DM ab 1.1.1982 auf dann:
366 DM für Krippenplätze (6 Monate bis 3 Jahre alte Kinder)
298 DM für Kleinkinder ganztags (3–5 Jahre)
211 DM für Kleinkinder halbtags mit Essen und Schulkinder
189 DM für Kleinkinder halbtags ohne Essen
161 DM für Fünfjährige halbtags mit Essen
139 DM für Fünfjährige halbtags ohne Essen.

Der Mindestbetrag von bisher 29 DM sollte angehoben werden auf 40 DM im Monat.

Unter Klose hatte der SPD-Senat versprochen, die Elternbeiträge für drei- und vierjährige Kinder zum 1.1.1982 und zum 1.1.1983 um je 20 DM monatlich zu senken. Im Sparplan sollte das gestrichen werden.

In der Wahlaussage der SPD für die Jahre 1978 bis 1982 hieß es: „Wir Sozialdemokraten haben ein klares und realistisches bildungspolitisches Programm für die kommenden vier Jahre. Vordringlich sind im Schulbereich weitere qualitative Verbesserungen. Dazu zählen insbesondere ... Erhöhung der Zahl der Vorschulklassen, aber auch die Förderung der Drei- bis Fünfjährigen in Kindertagesheimen, so daß bis 1982 für alle Fünfjährigen, deren Eltern das wünschen, ein qualitativ gutes Angebot gemacht wird ... Sozialdemokratische Jugendpolitik will allen jungen Menschen die Befriedigung ihrer elementaren Grundbedürfnisse und die Bewältigung ihrer jeweiligen Lebenssituation ermöglichen ... Dazu gehört u.a. die Bereitstellung eines ausreichenden und für Eltern finanziell tragbaren Angebots von Kindergarten- und Kindertagesheimplätzen." Am 3. Juni 1980 heißt es in einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft dazu: „Damit alle Kinder, deren Eltern das wünschen, an einer vorschulischen Förderung teilnehmen können, soll die Halbtagsbetreuung der Kinder im Kindergarten im letzten Jahr vor dem Beginn der Schulpflicht ebenso wie der Besuch von Vorschulklassen für die Eltern kostenfrei gemacht werden. Damit wird außer der finanziellen Gleichstellung von Vorschule und Kindergarten ein Beitrag zu dem familienpolitischen Ziel geleistet, Familien mit Kindern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und sie finanziell zu entlasten."

Diese vielen schönen Worte wurden vom Senat nun durch den kurzen Beschluß ersetzt, den angestrebten Nulltarif und die zweite und dritte Elternbeitragssenkung für Fünfjährige zu streichen.

Das Sparkonzept des Senats sah vor, daß „sonstige pädagogische Gründe" als Einweisungskriterium in den Kindergarten ab 1.1.1982 ganz wegfallen. Das bedeutet: Liegt das Familiennettoeinkommen höher als 2800 DM im Monat, entfällt das Recht auf einen Kindergartenplatz! „Im Mittelpunkt steht nicht mehr das Kind, das gefördert werden soll, sondern der Ausgleich für Defizite in der Förderung, die aufgrund der Familiensituation entstehen." (Presseerklärung des Senats, 6.10.1981)

Durch die Ausweitung der „pädagogischen Gründe" waren von 1978 bis 1980 die Einweisungen um 3000 gestiegen. Entfallen diese Gründe, werden mit einem Schlag ca. 3500 Kinder aus den Kindergärten (überwiegend Halbtagsgruppen in den kirchlichen Einrichtungen) geschubst – rein sollen nur noch Kinder, deren Eltern beide arbeiten *müssen*, weil ein Lohn zum Lebensunterhalt nicht reicht, Kinder

als Einweisungskriterium in den Kindergarten ab 1.1.1982 ganz wegfallen. Das bedeutet: Liegt das Familiennettoeinkommen höher als 2800 DM im Monat, entfällt das Recht auf einen Kindergartenplatz! „Im Mittelpunkt steht nicht mehr das Kind, das gefördert werden soll, sondern der Ausgleich für Defizite in der Förderung, die aufgrund der Familiensituation entstehen." (Presseerklärung des Senats, 6.10.1981)

Durch die Ausweitung der „pädagogischen Gründe" waren von 1978 bis 1980 die Einweisungen um 3000 gestiegen. Entfallen diese Gründe, werden mit einem Schlag ca. 3500 Kinder aus den Kindergärten (überwiegend Halbtagsgruppen in den kirchlichen Einrichtungen) geschubst – rein sollen nur noch Kinder, deren Eltern beide arbeiten *müssen*, weil ein Lohn zum Lebensunterhalt nicht reicht, Kinder
alleinstehender Eltern und Kinder ausländischer Eltern. Nach diesem Plan müßten 60–70 Kindergärten in Hamburg dichtmachen, vor allem kirchliche Kindergärten.

Die Alternative: Elternbeiträge zum Selbstkostenpreis – könnte kaum einer zahlen: Krippenplatz 1008 DM, Kleinkinder ganztags 630 DM, halbtags mit Essen 420 DM, Schulkinder mit Essen 504 DM. (Berechnung der Behörde für 1980)

Gegen die Pläne des Senats wird mobil gemacht

Nach Bekanntwerden dieser drakonischen Sparpläne organisierte sich rasch in verschiedenen Stadtteilen der Widerstand dagegen. Ausgehend von der Initiative der kirchlichen Kindergärten wurden am 30.10. von 11000 Kindern, Eltern und Erziehern Plakate „10 Thesen gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats" an die Rathäuser der Bezirksämter und die SPD-Parteibüros angeschlagen, in Bergedorf demonstrierten 500 Menschen in einem Laternenzug zum Ortsamtsleiter König (Hamburger SPD-Vorsitzender), in Altona waren es ebensoviele, in Eimsbüttel fast 1000 Leute. In knapp drei Wochen wurden über 3000 Unterschriften unter einen offenen Brief an Sozialsenator Ehlers gesammelt mit den Forderungen:

– Nulltarif für Vorschulkinder in den Vorschulklassen ebenso wie in den Kindergärten!
– Keine Erhöhung der Beiträge und kein Abbau der Bezuschussung für den einzelnen Kindergartenplatz!
– Beibehaltung der „pädagogischen Gründe" für die Einweisung der Kinder in den Kindergarten!
– Weg mit den Sparbeschlüssen des Senats im Kindergartenbereich!

„Die körperliche, geistige, seelische und sprachliche Entwicklung, das Erlernen sozialen Verhaltens, die Förderung der Kreativität ... können im großstädtischen Lebensraum heute in der materiell durchschnittlich ausgestatteten Familie nicht in ausreichender Weise gefördert werden. Beengte Wohnverhältnisse, fehlende Spielplätze, Hinterhöfe und Straßen als Spielraum und ein in erster Linie auf den Straßenverkehr ausgerichteter Städtebau lassen den Kindergarten in seinem Spiel- und Erziehungsangebot unverzichtbar erscheinen ... Wir Eltern fordern daher mit aller Dringlichkeit, daß der Kindergartenbereich von allen Sparmaßnahmen ausgenommen wird und im Gegenteil noch weiter ausgebaut wird! Die Erziehung unserer Kinder ist die beste Zukunftsinvestition! ... Wir haben verstanden: Wenn wir uns nicht wehren, ist die Zukunft unserer Kinder in Gefahr!" (Offener Brief)

und sprachliche Entwicklung, das Erlernen sozialen Verhaltens, die Förderung der Kreativität ... können im großstädtischen Lebensraum heute in der materiell durchschnittlich ausgestatteten Familie nicht in ausreichender Weise gefördert werden. Beengte Wohnverhältnisse, fehlende Spielplätze, Hinterhöfe und Straßen als Spielraum und ein in erster Linie auf den Straßenverkehr ausgerichteter Städtebau lassen den Kindergarten in seinem Spiel- und Erziehungsangebot unverzichtbar erscheinen ... Wir Eltern fordern daher mit aller Dringlichkeit, daß der Kindergartenbereich von allen Sparmaßnahmen ausgenommen wird und im Gegenteil noch weiter ausgebaut wird! Die Erziehung unserer Kinder ist die beste Zukunftsinvestition! ... Wir haben verstanden: Wenn wir uns nicht wehren, ist die Zukunft unserer Kinder in Gefahr!" (Offener Brief)

Parallel dazu entfaltete der „Aufschrei" seine Aktivitäten – ein Zusammenschluß von über 100 Initiativen, im wesentlichen getragen von Erziehern, Sozialarbeitern und Mitarbeitern freier Träger, und sammelte über 1000 Unterschriften unter seinen Aufruf. „Wir haben die Schnauze voll – uns reicht es! Wir werden euch nichts mehr ersparen! Wir geben keine Ruhe mehr – bis Ihr Eure ‚Sparpläne' zurückgenommen habt!" Eine Aktionskonferenz wurde einberufen für den 30.10., zu der über 400 Leute kamen, vor allem Eltern aus kirchlichen Kindergärten.

„Wir sollten mit unseren Kindern auf die Straße gehen, bevor sie darauf liegen!"

Der eingeladene Sozialsenator Ehlers war nicht erschienen. Auf der Konferenz wurde über die nächsten Kampfschritte bechlossen und das ganze Ausmaß der Senatspläne attackiert. Angegriffen wurde das politische Konzept der SPD, die ein Parkhaus für die Oper für 120 Millionen bewilligt, die den Rathausplatz für zig Millionen „verschönt", die der BP in Hamburg 31 Millionen Steuerschulden erläßt, überall Geld mit offenen Händen zum Fenster rauswirft, aber an den Kindern sparen will. Dem Senat wird vorgerechnet, welche immensen Folgekosten durch die Verwahrlosung der Kinder der Gesellschaft aufgebürdet werden. „Die Erziehung unserer Kinder ist die beste Zukunftsinvestition!" Das Sparkonzept bedeutet eine politische Wende: Kindergärten mit sozialer Auslese, nur noch für die Ärmsten und mit dem Stempel „asozial", oder für die wenigen, die jeden Betrag zahlen können; Aufbewahranstalten ohne ausreichende materielle Ausstattung und pädagogische Förderung. Besonders für die einkommensschwächsten Familien ist die zusätzliche finanzielle Belastung nicht zumutbar, sie werden durch die Teuerung in allen anderen Bereichen schon am härtesten getroffen. Frauen werden durch diese Beschlüsse gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben, obwohl sie arbeiten möchten. Die Höhe der Beiträge und die Änderung der Einweisungsgründe wird sie „zurück an den Herd" zwingen. – Aus der Aktionskonferenz entstand eine Initiative von über 200 städtischen und kirchlichen Kindertagesheimen, die zusammen mit der „Aufschrei" – Initiative, den „Grauen Panthern" u.a., unterstützt durch Beschluß der GEW-Landesvertreterversammlung, aufrief zur Demonstration gegen die Sparbeschlüsse des Senats. Beschlossen wurde außerdem ein offener Brief an die Fraktionen der SPD und CDU, und die „Belagerung" des Kurhotels Maritim in Travemünde zum 21./22.11. – dort wollte die SPD in Klausurtagung endgültig über ihr Sparkonzept entscheiden. Das Angebot eines Pfarrers, statt des noblen Maritims seinen Gemeindesaal zur Klausur zu benutzen, allerdings unter Verzicht auf kulinarische Köstlichkeiten, hat die SPD nicht angenommen ... Einigkeit herrschte darüber, daß es nicht darauf ankommt, in allen Stadtteilen, in jedem Kindergarten und KTH Elterninitiativen aufzubauen. Das ist in Ansätzen seitdem gelungen – vor allem im städtischen Bereich mußte damit oft bei Null angefangen werden, denn gewählte Elternvertretungen oder irgendein Recht, außer dem einen: zu zahlen, gibt es an den staatlichen KTHs nicht.

einkommensschwächsten Familien ist die zusätzliche finanzielle Belastung nicht zumutbar, sie werden durch die Teuerung in allen anderen Bereichen schon am härtesten getroffen. Frauen werden durch diese Beschlüsse gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben, obwohl sie arbeiten möchten. Die Höhe der Beiträge und die Änderung der Einweisungsgründe wird sie „zurück an den Herd" zwingen. – Aus der Aktionskonferenz entstand eine Initiative von über 200 städtischen und kirchlichen Kindertagesheimen, die zusammen mit der „Aufschrei" – Initiative, den „Grauen Panthern" u.a., unterstützt durch Beschluß der GEW-Landesvertreterversammlung, aufrief zur Demonstration gegen die Sparbeschlüsse des Senats. Beschlossen wurde außerdem ein offener Brief an die Fraktionen der SPD und CDU, und die „Belagerung" des Kurhotels Maritim in Travemünde zum 21./22.11. – dort wollte die SPD in Klausurtagung endgültig über ihr Sparkonzept entscheiden. Das Angebot eines Pfarrers, statt des noblen Maritims seinen Gemeindesaal zur Klausur zu benutzen,

Das Problem des Senats: nicht nur Eltern, auch Beschäftigte sind gegen Sparpolitik

In vielen Einrichtungen unterstützen die Beschäftigten einschließlich der Heimleitungen den Kampf gegen die Sparbeschlüsse und führen ihn mit der ÖTV auch seit langem. Durch laufende Kürzungen im Etat der städtischen Kindertagesheime sind die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen katastrophal: Überbelegung, Personalknappheit, ein Rattenschwanz von Überstunden für jeden Beschäftigten, viel zu wenig Mittel für Spielzeug, Renovierung, Anschaffungen, Verpflegung und Ausflüge – das ist überall die Regel.

Z.B. wären nach Auskunft des Betriebsrates 21% Vertretungspersonal in den Heimen notwendig – 3,4% sind aber nur vorhanden. Bisher haben die Beschäftigten die schlimmsten Mängel immer wieder abgefangen durch Mehrarbeit. Der Senat hat damit gerechnet. Der Betriebsrat der Vereinigung Städtischer Kindertagesheime genehmigt jetzt keine Überstunden mehr – mehr Planstellen müssen her!

Die Behörde hat durch Druck versucht, den Zusammenschluß der Eltern und Erzieher zu unterbinden: Info-Bretter der Eltern sollten in den Heimen abgenommen oder zensiert werden, Räume für Elternabende direkt beim Geschäftsleiter der „Vereinigung Städtischer Kindertagesheime" beantragt werden, per mündlicher Dienstanweisung wurde die Parole ausgegeben, Eltern hätten in den Heimen die gleichen Rechte wie politische Parteien – nämlich keine. Manchen Heimleitungen wurde gehässig die Prüfungsrevision ins Haus geschickt – ob sie vielleicht das viele Geld auch fachgerecht ausgeben?

Heimleiter haben sich ebenfalls in einem offenen Brief an Ehlers gewandt und gegen die Sparpläne Stellung bezogen. Der Betriebsrat unterstützt die Elterninitiativen tatkräftig und umgekehrt.

Nach der Demonstration – die SPD nimmt ihre Sparpläne zum Teil zurück – der Kampf geht weiter

scher Kindertagesheime genehmigt jetzt keine Überstunden mehr – mehr Planstellen müssen her!

Die Behörde hat durch Druck versucht, den Zusammenschluß der Eltern und Erzieher zu unterbinden: Info-Bretter der Eltern sollten in den Heimen abgenommen oder zensiert werden, Räume für Elternabende direkt beim Geschäftsleiter der „Vereinigung Städtischer Kindertagesheime" beantragt werden, per mündlicher Dienstanweisung wurde die Parole ausgegeben, Eltern hätten in den Heimen die gleichen Rechte wie politische Parteien – nämlich keine. Manchen Heimleitungen wurde gehässig die Prüfungsrevision ins Haus geschickt – ob sie vielleicht das viele Geld auch fachgerecht ausgeben?

Heimleiter haben sich ebenfalls in einem offenen Brief an Ehlers gewandt und gegen die Sparpläne Stellung bezogen. Der Betriebsrat unterstützt die Elterninitiativen tatkräftig und umgekehrt.

Nach der Demonstration – die SPD nimmt ihre Sparpläne zum Teil zurück – der Kampf geht weiter

Ergebnis der SPD-Klausur-Tagung ist: Die Elternbeiträge werden nicht erhöht, die pädagogischen Einweisungsgründe werden beibehalten, die zweite Stufe der Beitragssenkung für Fünfjährige wird durchgeführt. Gleichzeitig wird der Senat von der SPD aufgefordert, ein Konzept zur Neuregelung der Elternbeiträge auszuarbeiten. Diese Beschlüsse sind ein Erfolg – aber noch ist nicht aller Tage Abend: Die Einweisungen können per interner Dienstanweisung strenger gehandhabt werden, die Wartelisten für Kindergartenplätze sind lang, wie die neuen Beitragssätze aussehen werden, ist nicht ausgemacht. Die Zustände in den Heimen sind noch keinen Deut besser. Durchgezogen werden soll vom Senat auf jeden Fall das „Bewirtschaftungsprogramm". Elternvertretungen müssen aufgebaut werden. Die Elterninitiativen haben darum beschlossen, ihre Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern erst recht mit der Arbeit zu beginnen. Auf einer Veranstaltung am 25.11. wurde beschlossen, für jeden Stadtteil, jeden Kindergarten eine „Mängelliste" zu erstellen, um dann der Behörde einen eigenen Bedarfsplan zu präsentieren. In einigen Kindergärten beginnen die Eltern, unter dem Motto „Selbsthilfe" und „Selbstorganisation" sich an der Arbeit in den Heimen aktiv zu beteiligen. Die Versammlung wählte eine Sprechergruppe und rief dazu auf, überall Stadtteilverantwortliche zu wählen und zu delegieren, die sich zu öffentlich stattfindenden Beratungen treffen sollen, um die Aufgaben für die ganze Stadt zu koordinieren. Elterninitiativen und „Aufschrei" werden sich in ihrer Arbeit gegenseitig unterstützen.

Lied gegen die Sparmaßnahmen

Nach dem Kinderlied: Zeigt her eure Füße,
zeigt her eure Schuh / von Kindern gesungen bei Straßen-Aktionen

Zeigt her eure Füße, zeigt her eure Schuh,
hier sind Harburgs Kinder, die geben keine Ruh.

Herr Ehlers, Herr Ehlers, wir finden dich gemein,
wir wollen doch auch morgen noch ins Kindertagesheim.

Herr Ehlers, Herr Ehlers, so ist das doch nicht recht,
du sparst bei uns, du sparst bei uns, für wen machst du den Knecht?

Herr Ehlers, Herr Ehlers, wo geht das Geld denn hin?
Zum großen Geld, ins Militär, das hat für uns kein' Sinn!

Herr Ehlers, Herr Ehlers, wie hälst du's mit den Fraun?
Die sollen wohl, die sollen wohl vom Arbeitsmarkt abhaun?

Herr Ehlers, Herr Ehlers, da hast du dich geirrt,
hier kämpfen wir, Mann, Frau und Kind, damit da nichts von wird.

Herr Ehlers, Herr Ehlers, es fordern Groß und Klein:
du sollst nicht sparn, du sollst nicht sparn beim Kindertagesheim!

Lied gegen die Sparmaßnahmen

Nach dem Kinderlied: Zeigt her eure Füße,
zeigt her eure Schuh / von Kindern gesungen bei Straßen-Aktionen

Zeigt her eure Füße, zeigt her eure Schuh,
hier sind Harburgs Kinder, die geben keine Ruh.

Sparpläne gegen Kindergärten

Eine dpa-Umfrage

Die Stadt *Herne/Westfalen* hat die monatlichen Beiträge der Eltern – nach Einkommen gestaffelt – in ganztätigen städtischen Kinderkrippen von 50 auf jetzt bis zu 900 DM für das erste Kind und von 25 auf 450 DM für das zweite Kind angehoben. Eltern haben Einspruch eingelegt, eine Klage vor dem Verwaltungsgericht wird nicht ausgeschlossen.

In *Duisburg* sollen ab Januar 1982 höhere Beitragssätze erhoben werden. Die Anhebung wurde mit einem „kaum zu vertretenden Zuschuß" von 600 DM je Kind aus der städtischen Finanzkasse begründet. In Essen und Bochum planen die Kommunalpolitiker die Schließung von Kindergärten an Nachmittagen, um dadurch Personalkosten zu sparen. Hohe Beitragssätze zahlen die Eltern dort schon. Nach Angaben des Arbeitsministeriums NRW beträgt der Elternbeitrag für Kindergärten im Durchschnitt 20–30 DM.

In *Westberlin* hat der CDU-Senat mit gestaffelten Beiträgen in Tagesstätten den vor knapp drei Jahren eingeführten Nulltarif wieder abgeschafft und sieht einen monatlichen Höchstbetrag von 300 DM für einen Krippenplatz vor.

In *Niedersachsen*, wo die Etatberatungen erst in den kommenden Wochen anlaufen, sind ebenfalls höhere Beitragssätze geplant. *Baden-Württemberg*: Die Landeszuschüsse zu den Personalkosten der Kindergartenträger sollen von 35 auf 25% gekürzt werden.

„Kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt"

(zum Artikel „Nationalsozialismus und Judenvernichtung" in KVZ 46/81, S. 4)

Die Überschrift dieses Artikels erweckte den Eindruck, als werde eine spezielle Problematik der faschistischen Herrschaft in Deutschland analysiert. In Wirklichkeit steckt hinter dieser Thematik aber eine – zumindest für Kommunisten – neue Charakterisierung der faschistischen Diktatur, ohne daß diese Frage jedoch offen aufgeworfen wird, wobei zudem manches in der Schwebe bleibt und eindeutige Formulierungen zunächst – wie in letzter Zeit des öfteren in der KVZ – vermieden werden. Im folgenden beschränken wir uns auf die unserer Meinung nach wichtigen Fragen.

Theoretischer Ausgangspunkt der Analyse ist – indem der Verfasser sich auf die Linken und Marxisten-Leninisten der Adenauer-Ära beruft (dazu noch später) – die Charakterisierung des Faschismus als Diktatur der Finanzbourgeoisie. Überrascht ist man jedoch, wenn die Frage behandelt wird, zu welchem Zweck diese Diktatur ausgeübt wird. Die Antwort hierauf wird im Zusammenhang einer KPD-Kritik gegeben. „Und: es gab keinen mehr 1939, der das Wesen des deutschen Faschismus hätte klarlegen können. (Die KPD schob die Frage der Behandlung der Juden beiseite als ‚Ablenkung vom Klassenkampf'.)" Schlußfolgern muß man hieraus wohl, daß der Verfasser die „Frage der Behandung der Juden" als das Wesentliche am Faschismus ansieht. Geleugnet wird damit, daß die Diktatur der Finanzbourgeoisie sich nach innen immer hauptsächlich gegen die Hauptklasse richtet, die den revolutionären Sturz der Bourgeoisie durchführen kann. Das ist die Arbeiterklasse. Ihre blutige Unterdrückung wird vom Verfasser aber lediglich unter dem Stichwort „Judenvernichtung" subsumiert.

Die Judenpogrome und schließlich die Judenvernichtung selbst werden aber da auch nicht mehr als Moment spezifischer imperialistischer Herrschaft analysiert, nahegelegt wird jedoch eine Charakteristik durch Hinweis auf die Geschwister Scholl, die nach Meinung des Verfassers „Hitler als das bezeichnet haben, was er war – als Massenmörder." An die Stelle historisch-materialistischer Analyse tritt die Psychopathologie. Wurde also schon die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung relativiert, indem sie als Teilbereich der Judenvernichtung dargestellt wurde, wird die Judenvernichtung selbst nicht als erste Konsequenz des imperialistischen Plans der Unterwerfung der Völker Europas, schließlich der Völker der Welt begriffen, sondern als Tat eines Mörders – eines Massenmörders – klassenmäßig neutralisiert. Speziell bei Lenin kann man übrigens an vielen Stellen den Zusammenhang der Unterdrückung der revolutionären Volksmassen und der Unterdrückung des Rechts auf Selbstbestimmung, vermittelt über die vom Zarentum und seinen Ideologen inszenierten Judenpogrome, nachlesen.

In dem KVZ-Artikel wird also verbal ausgegangen vom Faschismus als Diktatur der Bourgeoisie, dadurch aber, daß Antisemitismus und Judenverfolgung nicht als spezifischer Vermittlungsweg dieser Diktatur der

richtet, die den revolutionären Sturz der Bourgeoisie durchführen kann. Das ist die Arbeiterklasse. Ihre blutige Unterdrückung wird vom Verfasser aber lediglich unter dem Stichwort „Judenvernichtung" subsumiert.

Die Judenpogrome und schließlich die Judenvernichtung selbst werden aber da auch nicht mehr als Moment spezifischer imperialistischer Herrschaft analysiert, nahegelegt wird jedoch eine Charakteristik durch Hinweis auf die Geschwister Scholl, die nach Meinung des Verfassers „Hitler als das bezeichnet haben, was er war – als Massenmörder." An die Stelle historisch-materialistischer Analyse tritt die Psychopathologie. Wurde also schon die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung relativiert, indem sie als Teilbereich der Judenvernichtung dargestellt wurde, wird die Judenvernichtung selbst nicht als erste Konsequenz des imperialistischen Plans der Unterwerfung der Völker Europas, schließlich der Völker der Welt begriffen, sondern als Tat eines Mörders – eines Massenmörders – klassenmäßig neutralisiert. Speziell bei Lenin kann man übrigens an vielen Stellen den Zusammenhang der Unterdrückung der revolutionären Volksmassen und der Unterdrückung des Rechts auf Selbstbestimmung, vermittelt über die vom Zarentum und seinen Ideologen inszenierten Judenpogrome, nachlesen.

In dem KVZ-Artikel wird also verbal ausgegangen vom Faschismus als Diktatur der Bourgeoisie, dadurch aber, daß Antisemitismus und Judenverfolgung nicht als spezifischer Vermittlungsweg dieser Diktatur der

Bourgeoisie analysiert werden und die faschistische Ideologie letztlich selbst zum Wesen des Faschismus erklärt wird, verliert diese bestimmte Form der Diktatur der Bourgeoisie ihren Klassencharakter – sowohl in bezug auf Unterdrückte (Juden), als auch im Hinblick auf die Ziele der Unterdrückung (Massenmord) – und bekommt populistische Züge. Dies bestätigt sich bei der Darstellung des Widerstandes gegen den Faschismus.

Nachdem der Verfasser im ersten Teil des Artikels das Verhältnis von Faschismus und Judenvernichtung analysiert hat, wirft er die Frage auf, wieso es dagegen keinen „nennenswerten Widerstand" gab. Damit leitet er – jedenfalls wiederum innerhalb der marxistischen Forschung – eine neue Sicht dieses Themas ein. Der Widerstand gegen den Faschismus wird allerdings bei ihm nicht einmal „benannt". Einzige Ausnahme bilden die Geschwister Scholl, womit sich eine Darstellung des antifaschistischen Widerstandes abzeichnet, wie sie sattsam bekannt ist durch die offizielle bundesdeutsche Geschichtsschreibung: Wenn vom Widerstand überhaupt die Rede ist, dann führt man nur Einzelpersonen an. Unterschlagen wird die Hauptkraft dieses Widerstandes – die Arbeiterbewegung mit der KPD als ihrem Kern (auch wenn an deren Politik im einzelnen manches zu kritisieren ist).

Nebenbei sei vermerkt, daß die Geschwister Scholl am 21. Februar 1943 hingerichtet wurden und nicht, wie im Artikel angegeben, noch 1945 antifaschistische Propaganda betrieben haben.

Diese Leugnung des antifaschistischen Widerstandes ist aber nicht nur eine Fälschung historischer Tatsachen, sondern damit wird zunächst mal der Weg frei, eine historisch-materialistische Analyse des antifaschistischen Widerstandes zu umgehen, sich mit den Lehren aus den Fehlern dieses Widerstands nicht auseinandersetzen zu müssen. Hingewiesen sei nur auf zwei entscheidende Etappen in der Entwicklung dieses Widerstandes: Zum einen darauf, daß es den Faschisten 1933 gelang, die Organisationen der Arbeiterbewegung weitgehend zu zerschlagen – wobei man beachten muß, welche Bedeutung die Faschisten der *Organisiertheit* der Arbeiterbewegung zumaßen –, zum anderen auf das Scheitern der Arbeitereinheitsfront und der Volksfront in den Jahren 1935 – 1938, während einer Zeit also, als die Faschisten ernsthafte Schwierigkeiten hinsichtlich der ideologischen Absicherung ihres Regimes hatten und eine geeinte Arbeiterbewegung, eine Volksfront gute Aussicht gehabt hätte, die Unzufriedenheit und Ablehnung des Faschismus zum Kampf für den Sturz des Faschismus zusammenzufassen. An die Stelle einer solchen konkreten Untersuchung der Gründe des Scheiterns des antifaschistischen Widerstands setzt der Verfasser jedoch politologische Theoreme über Herrschaftsmechanismen in totalitären Systemen. Theoretische Grundlage ist ihm dabei Hannah Arendt, der es mit vorbehalten war, als führende Theoretikerin der „Totalitarismus-Forschung" dem ideologischen Schlagetot gegen die Arbeiterbewgung „Rot = Braun" wissenschaftliche Weihen zu verschaffen und damit die „Rechtfertigung" für die Verfolgung der Kommunisten in der Bundesrepublik auch nach der Niederschlagung des Faschismus zu liefern.

Nachdem bereits die Welteroberungspläne der deutschen Imperialisten hinter dem Massenmörder Hitler verschwanden, der Kampf dagegen, vor allem durch die Arbeiterbewegung, geleugnet wurde, verschwindet mit Hilfe der Ergebnisse dieser „Totalitarismus-Forschung" endgültig der Klassencharakter des Faschismus. Ganz allgemein soll „in Deutschland" eine „Umwertung der Werte" stattgefunden haben. „Das ist die ‚Umwertung der Werte', die der Nationalsozialismus durchgesetzt hatte, die Schranke, die er als besondere Spielart des Faschismus in Deutschland, im Umgang der Völker untereinander eingerissen hat. Das ist nicht ‚wieder-gutzumachen'." Dieser Schluß ist dunkel und riecht danach, als wenn der Arbeiterklasse die Verbrechen der Imperialisten angehängt werden sollten. Eine neue Variante von Kollektivschuld-Theorie deutet sich an; über deren politische Wirkung braucht man nichts zu sagen.

Daß in diesem Artikel eine Annäherung an bürgerliche Faschismustheorien versucht wird, zeigt sich zusätzlich an den groben Verfälschungen hinsichtlich der Theoriegeschichte der marxistischen Analyse des Faschismus. Hauptangriffspunkt ist die KPD. Ihr wird unterschoben, sie sei unfähig gewesen, den Faschismus wissenschaftlich zu analysieren, zudem habe sie der Judenvernichtung keine Beachtung geschenkt (vgl. Zitat oben). Dies ist doppelt falsch. Es wundert, gegenüber Kommunisten daran erinnern zu müssen, daß die „materialistische Analyse des Faschismus als Diktatur der Finanzbourgeoisie" zuerst 1935 auf dem VII.

des Faschismus zu liefern.

Nachdem bereits die Welteroberungspläne der deutschen Imperialisten hinter dem Massenmörder Hitler verschwanden, der Kampf dagegen, vor allem durch die Arbeiterbewegung, geleugnet wurde, verschwindet mit Hilfe der Ergebnisse dieser „Totalitarismus-Forschung" endgültig der Klassencharakter des Faschismus. Ganz allgemein soll „in Deutschland" eine „Umwertung der Werte" stattgefunden haben. „Das ist die ‚Umwertung der Werte', die der Nationalsozialismus durchgesetzt hatte, die Schranke, die er als besondere Spielart des Faschismus in Deutschland, im Umgang der Völker untereinander eingerissen hat. Das ist nicht ‚wieder-gutzumachen'." Dieser Schluß ist dunkel und riecht danach, als wenn der Arbeiterklasse die Verbrechen der Imperialisten angehängt werden sollten. Eine neue Variante von Kollektivschuld-Theorie deutet sich an; über deren politische Wirkung braucht man nichts zu sagen.

Daß in diesem Artikel eine Annäherung an bürgerliche Faschismustheorien versucht wird, zeigt sich zusätzlich an den groben Verfälschungen hinsichtlich der Theoriegeschichte der marxistischen Analyse des Faschismus. Hauptangriffspunkt ist die KPD. Ihr wird unterschoben, sie sei unfähig gewesen, den Faschismus wissenschaftlich zu analysieren, zudem habe sie der Judenvernichtung keine Beachtung geschenkt (vgl. Zitat oben). Dies ist doppelt falsch. Es wundert, gegenüber Kommunisten daran erinnern zu müssen, daß die „materialistische Analyse des Faschismus als Diktatur der Finanzbourgeoisie" zuerst 1935 auf dem VII.

Weltkongreß der Komintern entwickelt worden ist. („In dieser Situation sucht die herrschende Bourgeoisie immer mehr ihre Rettung im Faschismus, in der Aufrichtung der offenen, terroristischen Diktatur der am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ...", Resolution zum Referat von Dimitroff, in: Protokoll VII. Weltkongreß der Komintern, Bd. II, S. 985) Gerade Komintern und KPD waren es, die diese Bestimmung des Faschismus als Herrschaft des Finanzkapitals gegen vielerlei Versuche (vor allem von sozialdemokratischer Seite), ihn klassenneutral zu sehen, verteidigt haben.

Das hat sie jedoch keinesfalls davon abgehalten, gegen alle menschenverachtenden und menschenvernichtenden Unterdrückungsmaßnahmen des Faschismus Stellung zu beziehen. Speziell die Judenverfolgung hat das ZK der KPD 1938 mit der Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome" angeprangert. Darin heißt es u.a.: „Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen, Solidarität mit den gehetzten Kommunisten und Sozialisten, Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes ..." (in: Die Rote Fahne, Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome, 1938, Nr. 7)

Mit der marxistischen Untersuchung des Fachismus in den 50er und 60er Jahren, soweit sie nicht auf der Kominternanalyse basierte, war es allerdings nicht weit her. Schon gar nicht ist es in dieser Zeit gelungen, den Klassencharakter des Faschismus bloßzulegen. Im Gegenteil waren diese Untersuchungen gerade von gegenteiligen Tendenzen bestimmt. Hingewiesen sei nur auf solche Ansätze wie Reichs „Massenpsychologie des Faschismus" und Untersuchungen, wie sie etwa in der Zeitschrift „Das Argument" publiziert wurden, die gerade den *klassenneutralen* Charakter des Faschismus behaupteten.

Erst mit der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung konnte wieder an die grundsätzlich richtige Analyse der Komintern angeknüpft werden. Hierfür stehen Publikationen wie der im Sendler-Verlag erschienene Dokumentenband „Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale" oder Vargas im Oberbaumverlag 1970 erneut herausgegebene Broschüre „Der deutsche Imperialismus".

Im Vorwort zu dieser Broschüre wird der qualitative Sprung in der Faschismusanalyse direkt angesprochen: „Die ‚antiautoritäre Studentenbewegung' negierte diesen Ansatz in schroffer Weise, sofern sie ihn überhaupt sah; ihr Faschismusbegriff leugnete den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Faschismus, ging nicht davon aus, daß der Faschismus die Agentur des Monopolkapitals ist und bezeichnete die theoretische und literarische Verarbeitung des Faschismus als ‚bunte Verifizierung der Agenten-Theorie'. (Das Argument Nr. 33, 1955, S. 36) Sie sprach davon, daß der deutsche Faschismus sich vom Monopolkapitalismus emanzipiert habe ..."

Dieser Schritt in der Analyse des Faschismus wird in dem Artikel „Nationalsozialismus und Judenvernichtung" rückgängig gemacht. Das ist tatsächlich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

AG Faschismus der VrV Hamburg

Keine Erklärung, oberflächlich und teilweise falsch

(zum Artikel „Nationalsozialismus und Judenvernichtung, KVZ 46, S. 4)

Der Artikel war ärgerlich in verschiedener Hinsicht:

1. In ihm wird *keine* These über das angegebene Thema entwickelt, er gibt keine Erklärung der materiellen, politischen und ideologischen Bedeutung des Antisemitismus in der faschistischen Ideologie.
2. Tatsachen sind einfach nicht richtig.
3. Die Einschätzung des Faschismus ist falsch und ignorant gegenüber nahezu allen Untersuchungen sowohl von marxistischer wie von bürgerlicher Seite.
4. Die Argumentation ist an vielen Punkten dunkel und ohne jeden für mich erkennbaren Sinn, teilweise in sich widersprüchlich.

Einige wenige Belege:

Zu 1. Auch nach mehrmaligem Lesen kann ich in dem Artikel keinen Erklärungsansatz finden. Am Anfang steht, daß der Antisemitismus einer der „zwei festen Bezugspunkte" der faschistischen Ideologie ist. (Schon hier müßte man einhalten, auf den ersten Satz eingehen und einiges richtig stellen, etwa, daß „Mein Kampf", geschrieben 1925/27, nicht *die* Ideologie des Nationalsozialismus umfaßt, daß es mehr als zwei feste Bezugspunkte in dieser Ideologie gibt, daß das außenpolitische *Ziel* Hitlers in „Mein Kampf" nicht die „imperialistische Ausdehnung nach Osten" war, sondern Deutschland zu einer Weltmacht zu machen, wozu das der erste Schritt sein sollte usw.) Zurück zur Ausgangsfrage: Welche Bedeutung der Antisemitismus hat, wird dann später als Frage nach dem „warum" aufgeworfen und verwiesen auf Analysen der „Linken und der Marxisten-Leninisten", ohne einen einzigen inhaltlichen Satz dazu zu sagen, und übergegangen zur nächsten Frage.

Zu 2. Nur einige Beispiele: a) die Reichskristallnacht war der Schlußpunkt der wirtschaftlichen Vernichtung, und es war nicht so, wie es im Artikel scheint, daß die jüdischen Besitzer von Geschäften bis 1938 relativ unbehelligt geblieben wären. b) Nicht die Einführung der Reichskulturkammer im September 1933 war der Beginn des Exodus der Künstler, sondern die Massenverhaftungen nach dem Reichstagsbrand am 28.2. mit dem Endpunkt der Bücherverbrennungen am 10.5. desselben Jahres. c) Es soll „keinen gegeben haben, der 1939 das Wesen des Faschismus hätte klarlegen können". Als hätte es nie einen Funken des Widerstandes im Innern des Faschismus gegeben und wären der gewaltige Unterdrükkungsapparat und die KZs überflüssig gewesen, wenn es keinen gegeben hätte, der das Wesen des Faschismus erkannt und bekämpft hätte. d) Dann sollen noch „große Teile des Volkes" den „imperialistischen Traum der Eroberung Europas mitgeträumt" haben. e) Nicht richtig ist die Feststellung, daß die KZs in den polnischen Gebieten allein Vernichtungslager gewesen sind.

Zu 3. An einer Stelle taucht auf, daß der Faschismus die Diktatur der Finanzbourgeoisie war, ansonsten wird davon ausgegangen, daß das Wesen des Faschismus in Antisemitismus bestanden hätte, angereichert mit Versatzstücken der Totalitarismusanalyse H. Arendts. Den Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und zur Mobilisierung von Arbeitskraft mittels Zwangsarbeit zur Eroberung einer Weltmachtposition sucht man vergeblich, dafür aber findet man an verschiedenen Stellen „Hitler als das, was er war, als Massenmörder".

Zu 4. Nichts anfangen kann ich mit Sätzen wie: „In seinem rassenideologischen Denksystem spielt die Verklammerung von Kapitalismus ... und Arbeiterbewegung ... eine zentrale Rolle." Die SA „operierte auf *eigene Faust* in *strenger Absprache*", oder die Erklärung der „Hitlerspezialisten" erscheint als unschlüssig, dann wird die gleiche Argumentation wiederholt und für richtig befunden. „Schon zu Beginn des Krieges hatte Hitler in einer seiner Massenreden den europäischen Juden gedroht, wenn sie wieder, also wie im ersten Weltkrieg, dem deutschen Volk eine Niederlage bereiten, so werden sie vernichtet." Was soll dieser Satz aussagen? Wenn die „europäischen Juden" den Krieg gewinnen, werden sie vernichtet? Vielleicht ist die Kritik etwas grob, aber es geht auch nicht an, daß in der KVZ in so oberflächlicher Weise und teilweise auch falsch über ein so bitteres Kapitel der deutschen Geschichte, der Geschichte des jüdischen Volkes und der internationalen Arbeiterbewegung geschrieben wird.

Übrigens sollte man sich bei den Literaturhinweisen bemühen, einigermaßen repräsentative Grundlagenliteratur anzugeben.

Bernd Wagner, Frankfurt

Keine Erklärung, oberflächlich und teilweise falsch

(zum Artikel „Nationalsozialismus und Judenvernichtung, KVZ 46, S. 4)

Der Artikel war ärgerlich in verschiedener Hinsicht:
1. In ihm wird keine These über das angegebene Thema entwickelt, er gibt keine Erklärung der materiellen, politischen und ideologischen Bedeutung des Antisemitismus in der faschistischen Ideologie.
2. Tatsachen sind einfach nicht richtig.
3. Die Einschätzung des Faschismus ist falsch und ignorant gegenüber nahezu allen Untersuchungen sowohl von marxistischer wie von bürgerlicher Seite.
4. Die Argumentation ist an vielen Punkten dunkel und ohne jeden für mich erkennbaren Sinn, teilweise in sich widersprüchlich.
Einige wenige Belege:
Zu 1. Auch nach mehrmaligem Lesen kann ich in dem Artikel keinen Erklärungsansatz finden. Am Anfang steht, daß der Antisemitismus einer der „zwei festen Bezugspunkte" der faschistischen Ideologie ist. (Schon hier müßte man einhalten, auf den ersten Satz eingehen und einiges richtig stellen, etwa, daß „Mein Kampf", geschrieben 1925/27, nicht die Ideologie des National-

sind.
Zu 3. An einer Stelle taucht auf, daß der Faschismus die Diktatur der Finanzbourgeoisie war, ansonsten wird davon ausgegangen, daß das Wesen des Faschismus in Antisemitismus bestanden hätte, angereichert mit Versatzstücken der Totalitarismusanalyse H. Arendts. Den Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und zur Mobilisierung von Arbeitskraft mittels Zwangsarbeit zur Eroberung einer Weltmachtposition sucht man vergeblich, dafür aber findet man an verschiedenen Stellen „Hitler als das, was er war, als Massenmörder".
Zu 4. Nichts anfangen kann ich mit Sätzen wie: „In seinem rassenideologischen Denksystem spielt die Verklammerung von Kapitalismus ... und Arbeiterbewegung ... eine zentrale Rolle." Die SA „operierte auf eigene Faust in strenger Absprache", oder die Erklärung der „Hitlerspezialisten" erscheint als unschlüssig, dann wird die gleiche Argumentation wiederholt und für richtig befunden. „Schon zu Beginn des Krieges hatte Hitler in einer seiner Massenreden den europäischen Juden gedroht, wenn sie wieder, also wie im ersten Weltkrieg, dem deutschen Volk eine Niederlage bereiten, so

„... auf den Bewußtseinsstand einwirkende Faktoren untersuchen"

(zum Artikel „Nationalsozialismus und Judenvernichtung" in KVZ 46/81, S. 4)

Ich finde die aufgeworfenen Fragen sehr interessant und möchte dazu einige Bemerkungen machen. Einer der zentralen Punkte ist m.E. die Feststellung in dem Artikel: „In einem komplizierten Vermittlungsprozeß von Basis und Überbau, dem wir unbedingt nachgehen müssen, war es möglich, Zustimmung, zumindest aber stillschweigende Duldung dafür zu gewinnen. Es ist richtig, daß es einen latenten Antisemitismus und Rassismus in den Reihen des Kleinbürgertums und der akademischen Mittelschichten gab, ein Potential, das von den Nazis aktiviert werden konnte. Aber bis zu den Todesfabriken war noch ein weiter Weg."

Vorweg möchte ich betonen, daß es mir auf jeden Fall notwendig erscheint, um den o.g. Sachverhalt klären zu können, die historische Untersuchung und Darlegung der auf den Entwicklungs- und Bewußtseinsstand des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Teile einwirkenden Faktoren durchführen zu müssen, um nicht zu dem Schluß zu kommen, daß das Bewußtsein zum ausschlaggebenden Träger des Seins wird.

Die unvollständige bürgerliche Revolution von 1848 in Deutschland hatte die Beamten- und Kastengliederung nicht hinweggefegt. Mit der Feudalordnung war ein Kompromiß geschlossen worden, der weiterhin privilegierte Schichten zuließ (z.B. in bestimmten Beamten- und Militärrängen), diese Ordnung siechte also weiterhin in der Gesellschaft hin. Die Bauern waren nicht zum aktiven Träger der 48er Revolution geworden. Jüdische Bevölkerung war vor allem im Bereich des Handels tätig, was sie bei den Bauern und anderen Kleinbesitzern verhaßt machte. Sie hatten Positionen in der Naturwissenschaft inne. Die Entwicklung der großindustriellen Produktion und damit des Monopolkapitals machte diese gesellschaftlichen Funktionen als Sonderfunktionen einer bestimmten Schicht überflüssig, ja drängte im Interesse weiterer Entwicklung auf ihre Beseitigung. Das waren m.E. Teile der objektiven Basis für jene verhängnisvolle Entwicklung.

Auf seiten des Entwicklungs- und Bewußtseinsstandes der deutschen Bevölke-

zu den Todesfabriken war noch ein weiter Weg."

Vorweg möchte ich betonen, daß es mir auf jeden Fall notwendig erscheint, um den o.g. Sachverhalt klären zu können, die historische Untersuchung und Darlegung der auf den Entwicklungs- und Bewußtseinsstand des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Teile einwirkenden Faktoren durchführen zu müssen, um nicht zu dem Schluß zu kommen, daß das Bewußtsein zum ausschlaggebenden Träger des Seins wird.

Die unvollständige bürgerliche Revolution von 1848 in Deutschland hatte die Beamten- und Kastengliederung nicht hinweggefegt. Mit der Feudalordnung war ein Kompromiß geschlossen worden, der weiterhin privilegierte Schichten zuließ (z.B. in bestimmten Beamten- und Militärrängen), diese Ordnung siechte also weiterhin in der Gesellschaft hin. Die Bauern waren nicht zum aktiven Träger der 48er Revolution geworden. Jüdische Bevölkerung war vor allem im Bereich des Handels tätig, was sie bei den Bauern und anderen Kleinbesitzern verhaßt machte. Sie hatten Positionen in der Naturwissenschaft inne. Die Entwicklung der großindustriellen Produktion und damit des Monopolkapitals machte diese gesellschaftlichen Funktionen als Sonderfunktionen einer bestimmten Schicht überflüssig, ja drängte im Interesse weiterer Entwicklung auf ihre Beseitigung. Das waren m.E. Teile der objektiven Basis für jene verhängnisvolle Entwicklung.

Auf seiten des Entwicklungs- und Bewußtseinsstandes der deutschen Bevölke-

rung wirkten folgende Faktoren, die die Anfälligkeit für rassistische Ideologien besonders beim Kleinbürgertum begünstigten und andererseits dem Proletariat große Schwierigkeiten in seinem revolutionären Bildungsprozeß bereiteten: Abgleiten der ehemals revolutionären Sozialdemokratie in den Chauvinismus und Sozialimperialismus vor und zu Beginn des I. Weltkrieges. Die Behandlung des Versailler Vertrages durch die KPD als Frage der nationalen Existenz Deutschlands und nicht als zeitweisen Kompromiß der Reichsbourgeoisie, um ihre Existenz zu erhalten, nach innen wieder neu auszubauen; und dadurch von der Hauptaufgabe, Sturz dieser Bourgeoisie, abzulenken. Der bauernfeindliche sowjetische Weg nach der Oktoberrevolution, der keine Ermutigung für die Bauern darstellte, das Bündnis mit den Arbeitern zu suchen (wobei sich die KPD diesem Kurs unterworfen hatte). Die relativ rasche Entwicklung der Widersprüche zwischen den großen kapitalistischen Mächten, die imperialistische Interessen verfolgten. Dem Einbruch von 1929 folgte keine Erholungsphase, die hohe Arbeitslosigkeit und die fehlende Möglichkeit der Reichsbourgeoisie, mittels verschärfter Ausbeutung ihrer Kolonien (England, Frankreich) bzw. der Entwicklung eines großen inneren Marktes (USA) diese Schwierigkeiten einigermaßen zu lindern.

M.E. müßte auch untersucht werden, inwieweit die damalige Entwicklung der industriellen Großproduktion ohne Entwicklung der Computertechnik weitgehende Spezialisierung und damit Zersplitterung und Ressortgeist und größere soziale Unterschiede in der Arbeiterklasse beinhaltete, die die zurückgebliebenen Teile für rassistische und chauvinistische Propaganda anfällig machten.

S.W., Mainz

Nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen

Was wird aus dem Wahlerfolg der Grünen und Alternativen / Der Fall Weser-Ems

wem.Emden. Der Ausgang der Kommunalwahlen im Regierungsbezirk Weser-Ems hat die Grünen in etliche Gemeinde- und Stadträte und oftmals gleich in die Rolle eines „Züngleins an der Waage" gebracht (s. Tabelle). Dies hat unter den Grünen zu lebhaften Auseinandersetzungen über die künftige Ratsarbeit geführt. Macht man Koalitionen? Mit wem? Welche Mindestanforderungen werden zur Grundlage von Vereinbarungen mit anderen Parteien gemacht? Dies haben die Ortsgruppen unterschiedlich gehandhabt. In *Aurich* wurde ein „Koalitionspapier" mit folgendem Inhalt erstellt: Ausreichende und rechtzeitige Information der Bürger! Satzung zur Erhaltung des Auricher Stadtbildes! Baumschutzsatzung! Keine Nord-West-Umgehung! Regenerierung der Restmoorflächen! Landschaftsrahmenplan! Mehr Fahrradwege! Umwandlung der ABM-Stellen im Jugend-und Kommunikationszentrum in feste Arbeitsverhältnisse! Keine Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Stadt! Mit „Politik muß kalkulierbar bleiben" erteilte die SPD den Grünen zugunsten eines Personalschachers mit der CDU eine Absage. Im Nachhinein betrachtet ist dies wohl ein Glück für die Grünen in Aurich, vielleicht auch für die dortige demokratische Bewegung. Die Grünen bekamen u.a. im Auricher Jugendzentrum gesteckt, daß für die Durchsetzung der Forderung mit den ABM-Stellen man doch nicht die politische Selbständigkeit im Rat aufgeben könne. Am Ende der Koalition wären die Grünen möglicherweise wieder von der SPD aufgesogen worden und ein Ansatz zur selbständigen Politik wäre dahin. Die Norder und Emder Grünen haben die Auricher kräftig kritisiert, überhaupt verhandelt zu haben, aber dort ist ja auch die Ratszusammensetzung nicht so zugespitzt.

Im *Kreistag Leer* zeigte die SPD den Grünen zunächst die kalte Schulter, um dann doch in letzter Minute die vier Prüfsteine der Grünen zu unterschreiben, nachdem sich eine Einigung zwischen CDU und den Grünen anbahnte. Der Kreis Leer hat also wieder einen SPD-Landrat. Im Kreis geht es den Grünen vornehmlich um einen Stopp aller Planungen und Vorarbeiten für den Bau der A28/A31 (Emslandautobahn + Küstenautobahn), deren Notwendigkeit bisher tatsächlich nicht nachgewiesen ist. Die SPD und die ostfriesischen Gewerkschaften sehen den Autobahnanschluß und den Bau des Dollarthafens als wesentliche Ecksteine einer weiteren Industrialisierung Ostfrieslands. Daß es überhaupt die Möglichkeit des Zusammengehens mit der CDU im Kreistag Leer gegeben hat, liegt an der Verfilzung der SPD mit der Verwaltung und der Haltung der Gewerkschaften zum Autobahnbau.

Dieses Koalitionsgebahren der Grünen ist von der interessierten Öffentlichkeit (Grünwähler) als „schlimm" empfunden worden. Die Mehrzahl der Grünen im Bezirk Weser-Ems sehen sich wohl links von der SPD stehend (weswegen sie auch gewählt werden), sozusagen als „parlamentarischer Arm der Bürgerinitiativen". Wenn dem so ist, dann gelten für Koalitionen zwischen Grünen und SPD andere Bedingungen als wie bei Koalitionen zwischen SPD und FDP. Während die einfachen Sozialdemokraten die FDP als Bremser sozialdemokratischer Politik, nach ihrem Verständnis „arbeitnehmerfreundliche" Politik, sehen, verbirgt sich hinter der Verbindung Grüne/SPD die Hoffnung, linke, also an Arbeitnehmerinteressen anknüpfende Politik durchzusetzen. Dies zu verdunkeln, müht sich die hiesige Presse nach Kräften. Hiernach dürften die Grünen angeblich wegen der anstehenden Landtagswahlen im März 1982 in Niedersachsen nicht nur Koalitionen mit der SPD in den Gemeinden und Kreisen eingehen – wegen des eigenen Profils! Dieses Problem besteht gegenwärtig allerdings bei der FDP.

Hinter „Ausbooten der Grünen", was z.B. in Aurich große Koalition von SPD/CDU heißt, in *Wilhelmshaven* unter Blockierung einer Verbindung der SPD mit der „Bürgerschaft" (den Grünen nahestehend) durch die SPD-Rechte bedeutet, verbirgt sich nichts anderes als die Blockierung einer Koalition, die sich an Arbeitnehmerinteressen orientiert. Es sind jene Kräfte in der SPD, die eine Konfrontation mit der Bundespartei, also der Regierungspolitik vermeiden wollen. Dieser Prozeß ist in der SPD aber im Gange, siehe die Parteitagsbeschlüsse der SPD-Landesverbände Schleswig-Holstein und Saarland zur NATO-„Nachrüstung". In Wilhemshaven wäre eine „grün-rote" Koalition auf Verhinderung der Pilotanlage für Kohlevergasung, die vom Bundesforschungsministerium gefördert wird, hinausgelaufen. In Wilhelmshaven wollte der SPD-Unterbezirk (aber nicht die SPD-Ratsfraktion) mit der „Bürgerschaft" einen „Linksblock" bilden. In der „Bürgerschaft" wollte deren Ratsfraktion die Koalition mit der SPD, die Basis war aber noch gegen jede Koalition (vornehmlich aber gegen CDU) eingestellt. Herausgekommen ist dabei ein CDU-Oberbürgermeister, der in Wilhelmshaven als Vorantreiber der Ansiedlung stark umweltbelastender und kapitalintensiver Industrie gilt.

In *Oldenburg* will die DKP den OB-Kandidaten der SPD im 2. Wahlgang stützen. Die Grünen lehnen laut Wahlaussage jede Koalition ab. So muß sich die FDP entscheiden, ob sie sozialliberal bleiben will oder nicht. Sie wollte nicht. Mit FDP-Stimmen gibt es also einen CDU-OB in Oldenburg. In *Osnabrück* hat sie das Bündnis mit der SPD knapp mit 29:22 gekündigt.

Die Grünen haben überall dort, wo sie kandidiert haben, auch Ratssitze erobert. Sie gehen jetzt vielfach daran, um die Ratsherren herum Ortsgruppen (z.B. Hinte, Wiesmoor), sofern sie noch nicht bestanden, aufzubauen. Entsprechend gibt es starke Tendenzen, als Grüne auch bei den kommenden Landtagswahlen zu kandidieren. Es gibt aber die begründete Hoffnung, daß schnell sichtbar wird, daß die niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) eine Bastion gegen die Interessen der Volksmassen ist. In *Emden* haben die Grünen einen Antrag gestellt, das Sicherheitsgutachten über den geplanten Flüssiggasterminal zu veröffentlichen. Dieser Antrag ist auf der konstituierenden Ratssitzung am 10.11.1981 gar nicht erst zugelassen worden, weil nur solche darauf kommen können, „für die der Rat zuständig ist", so der Oberstadtdirektor Kleinschmidt mit §5 NGO wedelnd.

Aufgrund solcher Ereignisse oder auch des relativ schlechten Abschneidens der Grünen in *Osnabrück*, wo die Stimmverluste von SPD und FDP sich nicht so deutlich bei den Grünen niederschlugen, weil sie durch Unvereinbarkeitsbeschlußtaktik gegen die Kommunisten eine Alternative Liste blockierten, sollte innerhalb der Grünen die Debatte nochmals geführt werden, ob sie in „abgeschotteter Partei" machen wollen oder sich als Bestandteil einer breiten linken Front sehen, deren Einfluß auch in die Ratshäuser und Parlamente reicht.

Auch noch soviel Basisdemokratie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grünen zur gesonderten Parteiformation zu erstarren drohen. Der frühe Wahltermin (März statt Juni) begünstigt die Kräfte, die eine weitere Klärung mit anderen politischen Kräften in der demokratischen Bewegung als aussichtslos hinstellen, um die „grüne" Kandidatur anzupacken. Absichtsvolle Albrechtsche Terminplanung?

Aufgrund des Ausgangs der Kommunalwahlen in Niedersachsen bzw. der allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik – als Stichworte seien hier Startbahn West, die Bonner Friedensdemonstration, die Existenz der AL Westberlin, die Bonner Sparbeschlüsse genannt – ergeben sich für mich (Mitglied der Alternative Liste in Emden, die am 26.11.81 aufgelöst wurde) folgende Fragen an die Grünen:

1. Teilen die Grünen die Auffassung, daß wachsende Teile der Arbeiterbewegung und breiter Volksmassen sich nicht mehr durch die sozialliberale Koalition politisch vertreten fühlen und sich dies gegenwärtig vornehmlich in außerparlamentarischer Aktion niederschlägt, aber auch in Wahlerfolgen der grünen und alternativen Richtung (aber nicht der „rein" grünen Kandidatur) ausdrückt?
2. Fahren die Grünen jetzt auf ihren Kommunalwahlerfolgen ab und wollen sich nicht an der Diskussion zur Bildung von breitangelegten Wahlbündnissen zur Landtagswahl in Niedersachsen beteiligen? Dies ist in etlichen niedersächsischen Wahlkreisen möglich und nötig.
3. Ist es gegenwärtig vordringlich, sich den Zugriff (Berechtigung wird hier nicht bestritten) auf die Wahlkampfgelder der ehemaligen „Grünen Liste Umweltschutz" von 1978 zu sichern, was Anerkennung der Grünen als Nachfolgeorganisation der GLU voraussetzt, oder die Auseinandersetzung um die programmatische Nachlassenschaft der GLU erneut positiv und öffentlich im Rahmen einer Kandidatur der Grünen (alternativer Block) zu führen?

Zusammensetzung von wichtigen Stadträten und Kreistagen im Bezirk Weser-Ems

	Stadtrat Aurich	Stadtrat Emden	Kreistag Leer	Stadtrat Leer	Stadtrat Esens	Stadtrat Wilh.hv.	Stadtrat Osnabr.	Stadtrat Oldenb.
CDU	17	14	22	16	8	18	25	21
SPD	17	23	24	19	9	18	21	16
FDP	2	2	3	2	–	3	2	5
GRÜNE	3	3	2	2	2	6*	3	3
DKP	–	1	–	–	–	–	–	4

*) „Bürgerschaft", den Grünen nahestehend



Der Oberst a.D. und Friedensforscher Alfred Mechtersheimer ist nun „in einem üblen scheindemokratischen Verfahren" (so der Betroffene) aus der CSU hinausgeworfen worden. Klage will er nicht einlegen, denn: „Ich kann die CSU nicht mit rechtlichen Mitteln zu einer größeren Diskussionsbereitschaft bringen."

Veranstaltungen
Frankfurt
Monatsplenum der Russell-Initiative Frankfurt, Thema: „Wie gefährlich ist die
– Überlegungen zu den Aufgaben in diesem Tarifkampf
Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 31 DM
Beginn: Samstag, 12.12.1981, 10.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 13.12.1981, 15.00 Uhr
Schlummert im Stillen: Giftgas in der Pfalz
die Grünen in Aurich, vielleicht auch für die dortige demokratische Bewegung. Die Grünen bekamen u.a. im Auricher Jugendzentrum gesteckt, daß für die Durchsetzung der Forderung mit den ABM-Stellen man doch nicht die politische Selbständigkeit im Rat aufgeben könne. Am Ende der Koalition wären die Grünen möglicherweise wieder von der SPD aufgesogen worden und ein Ansatz zur selbständigen Politik wäre dahin. Die Norder und Emder Grünen haben die Auricher kräftig kritisiert, überhaupt verhandelt zu haben, aber dort ist ja auch die Ratszusammensetzung nicht so zugespitzt.
Im Kreistag Leer zeigte die SPD den Grünen zunächst die kalte Schulter, um dann doch in letzter Minute die vier Prüfsteine der Grünen zu unterschreiben, nachdem sich eine Einigung zwischen CDU und den Grünen anbahnte. Der Kreis Leer hat also wieder einen SPD-Landrat. Im Kreis geht es den Grünen vornehmlich um einen Stopp aller Planungen und Vorarbeiten für den Bau der A28/A31 (Emslandautobahn + Küstenautobahn), deren Notwendigkeit bisher tat-
fende Politik durchzusetzen. Dies zu verdunkeln, müht sich die hiesige Presse nach Kräften. Hiernach dürften die Grünen angeblich wegen der anstehenden Landtagswahlen im März 1982 in Niedersachsen nicht nur Koalitionen mit der SPD in den Gemeinden und Kreisen eingehen – wegen des eigenen Profils! Dieses Problem besteht gegenwärtig allerdings bei der FDP.
Hinter „Ausbooten der Grünen", was z.B. in Aurich große Koalition von SPD/CDU heißt, in Wilhelmshaven unter Blockierung einer Verbindung der SPD mit der „Bürgerschaft" (den Grünen nahestehend) durch die SPD-Rechte bedeutet, verbirgt sich nichts anderes als die Blockierung einer Koa-
ral bleiben will oder nicht. Sie wollte nicht. Mit FDP-Stimmen gibt es also einen CDU-OB in Oldenburg. In Osnabrück hat sie das Bündnis mit der SPD knapp mit 29:22 gekündigt.
Die Grünen haben überall dort, wo sie kandidiert haben, auch Ratssitze erobert. Sie gehen jetzt vielfach daran, um die Ratsherren herum Ortsgruppen (z.B. Hinte, Wiesmoor), sofern sie noch nicht bestanden, aufzubauen. Entsprechend gibt es starke Tendenzen, als Grüne auch bei den kommenden Landtagswahlen zu kandidieren. Es gibt aber die begründete Hoffnung, daß schnell sichtbar wird, daß die niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) eine Bastion gegen die Interes-
munalwahlen in Niedersachsen bzw. der allgemeinen politischen Entwick-
der Grünen (alternativer Block) zu führen?
Zusammensetzung von wichtigen Stadträten und Kreistagen im Bezirk Weser-Ems
Stadtrat Aurich | Stadtrat Emden | Kreistag Leer | Stadtrat Leer | Stadtrat Esens | Stadtrat Wilh.hv. | Stadtrat Osnabr. | Stadtrat Oldenb.
CDU 17 14 22 16 8 18 25 21
SPD 17 23 24 19 9 18 21 16
FDP 2 2 3 2 – 3 2 5
GRÜNE 3 3 2 2 2 6* 3 3
DKP – 1 – – – – – 4
*) „Bürgerschaft", den Grünen nahestehend



Der Oberst a.D. und Friedensforscher Alfred Mechtersheimer ist nun „in einem üblen scheindemokratischen Verfahren" (so der Betroffene) aus der CSU hinausgeworfen worden. Klage will er nicht einlegen, denn: „Ich kann die CSU nicht mit rechtlichen Mitteln zu einer größeren Diskussionsbereitschaft bringen."

Veranstaltungen

Frankfurt
Monatsplenum der Russell-Initiative Frankfurt, Thema: „Wie gefährlich ist die Sowjetunion?", Referent: Stephan Tiedtke, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Haus der Jugend, Deutschherrenufer.
Montag, 7. Dezember 1981, 19.30 Uhr

München
Diskussionsveranstaltung zur Resolution „Kampf gegen den drohenden Krieg", Kaulbachklause, Kaulbachstraße (Nähe Uni)
Freitag, 11. Dezember, 19.30 Uhr

Arbeitsseminar:
Politik der Gewerkschaften im Tarifkampf 1982
– Einschätzung der Politik von Regierung, Sachverständigen und Kapitalisten
– Kritische Auseinandersetzung mit den Beschäftigungsprogrammen des DGB
– Überlegungen zu den Aufgaben in diesem Tarifkampf
Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 31 DM
Beginn: Samstag, 12.12.1981, 10.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 13.12.1981, 15.00 Uhr

Arbeitsgruppe:
Gesundheitspolitik
Thema: Ambulante medizinische Versorgung
Samstag/Sonntag, 23./24.1.1982 (verschoben)

Schulungen:
Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Sonntag, 27.12.1981
Schluß: Mittwoch, 6.1.1982
Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Sonntag, 27.12.1981
Schluß: Freitag, 8.1.1982

Diese Veranstaltungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231 · Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung beim Schulungszentrum

Schlummert im Stillen: Giftgas in der Pfalz

DGB Rheinland-Pfalz fordert Veto der Bundesregierung gegen amerikanische Giftgaslager

kas.Pirmasens. Knapp 2000 Menschen nahmen an der Veranstaltung des DGB Rheinland-Pfalz in Pirmasens gegen die Giftgaslager in der BRD teil. Der Landesvorsitzende, Julius Lehlbach, begründete das Eintreten der Gewerkschaften für Frieden als Grundvoraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit und sozialen Fortschritts.

Bezüglich der Giftgaslager faßte Lehlbach seine Initiativen zusammen bis hin zur geplanten Verfassungsbeschwerde, da Giftgase eindeutig Angriffswaffen seien, jegliche Vorbereitung eines Angriffskriegs aber laut Art. 26 GG verboten sei.

Mit Antiamerikanismus habe die Bewegung gegen die Giftgaslager nichts zu tun. Wenn allerdings der Eindruck erweckt werde, daß die BRD ein besetztes Land sei, könnten solche Reaktionen nicht ausbleiben. Das mindeste sei doch das Selbstbestimmungsrecht über Leben und Tod unseres Volkes. Es könne und dürfe nicht Sinn eines Bündnisses sein, jede Perversion der Militärstrategen und jede politische Barbarei aus gesamtstaatlicher Verantwortung hinzunehmen. Die Bundesregierung mache sich unglaubwürdig, wenn sie wie 1954 einerseits auf die Herstellung derartiger Waffen verzichtet habe, deren Lagerung aber dulde. Was bedeutet da die Regierungsstellungnahme, daß eine *beschränkte* Menge in Übereinstimmung mit den Verträgen mit den Verbündeten gelagert seien. 700 Gramm hätten in Seveso genügt, um eine Region zu verseuchen. Was wäre bei einem Transportunfall oder lecken Faß bei 2000 Tonnen Nervengas?

Die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse verlören ihren Sinn, wenn auf deutschem Boden Mittel zur Völkervernichtung geduldet würden. Deshalb müßte man
1. die Abrüstungsverhandlungen auf alle B- und C-Waffen ausdehnen,
2. die Giftgaslager auflösen und auf die USA einwirken, daß die bilateralen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einem vertraglichen Abschluß kämen,
3. zweiseitige Gespräche mit der DDR aufnehmen über das Verbot der Produktion und Lagerung chemischer Waffen. Eine Nullösung für alle ABC-Waffen in ganz Europa, Ost und West, einschließlich der Meere, müsse erreicht werden.

In den anderen Reden wurde auf die Wirkung und den Verbreitungsgrad chemischer Waffen und den Stand der Abrüstungsverhandlungen eingegangen. Da die Amerikaner die Lagerung ihrer chemischen Waffen geheim halten und man bei der Sowjetunion gänzlich auf Vermutungen über den Umfang chemischer Ausrüstung angewiesen ist, kristallisierte sich heraus, daß nicht nur ein Abkommen durchgesetzt werden muß, das die Herstellung und Lagerung chemischer Waffen verbietet (analog dem Abkommen über das Verbot bakteriologischer Waffen von 1972), sondern, daß insbesondere internationale Kontrollmaßnahmen und Sanktionsmöglichkeiten festgelegt werden müssen, um die Einhaltung derartiger Abkommen zu überprüfen. Dies kam bei den Ausführungen etwas zu wenig heraus, erscheint aber der Initiative gegen Giftgaslager ein entscheidender Punkt für die Weiterarbeit.

Zitiert wurden von Dr. Brauch verschiedene Rechtsgutachten des Bundestages von 1980 und 1981, die anläßlich der Diskussion um die Stationierung der Neutronenbombe erstellt wurden. In der Praxis sei bisher immer die Zustimmung der Bundesregierung auch bezüglich der Bewaffnung eingeholt worden. Der Diskussion käme überhaupt nur theoretische Bedeutung zu. Dies unterschlägt, welche Einschränkungen der Souveränität durch den fehlenden Friedensvertrag bzw. die NATO-Mitgliedschaft gegeben sind. Richtig wurde aber gesagt, daß das Entscheidende zunächst sei, daß sich die Bundesregierung eindeutig gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe ausspreche. Zwei amerikanische Senatoren hätten bisher vergeblich versucht, auf diese Möglichkeit, insbesondere der Bundesrepublik, hinzuweisen.

Als erstes müßte erreicht werden, daß die Bundesregierung keiner Stationierung neuer chemischer Waffen zustimme. Sodann müßten Gespräche geführt werden mit den USA über die schrittweise Schließung von Giftgaslagern. Wechselseitig sollte je ein Lager hier, eins in der DDR geschlossen werden. Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa vom Atlantik bis zum Ural sollten den Abschluß einer internationalen Konvention begleiten.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Im Vorfeld der Hessischen Landtagswahlen

Die Hessischen Landtagswahlen werden im September 1982 stattfinden. Die Frage stellt sich, inwieweit diese Wahlen genutzt werden können von den Bewegungen, die sich in den letzten Monaten immer stärker entwickelt haben: Der Kampf gegen die Startbahn West hat sich sprunghaft entwickelt, der Zustrom weiterer Kräfte zu dieser Bewegung ist bislang ungebrochen, und die Erschütterungen, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in der Arbeiterbewegung ausgelöst wurden, haben zu zahlreichen Demonstrationen von Belegschaften, die von Massenentlassungen bedroht sind, wie auch zu Kampfaktionen im öffentlichen Dienst geführt. Am weitestgehenden war die Besetzung von VDM, die, ohne die Sicherung der Arbeitsplätze erreicht zu haben, abgebrochen wurde.



anm. Deutlicher als mit der einmütigen Zustimmung des Hessischen Landtages zur Regierungserklärung Börners konnte gar nicht gezeigt werden, daß insbesondere die Bewegung gegen die Startbahn West im Parlament keinen Fürsprecher hat.

Wie sind die Ausgangsbedingungen, um bis zu den Landtagswahlen eine Alternative, eine Front zu schaffen, die auch im Parlament, also von oben, diese Bewegungen unterstützen könnte? Wie kann verhindert werden, daß der deutlichen Linksentwicklung ein noch rechteres Parlament mit einer noch rechteren Regierung folgt? Wie können zumindest Bedingungen geschaffen werden, auch einer solchen Regierung einen einheitlicheren Widerstand entgegenzusetzen?

Um bei der *SPD* anzufangen: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik hat in einem ,,Brief an 1000 Freunde" die ,,Organisationsfrage" aufgeworfen. Sicher nicht unter dem Gesichtspunkt der Landtagswahl allein, sondern unter längerfristigen Gesichtspunkten, einen bereits in Gang gekommenen Diskussionsprozeß der Linken in der SPD zusammenzufassen und weiterzuführen. Die Frankfurter SPD, die SPD im Kreis Groß-Gerau und in den meisten Umliegergemeinden des Flughafens ist, was die Landesregierung angeht und im wesentlichen ihre Politik zur Startbahn, auf Linkskurs gegangen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD Hessen als Börner-Partei in den Wahlkampf gehen wird, wenngleich es trotz aller Beschwörungen der Frankfurter SPD auf ihrem letzten Parteitag nicht zu einem Wahlkampf für die SPD in großen Teilen Südhessens kommen wird.

Dem Versuch, den eine Zahl von ausgetretenen SPDlern unternommen hat, als Sammelbecken für ausgetretene SPDler eine linke Alternative (USD – Unabhängige Sozialdemokraten) zu bilden und somit der SPD neue Koalitionsmöglichkeiten zu schaffen, scheint zumindest bislang kein Erfolg beschieden.

Die *Grünen* Hessen haben bereits vor Monaten beschlossen, in den hessischen Landtagswahlen als Partei anzutreten. Sie arbeiten daran zielstrebig. Sie haben bereits Teile eines Entwurfs für ein Wahlprogramm erarbeitet und verschickt. (Siehe Artikel auf dieser Seite) Soweit bekannt, sind Kandidaten nominiert, zumindest teilweise schon diskutiert. Einen Versuch, dieses Vorhaben in den Bürgerinitiativen zur Sprache zu bringen, das Programm zur Diskussion zu stellen, die Zielsetzung einer Kandidatur zu debattieren, hat es seitens der Grünen bis jetzt nicht gegeben.

Die *Gewerkschaften* stehen der neuen Situation, die die Verschärfung des Regierungskurses bei gleichzeitiger Entwicklung der Krise geschaffen hat, bislang weitgehend hilflos gegenüber. Die traditionellen Mittel – Gespräche mit der SPD zwecks Linderung der Lage – versagen offensichtlich. Die Entwicklung eines eigenen selbständigen politischen Gewichts hat kaum begonnen. Zumindest in Hessen stoßen derartige Bestrebungen auch auf den Widerstand der Führungen der größten Einzelgewerkschaften. Offensichtlich war die IG Metall anläßlich der Betriebsstillegungen in Frankfurt konzeptlos. An die Stelle einer Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung trat Bremserei. Gleichzeitig gibt es sowohl Bestrebungen und auch Erfolge, Fragen wie Startbahn West in den Gewerkschaften zu diskutieren und Stellung zu nehmen (Landesverband der GEW, Druck, Vertreterversammlung IG Metall Frankfurt, große Teile der Postgewerkschaft). Nach den Auseinandersetzungen bei Adler und VDM, aber auch angesichts solcher wirtschaftlichen Entscheidungen wie Startbahn West, mehren sich die Stimmen, die danach drängen, eine wirtschaftspolitische Alternative seitens der Gewerkschaften zu erarbeiten. Der offizielle DGB-Kurs in Hessen ist nicht dazu in der Lage, diese Bestrebungen zusammenzufassen und weiterzuführen. Deutliches Zeichen hierfür: die Kundgebung des DGB in Hessen mit 3000 Teilnehmern gegen die Haushaltspolitik (vergleiche hierzu 70000 in Baden-Württemberg).

In den *Bürgerinitiativen* ist die Landtagswahl noch nicht diskutiert worden. Ganz sicher auch mangels Initiative der Grünen und DKP, die offensichtlich beide erstmal das Ziel verfolgen, die Frage so zu behandeln: Nutzung des Parlaments als Partei und unabhängig von, aber unter Nutzung der Bewegung. Gleichwohl gibt es daneben die Auffassung, daß Parlamentswahlen sowieso nutzlos sind und Debatten darüber ohnedies nur vom eigentlichen Kampf abhalten können. Es besteht die Gefahr einer unausgesprochenen Arbeitsteilung zwischen der Bewegung, die kämpft, und den Grünen, die dann die Parlamentsarbeit machen.

Unter diesen Bedingungen ist zu befürchten, daß die Kandidatur der Grünen als Partei eine Beschränkung bedeuten wird, daß sich sowohl die Kräfte der Bewegung gegen die Startbahn West in den Wahlen nicht vollständig ausdrücken können – ganz zu schweigen von den Teilen der Arbeiterbewegung, die mit der SPD-Politik gebrochen haben. Es wird jedoch sicher nicht fruchtbar sein, sich in der kommenden Auseinandersetzung darauf einzulassen, in erster Linie die Kandidatur der Grünen unter Beschuß zu nehmen. Sicher ist dieser Beschluß einer Auseinandersetzung über die Möglichkeiten, wie die Landtagswahl zu nutzen ist, nicht förderlich. Auf *der* Ebene bleibt es aber ergebnislos.

Wenn in den nächsten Monaten in den Gewerkschaften und den Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West keine Diskussion über ein Programm zu den Wahlen in Gang kommt – und gerade in den Industriegewerkschaften gibt es die Diskussion über wirtschaftspolitische Alternativen und Perspektiven in den 80er Jahren ohnehin, in den Bürgerinitiativen relativ entfaltet zu Fragen eines alternativen Verkehrskonzepts – wird es bei den gegenwärtigen Ausgangsbedingungen bleiben. Auch wenn eine Diskussion über solche Alternativen nicht direkt ein *Alternatives Bündnis* für die kommende Landtagswahl zur Folge hat, hätte sie was gebracht.

Die Ausgangsbedingungen für weitere Kämpfe, auch angesichts einer Dregger-Regierung, wären dann zumindest besser.

Was schlagen die Grünen vor?

cof. Die Programmvorlage der Grünen zu den Themen: Umweltschutz, Gebietsreform, Medien, Frieden, Wirtschaft, direkte Demokratie, Strafvollzug, alternative Technologie, Landwirtschaft und Gesundheit* wurden von Arbeitsgruppen und Einzelnen verfaßt, überschneiden sich daher und widersprechen sich auch manchmal.

nologie" vergleicht. ,,Echte Demokratie" sei – die Aufhebung von Fremdbestimmung – Realisierung der Selbstbestimmung des Volkes – Verwirklichung des Gemeinwohls durch Legitimation der Staatsgewalt durch direkte Teilnahme aller Bürger

losigkeit geworfene Mensch absolut handlungsunfähig, schon gar nicht als phantasievolles Wesen erscheint – stellen die Grünen ihre ,,Gesamtwirtschaftliche Alternative" entgegen als ,,dritte Möglichkeit . . . zwischen westlicher Profit- und Plünderungswirtschaft und östlich-zentralistischer Plan- und Plünderungswirtschaft". Anzusiedeln wäre sie vielleicht zwischen Jugoslawien und dem Programm der Solidarność – nur, wie dorthin gelangen? ,,Geändert" werden sollen ,,jene Eigentumsverhältnisse, die Macht über andere Menschen, die Zerstörung der Natur und die gesellschaft-

seinen konkreten Forderungen ist das Kapitel über ,,Alternative Technologie" – wenngleich auch hier außer einer gezielten Steuerpolitik kaum Schritte angegeben werden, wie ,,eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaft und Technik . . ., die revolutionären Charakter in sich trägt", vonstatten gehen soll mit dem Ziel einer ,,Stabilisierung der Verhältnisse", weshalb sie ,,keine gewalttätige, zerstörerische Revolution sein" dürfe. Zu begrüßen ist aber die Abkehr von einer kruden Technikfeindlichkeit zugunsten eines ziemlich klaren Verständnisses, zusammengefaßt: ,,Technik be-

ergeben sich Widersprüche vor allem im Bereich der gesellschaftlichen Kontrolle. So wird z.B. einmal eine einfache und kostengünstige Verwaltung und Beschränkung ihrer Kontrollfunktionen auf ein Mindestmaß verlangt – auf der anderen Seite sollen Behörden (unter Einbeziehung von Vereinen und Interessengemeinschaften der Bürger) alle möglichen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen. Solange über Kompetenzen und Inhalte der basisdemokratischen Organe und diese selber so wenig klar ist, laufen solche Forderungen unweigerlich auf eine Ausweitung staatlicher Bürokratie hinaus – entgegen

Wie kann verhindert werden, daß der deutlichen Linksentwicklung ein noch rechteres Parlament mit einer noch rechteren Regierung folgt? Wie können zumindest Bedingungen geschaffen werden, auch einer solchen Regierung einen einheitlicheren Widerstand entgegenzusetzen?

Um bei der SPD anzufangen: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik hat in einem ,,Brief an 1000 Freunde" die ,,Organisationsfrage" aufgeworfen. Sicher nicht unter dem Gesichtspunkt der Landtagswahl allein, sondern unter längerfristigen Gesichts-

gehen wird, wenngleich es trotz aller Beschwörungen der Frankfurter SPD auf ihrem letzten Parteitag nicht zu einem Wahlkampf für die SPD in großen Teilen Südhessens kommen wird.

Dem Versuch, den eine Zahl von ausgetretenen SPDlern unternommen hat, als Sammelbecken für ausgetretene SPDler eine linke Alternative (USD – Unabhängige Sozialdemokraten) zu bilden und somit der SPD neue Koalitionsmöglichkeiten zu schaffen, scheint zumindest bislang kein Erfolg beschieden.

Die Grünen Hessen haben bereits

einer Kandidatur zu debattieren, hat es seitens der Grünen bis jetzt nicht gegeben.

Die Gewerkschaften stehen der neuen Situation, die die Verschärfung des Regierungskurses bei gleichzeitiger Entwicklung der Krise geschaffen hat, bislang weitgehend hilflos gegenüber. Die traditionellen Mittel – Gespräche mit der SPD zwecks Linderung der Lage – versagen offensichtlich. Die Entwicklung eines eigenen selbständigen politischen Gewichts hat kaum begonnen. Zumindest in Hessen stoßen derartige Bestrebungen auch auf den Widerstand der Führungen der größten

Postgewerkschaft). Nach den Auseinandersetzungen bei Adler und VDM, aber auch angesichts solcher wirtschaftlichen Entscheidungen wie Startbahn West, mehren sich die Stimmen, die danach drängen, eine wirtschaftspolitische Alternative seitens der Gewerkschaften zu erarbeiten. Der offizielle DGB-Kurs in Hessen ist nicht dazu in der Lage, diese Bestrebungen zusammenzufassen und weiterzuführen. Deutliches Zeichen hierfür: die Kundgebung des DGB in Hessen mit 3000 Teilnehmern gegen die Haushaltspolitik (vergleiche hierzu 70000 in Baden-Württemberg).

gibt es die Diskussion über wirtschaftspolitische Alternativen und Perspektiven in den 80er Jahren ohnehin, in den Bürgerinitiativen relativ entfaltet zu Fragen eines alternativen Verkehrskonzepts – wird es bei den gegenwärtigen Ausgangsbedingungen bleiben. Auch wenn eine Diskussion über solche Alternativen nicht direkt ein Alternatives Bündnis für die kommende Landtagswahl zur Folge hat, hätte sie was gebracht.

Die Ausgangsbedingungen für weitere Kämpfe, auch angesichts einer Dregger-Regierung, wären dann zumindest besser.

Was schlagen die Grünen vor?

cof. Die Programmvorlage der Grünen zu den Themen: Umweltschutz, Gebietsreform, Medien, Frieden, Wirtschaft, direkte Demokratie, Strafvollzug, alternative Technologie, Landwirtschaft und Gesundheit* wurden von Arbeitsgruppen und Einzelnen verfaßt, überschneiden sich daher und widersprechen sich auch manchmal. Zusammen mit dem zweiten Teil, der noch vor Weihnachten herauskommen und u.a. Programmatisches zu Bildung und Kultur, Wohnen, Verkehr, Frauen, sozialen Fragen, Energie und Wasser enthalten soll, wird sie die Grundlage sein, über die eine Landesversammlung im Februar beschließen soll. Ein Fortschritt, verglichen mit so manchem grünen Kommunalwahlprogramm – wenn auch Wichtiges fehlt.

Die ,,werktätige Bevölkerung", für die sich beispielsweise der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Hasenclever noch jüngst auf dem Bundeskongreß in Offenbach mehr einsetzen wollte, kommt in dem ganzen Entwurf so gut wie nicht vor, und wenn, dann höchstens als die ,,Betroffenen", Objekt der Taten von Staat, Medien, Interessenverbänden, oder eben dort, wo sie Teil der ,,real existierenden Bewegungen" ist, die ,,vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden und umfassenden Bruchs breiter Massen in Hessen mit dem Staat ein permanentes ‚lästiges' Konfliktpotential (darstellen), welches die Einkreisungsstrategie von CDU, SPD, FDP, Gewerkschaften und Arbeitgebern zunichte macht und eine gemeinsame politische Zielsetzung in den bürgerlichen Staat zu transformieren versucht". Die Arbeiterbewegung scheint für die Grünen nicht zu existieren; ihre Organisationen werden schlankweg dem Gegner zugeschlagen.

Schwach ist auch die Vermittlung von Form und Inhalt. Das wird vor allem deutlich, wenn man das Kapitel ,,Direkte Demokratie" mit denen über ,,Wirtschaft" oder ,,Alternative Technologie" vergleicht. ,,Echte Demokratie" sei

- die Aufhebung von Fremdbestimmung
- Realisierung der Selbstbestimmung des Volkes
- Verwirklichung des Gemeinwohls durch Legitimation der Staatsgewalt durch direkte Teilnahme aller Bürger auf der Basis von Plebiszit und imperativem Mandat und nicht die *repräsentative Demokratie*.

Gefordert wird: Abschaffung der 5%-Klausel, Schaffung überschaubarer Gruppierungen, z.B. Ortsbeiräte mit vollem Mitbestimmungsrecht, Abwahl von Delegierten auf Antrag von 10% der Wahlberechtigten, Direktwahl aller Funktionsträger bis zum Ministerpräsidenten und Gerichtspräsidenten sowie die Bildung von Beiräten von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und Unternehmen wie Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, Fernsehen, Rundfunk, Theatern. Alle wichtigen Entscheidungen sollen auf der untersten Ebene gefällt werden, sie sollen ein Vetorecht gegenüber Entscheidungen übergeordneter Gremien erhalten. Angestrebt wird die ,,Verlagerung möglichst vieler Kompetenzen auf die Parlamente der Gemeinden und Kreise". Eine Änderung der hessischen Gemeindeordnung ,,muß eine stärkere Bürgerbeteiligung ermöglichen". Damit sind schon einige Formen entwickelt, wobei ein gewisses Durcheinander unübersehbar ist: wer wählt wen und wer entscheidet nun über was?

Außen vor bleibt hier der Produktionsprozeß selber, und der wird auch ganz anders behandelt. ,,Unserer Wirtschaft heute", gekennzeichnet durch das Ziel blinden Wachstums und nur auf materiellen Werten beruhenden Wohlstands, ,,Arbeitsplatzsicherung, Energiesicherung" – wo der eindimensionale, durch Massenmedien und Entfremdung in Konsumrausch, Unselbständigkeit, Angst und Hoffnungslosigkeit geworfene Mensch absolut handlungsunfähig, schon gar nicht als phantasievolles Wesen erscheint – stellen die Grünen ihre ,,Gesamtwirtschaftliche Alternative" entgegen als ,,dritte Möglichkeit . . . zwischen westlicher Profit- und Plünderungswirtschaft und östlich-zentralistischer Plan- und Plünderungswirtschaft". Anzusiedeln wäre sie vielleicht zwischen Jugoslawien und dem Programm der Solidarność – nur, wie dorthin gelangen? ,,Geändert" werden sollen ,,jene Eigentumsverhältnisse, die Macht über andere Menschen, die Zerstörung der Natur und die gesellschaftliche Steuerung durch wenige Kapitalbesitzer beinhalten", als ,,erste Maßnahme sind Einkommen und Vermögen schrittweise zu beschränken", ,,die so freiwerdenden Vermögen gehen in die direkte Verfügung der Belegschaft des betreffenden Betriebes über", die dementsprechend an der Bestimmung über ihre Betriebe bis hin zu einer absoluten Selbstverwaltung beteiligt wird bei gleichzeitiger Entflechtung der Großbetriebe in überschaubare Einheiten. Aber *wer* ändert? Die Grünen im Parlament? Die kommunalen Entscheidungsgruppierungen? Wie organisiert sich die Belegschaft und wie kommt sie in die Lage, als ,,homo politicus" zu handeln? Sollen die Arbeiter das überhaupt? All das bleibt offen, und der Maßnahmenkatalog ,,für eine dezentrale, demokratisch gesteuerte Wirtschaft" steht in seiner Dürre im krassen Widerspruch zu den hehren Zielen. Außer der Regionalförderung und der Förderung alternativer, selbstverwalteter und umweltfreundlicher Kleinbetriebe beschränkt er sich auf ,,Randgruppen" (Arbeitslose, Ausländer und Behinderte). Grotesk wird es dann, wenn die Eigenarbeit der Mieter bei der Renovierung ihrer Wohnung und im Kleingarten ,,verstärkt" werden soll, ohne daß irgendwo ein Wort über Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen verloren wird, es sei denn in der Erwähnung von ,,Streß", Monotonie und Entfremdung. Ausgleich in der Reproduktion, um neue Kraft zu schöpfen – so gesehen wird's dann schon fast reaktionär.

Durchdachter und realistischer in seinen konkreten Forderungen ist das Kapitel über ,,Alternative Technologie" – wenngleich auch hier außer einer gezielten Steuerpolitik kaum Schritte angegeben werden, wie ,,eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaft und Technik . . ., die revolutionären Charakter in sich trägt", vonstatten gehen soll mit dem Ziel einer ,,Stabilisierung der Verhältnisse", weshalb sie ,,keine gewalttätige, zerstörerische Revolution sein" dürfe. Zu begrüßen ist aber die Abkehr von einer kruden Technikfeindlichkeit zugunsten eines ziemlich klaren Verständnisses, zusammengefaßt: ,,Technik bedeutet für uns Anwendung von Erkenntnissen über Naturgesetze zum Wohle des Menschen. Sie soll dazu dienen, den Menschen von schwerer Arbeit zu befreien und seine Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die natürliche und soziale Umwelt zu zerstören", was auch die Anwendung komplizierter Verfahren im Bedarfsfalle nicht ausschließt. In den Forderungen nach technischer Grundausbildung für alle, Zurückdrängung der Experten, die immer mit dem Sachzwang wedeln, und der Aufforderung an Techniker und Ingenieure, ihr Können in den Dienst gesellschaftlich nutzbringender technischer Lösungen zu stellen, drückt sich darüberhinaus ein Begriff von der Notwendigkeit, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufzuheben, aus.

Neben dem offensichtlichen Mangel an Hebeln, all dies ins Werk zu setzen, ergeben sich Widersprüche vor allem im Bereich der gesellschaftlichen Kontrolle. So wird z.B. einmal eine einfache und kostengünstige Verwaltung und Beschränkung ihrer Kontrollfunktionen auf ein Mindestmaß verlangt – auf der anderen Seite sollen Behörden (unter Einbeziehung von Vereinen und Interessengemeinschaften der Bürger) alle möglichen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen. Solange über Kompetenzen und Inhalte der basisdemokratischen Organe und diese selber so wenig klar ist, laufen solche Forderungen unweigerlich auf eine Ausweitung staatlicher Bürokratie hinaus – entgegen den eigenen Zielsetzungen.

Schwerer wiegt, daß sich der ganze Entwurf allein im Grundsätzlichen bewegt und an keiner Stelle auf die *real* existierenden Probleme und Konflikte



(Ausnahme: Startbahn) eingeht, geschweige denn Alternativen z.B. in der Struktur-, Arbeitsmarkt-oder der Verkehrspolitik für Hessen mit seinem Nord-Süd-Gefälle und den Betriebsstillegungen der jüngsten Zeit sowie der Konzentration des Dienstleistungs- und Transportsektors im Rhein-Main-Gebiet, um nur einiges zu nennen, aufzeigt.

* Die Programmvorlage ist (leicht gekürzt) im Materialheft ,,Wirtschaft und Politik 11 – 12/81" abgedruckt. – Aus Platzgründen kann ich hier nur auf ausgewählte Aspekte eingehen, was nichts mit einer Geringschätzung der übrigen Kapitel wie Umweltschutz usw. zu tun hat.

Jüdisch-arabische Demonstration in Ramallah

kvz. Am Samstag, den 29. November, veranstaltete das „Israelische Solidaritätskomitee mit der Universität Bir-Zeit" eine gemeinsame, jüdisch-arabische Demonstration in der Westbank-Stadt Ramallah. Die Demonstranten unterschiedlicher politischer Tendenzen vereinte der Protest gegen die von den israelischen Besatzungsbehörden verfügte Schließung der palästinensischen Universität Bir-Zeit, sowie gegen die von den israelischen Besatzungstruppen geübte Form der kollektiven Bestrafung und die Sprengung von Häusern. Die über 200 Demonstranten, die trotz behördlichen Verbots und Straßensperren ins Zentrum von Ramallah gelangten, wurden ohne Vorwarnung auf dem Hauptkreisel der Stadt mit Tränengasgranaten angegriffen. Damit ist zum ersten Mal seitens der israelischen Behörden in der Unterdrückung von Protest keine Unterscheidung zwischen Juden und Arabern getroffen worden. Die verhafteten jüdischen Demonstranten wurden nach achtundvierzig Stunden auf Kaution freigelassen, mit der Maßgabe, die Westbank für fünfundvierzig Tage nicht zu betreten. Dies wird in Israel als eine neue Qualität der Unterdrückung von Protest auch israelischen Juden gegenüber angesehen, zumal die Einschränkung der Bewegungsfreiheit bisher nur Arabern vorbehalten war.

Widersprüchliches über geplante US-Intervention in Nicaragua

kvz. Nachdem sich die Anzeichen für eine aktuell bevorstehende Intervention der US-Streitkräfte im mittelamerikanischen Raum, gegen Nicaragua und auch Kuba, in den letzten Wochen verdichteten, schloß US-Außenminister Haig vor einer Woche in Mexiko eine solche Aktion aus – gedrängt offenbar von der mexikanischen Regierung, die eindringlich vor einer Verschärfung der Spannungen in der Region gewarnt hat, während Tausende gegen den Besuch Haigs in Mexiko demonstrierten. Zuvor war von Erwägungen über eine Blockade der beiden Länder unter Einschluß von Marine- und Luftwaffenoperationen die Rede, um der „sehr, sehr beunruhigenden Lage" (Haig) Herr zu werden. Der nicaraguanische Außenminister D'Escoto hat inzwischen den Wunsch geäußert, mit Haig zusammenzutreffen, um den „Wortkrieg" zwischen beiden Ländern zu entschärfen und einen Modus vivendi mit den USA zu erreichen. Vorausgegangen waren dem ebenfalls Gespräche mit der mexikanischen Regierung.

Tagung des Volkskongresses: keine weitreichenden Beschlüsse

kvz. Die vierte Plenartagung des V. Nationalen Volkskongresses, des höchsten Staatsorgans der Volksrepublik

kvz. Nachdem sich die Anzeichen für eine aktuell bevorstehende Intervention der US-Streitkräfte im mittelamerikanischen Raum, gegen Nicaragua und auch Kuba, in den letzten Wochen verdichteten, schloß US-Außenminister Haig vor einer Woche in Mexiko eine solche Aktion aus – gedrängt offenbar von der mexikanischen Regierung, die eindringlich vor einer Verschärfung der Spannungen in der Region gewarnt hat, während Tausende gegen den Besuch Haigs in Mexiko demonstrierten. Zuvor war von Erwägungen über eine Blockade der beiden Länder unter Einschluß von Marine- und Luftwaffenoperationen die Rede, um der „sehr, sehr beunruhigenden Lage" (Haig) Herr zu werden. Der nicaraguanische Außenminister D'Escoto hat inzwischen den Wunsch geäußert, mit Haig zusammenzutreffen, um den „Wortkrieg" zwischen beiden Ländern zu entschärfen und einen Modus vivendi mit den USA zu erreichen. Vorausgegangen waren dem ebenfalls Gespräche mit der mexikanischen Regierung.

Tagung des Volkskongresses: keine weitreichenden Beschlüsse

kvz. Die vierte Plenartagung des V. Nationalen Volkskongresses, des höchsten Staatsorgans der Volksrepublik China, wird nicht viel zu entscheiden haben. Beschlüsse über drei Gesetzentwürfe über Wirtschafts-Vertragsrecht, die Körperschaftssteuer für ausländische Unternehmen sowie über eine landesweite Baumpflanzaktion, um den Raubbau, der durch die Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf Kosten der Wälder in der Vergangenheit betrieben wurde, wiedergutzumachen, stehen an. Allerdings bezeichnet der erste Punkt, der die Schaffung eines Zivilkodex beinhaltet, einen neuartigen Schritt in der Gestaltung des Rechtssystems. Offenbar auf Grundlage widerstreitender Einschätzungen des bisherigen Erfolgs der Wirtschaftsreformmaßnahmen konnte der überfällige Fünf-Jahr-Plan für die Jahre 1981–1985 nicht vorgelegt werden. Planung und Ergebnisse klaffen immer noch auseinander, trotz der Notbremse, zu der die chinesische Führung Anfang des Jahres angesichts gefährlicher Disproportionen zwischen schwerindustriellem Sektor und Leichtindustrie und Landwirtschaft gerade noch rechtzeitig gegriffen hatte. Andernfalls wäre das Haushaltsdefizit im laufenden Jahr schon gar nicht auf rund 2,7 Milliarden Yuan (gegenüber 12,7 und 17 Mrd. Yuan in den beiden vergangenen Jahren) zu beschränken gewesen. Der Wirtschaftsbericht des Ministerpräsidenten spricht von einer „erfolgreichen" Rückführung der Investitionen im Anlagenbau, wodurch das Problem unkoordinierter Projekte schrittweise gelöst werde. Schwerpunkte seien in diesem Jahr die Leichtindustrie (Textilindustrie) sowie der Energie-, der Baumaterial- und der Transportsektor gewesen. Für die Zukunft ist die weitere Integration in den Weltmarkt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern vorgesehen: „Es wäre genauso falsch, das Land gegen internationalen Austausch abzuschirmen, wie sich ausschließlich auf fremde Hilfe zu verlassen und blind ausländische Dinge zu verehren."

Erfolg der Liberalen bei Wahlen in Honduras

kvz. Mit 53% der Stimmen ging die Liberale Partei als Sieger aus den ersten Parlamentswahlen nach 9 Jahren Militärdiktatur hervor und verdrängte die zweite Traditionspartei, die Nationalen, Stütze des Militärs. Christdemokraten (die über eigene Bauern- und Gewerkschaftsverbände verfügen und nichts mit dem Christdemokraten Duarte in El Salvador zu tun haben wollen) und die neue Partei der lokalen Bourgeoisie („Erneuerung und Einheit") blieben weit zurück, ebenso wie die „Patriotische Front", eine gemeinsame Liste der Linken. Selbst wenn eine demokratische Regierung zustandekommt und der von vielen erwartete neue Militärputsch ausbleibt, wird sich unter den Liberalen, die ihren linken Flügel, die liberale Volksallianz, schon von den Kandidatenlisten fernzuhalten wußten, die strategische Rolle, die Honduras in Zentralamerika einnimmt, nicht gravierend ändern, stehen doch die USA Pate für diese „befaffnete Demokratie" und kontrollieren sie effektiv das honduranische

re genauso falsch, das Land gegen internationalen Austausch abzuschirmen, wie sich ausschließlich auf fremde Hilfe zu verlassen und blind ausländische Dinge zu verehren."

Erfolg der Liberalen bei Wahlen in Honduras

kvz. Mit 53% der Stimmen ging die Liberale Partei als Sieger aus den ersten Parlamentswahlen nach 9 Jahren Militärdiktatur hervor und verdrängte die zweite Traditionspartei, die Nationalen, Stütze des Militärs. Christdemokraten (die über eigene Bauern- und Gewerkschaftsverbände verfügen und nichts mit dem Christdemokraten Duarte in El Salvador zu tun haben wollen) und die neue Partei der lokalen Bourgeoisie („Erneuerung und Einheit") blieben weit zurück, ebenso wie die „Patriotische Front", eine gemeinsame Liste der Linken. Selbst wenn eine demokratische Regierung zustandekommt und der von vielen erwartete neue Militärputsch ausbleibt, wird sich unter den Liberalen, die ihren linken Flügel, die liberale Volksallianz, schon von den Kandidatenlisten fernzuhalten wußten, die strategische Rolle, die Honduras in Zentralamerika einnimmt, nicht gravierend ändern, stehen doch die USA Pate für diese „befaffnete Demokratie" und kontrollieren sie effektiv das honduranische Heer. Ihnen liegt vor allem an einem Vorbild für die für März 1982 geplanten Wahlen in El Salvador, von denen sie sich eine „politische Lösung" nach ihrem Geschmack erwarten.

Großbritannien: Erlebt die Sozialdemokratie eine Wiedergeburt?

Triumphales Wahlergebnis für die SDP

bep. Crosby, eine mittelständische Schlafstadt am Rand von Liverpool, war seit 1928 einer der sichersten konservativen Wahlkreise im Lande. Als letzte Woche der Unterhausabgeordnete nachgewählt werden mußte, stand ein harter Thatcher-Anhänger gegen einen Vertreter des linken Flügels der Labour-Partei. Die dritte im Bunde der Kandidaten war Shirley Williams, Mitbegründerin der „Sozialdemokratischen Partei" (SDP), die im März von Labour-Politikern, die sich mit der Linksentwicklung der Partei nicht abfinden wollten, gebildet worden ist. Williams kandidierte für die „Allianz" zwischen SDP und Liberaler Partei, ein Wahlbündnis, das auf örtlicher Ebene seit Juni, auf nationaler Ebene seit September besteht. Die Liberalen führen seit langem eine politische Randexistenz und sind durch das britische Mehrheitswahlrecht, das die beiden großen Parteien (Labour und Konservative) begünstigt, zusätzlich benachteiligt. Das Ergebnis von Crosby zeigt eine veränderte Konstellation: Die „Allianz" gewann 49,1% der abgegebenen Stimmen, die Konservative Partei erhielt 39,8% (gegenüber 56,9% bei der Wahl 1979) und die Labour-Partei 9,5% (gegenüber 25,4%). Die Stimmenzahl der Konservativen schrumpfte gegenüber 1979 um ein Drittel, die der Labour-Partei sogar um zwei Drittel zusammen.

Zu den Labour-Verlusten mag beigetragen haben, daß etliche Labour-Anhänger, deren Kandidat von vornherein keine Aussichten auf Erfolg hatte, für die SDP-Kandidatin stimmten, um den Konservativen eine Niederlage zu bereiten. Aber das Ergebnis liegt eindeutig „im Trend": Die Verluste der Labour-Partei *wachsen* von Nachwahl zu Nachwahl; die der Konservativen sind ebenfalls hoch, wachsen aber nicht so stark; die „Allianz" von SDP und Liberalen gewinnt. Die sozialistische Zeitschrift „New Statesman" hat 57 Nachwahlen für Sitze in Gemeinde-, Stadt- und Regionalparlamenten ausgewertet, die nach dem 22. Oktober und vor der Wahl in Crosby stattgefunden haben. Die „Allianz" gewann zwei Drittel der Sitze und 46% der Stimmen; Labour erhielt 27%, die Konservative Partei 25% der Stimmen. Die Umfrageergebnisse lauten ähnlich.

Stimmenfänger ohne Programm

Die SDP verfügt bislang weder über

bei der Wahl 1979) und die Labour-Partei 9,5% (gegenüber 25,4%). Die Stimmenzahl der Konservativen schrumpfte gegenüber 1979 um ein Drittel, die der Labour-Partei sogar um zwei Drittel zusammen.

Zu den Labour-Verlusten mag beigetragen haben, daß etliche Labour-Anhänger, deren Kandidat von vornherein keine Aussichten auf Erfolg hatte, für die SDP-Kandidatin stimmten, um den Konservativen eine Niederlage zu bereiten. Aber das Ergebnis liegt eindeutig „im Trend": Die Verluste der Labour-Partei *wachsen* von Nachwahl zu Nachwahl; die der Konservativen sind ebenfalls hoch, wachsen aber nicht so stark; die „Allianz" von SDP und Liberalen gewinnt. Die sozialistische Zeitschrift „New Statesman" hat 57 Nachwahlen für Sitze in Gemeinde-, Stadt- und Regionalparlamenten ausgewertet, die nach dem 22. Oktober und vor der Wahl in Crosby stattgefunden haben. Die „Allianz" gewann zwei Drittel der Sitze und 46% der Stimmen; Labour erhielt 27%, die Konservative Partei 25% der Stimmen. Die Umfrageergebnisse lauten ähnlich.

Stimmenfänger ohne Programm

Die SDP verfügt bislang weder über ein Grundsatzprogramm noch über repräsentative Körperschaften, die ein legitimes Recht zur Beschlußfassung hätten. Sie wird von den ehemaligen Labour-Politikern geführt, die sie gegründet haben. Politisch definieren sich die vier bislang vor allem durch die Abgrenzung vom „Radikalismus" der Labour-Partei. Sie sind für „die Beibehaltung der gemischten Wirtschaft" (d.h. sowohl gegen die von der Thatcher-Regierung durchgeführten Privatisierungen von Staatsbetrieben wie gegen die Forderungen der Labour-Kongresse nach weiteren Verstaatlichungen); für die weitere Mitgliedschaft in der EG (Labour: für sofortigen Austritt); gegen einseitige nukleare Abrüstung Großbritanniens (die von der Labour-Partei gefordert wird) und stattdessen für „allseitige Abrüstung". Shirley Williams fordert ein staatliches Konjunkturprogramm von 20 Milliarden Mark. Roy Jenkins verlangt, Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften sollten sich auf eine Lohnzuwachsrate einigen, die sich „die Volkswirtschaft leisten kann", höhere Zuwächse sollten weggesteuert werden; William Rodgers will die Gewerkschaften „demokratisieren und entpolitisieren".

Der Erfolg der SDP läßt sich am ehesten damit erklären, daß sie *keine* bestimmte Politik verfolgt und *kein* bestimmtes Programm vertritt, stattdessen das Image einer „Alternative zwischen den Extremen" verbreitet, unter der sich jeder vorstellen kann, was er sich wünscht. Sie bietet damit den Wählern der Konservativen, die über die Thatcher-Politik der Krisenverschärfung und „Bereinigung" der englischen Wirtschaftsverhältnisse um jeden Preis erbittert sind, die ideale Gelegenheit, der Regierung eins auszuwischen – zumal bei Nachwahlen für einzelne Wahlkreise, wo es nicht um ernstliche Veränderungen der Kräfteverhältnisse geht. Die SDP zieht aber offensichtlich auch Anhänger der Labour-Partei an, die von deren inneren Auseinandersetzungen verunsichert sind. Das spiegelt eine ernste Schwäche der Linken innerhalb der Labour-Partei wider: Es ist trotz der Linksentwicklung der Partei (s. KVZ 40/81, Seite 9) nicht gelungen, eine klare Alternative zur früheren sozialdemokratischen Politik zu entwickeln. Auch die repräsentativen linken Kräfte in der Labour-Partei bleiben im wesentlichen dem alten Rezept der Wirtschaftsankurbelung durch drastische Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, der Verstaatlichungen, der protektionistischen Maßnahmen verhaftet; ihre außenpolitischen Vorstellungen tragen Züge von Isolationismus. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Labour-Partei, jedenfalls in den höheren Gremien, beziehen sich zudem oft mehr auf organisatorische und personelle als auf sachliche Fragen und erscheinen nach außen als Cliquenkämpfe und persönliche Rivalitäten. Solange sich an diesem Zustand nichts ändert, kann der Luftballon SDP sich weiter aufblähen.

Wenn es der Thatcher-Partei bis zum voraussichtlichen Wahltermin 1984 allerdings gelingt, wenigstens einige Anzeichen wirtschaftlicher Stabilisierung vorzuweisen, ist eine Wiedergewinnung der Mittelschichten und damit eine Stabilisierung des Wählerpotentials wahrscheinlich möglich.



„Shirley is the girl" – hat Shirley Williams nach dem Erdrutsch von Crosby Chancen, den Parteivorsitz zu erlangen? Falls der Trend bis zu den Parlaments-

ehesten damit erklären, daß sie *keine* bestimmte Politik verfolgt und *kein* bestimmtes Programm vertritt, stattdessen das Image einer „Alternative zwischen den Extremen" verbreitet, unter der sich jeder vorstellen kann, was er sich wünscht. Sie bietet damit den Wählern der Konservativen, die über die Thatcher-Politik der Krisenverschärfung und „Bereinigung" der englischen Wirtschaftsverhältnisse um jeden Preis erbittert sind, die ideale Gele-

ßen als Cliquenkämpfe und persönliche Rivalitäten. Solange sich an diesem Zustand nichts ändert, kann der Luftballon SDP sich weiter aufblähen.

Wenn es der Thatcher-Partei bis zum voraussichtlichen Wahltermin 1984 allerdings gelingt, wenigstens einige Anzeichen wirtschaftlicher Stabilisierung vorzuweisen, ist eine Wiedergewinnung der Mittelschichten und damit eine Stabilisierung des Wählerpotentials wahrscheinlich möglich.



„Shirley is the girl" – hat Shirley Williams nach dem Erdrutsch von Crosby Chancen, den Parteivorsitz zu erlangen? Falls der Trend bis zu den Parlaments-wahlen anhält und sich die Tories nicht fangen, könnte sie dann Nachfolgerin von Margaret Thatcher werden. Ist das Ergebnis uneindeutig, schielen die Gegner des Thatcher-Kurses innerhalb der Konservativen Partei auf eine Koalition – bei Austausch der Figuren an ihrer Spitze –, um ihre Partei zumindest in der Regierung zu halten.

Am Fahd-Plan führt immer noch kein Weg vorbei

chm. Die 12. Arabische Gipfelkonferenz, die in der marokkanischen Stadt Fes zwischen dem 25. und 27.11. hätte stattfinden sollen, ist wie bekannt nach den ersten 3½ Verhandlungsstunden abgebrochen worden. Über den genauen Verlauf dieses Abbruchs kursieren mehrere Versionen. Allen gemeinsam ist, daß sie die Uneinigkeit über den vom saudischen Kronprinzen Fahd vor Wochen schon vorgelegten Plan zu einer Lösung des Nahostkonflikts zur Ursache dieses Abbruchs erklären. Vor allem hätten die in der „Front für Standhaftigkeit und Konfrontation" zusammengeschlossenen Staaten gemeinsam mit der PLO den Punkt 7 des Planes bekämpft, der das Recht *aller* Staaten der Region, in Frieden und Sicherheit zu leben, hervorhebt, was offensichtlich Israel einschließt.

Genaue Stellungnahmen der betreffenden Staaten – es sind Syrien, Libyen, Irak, Algerien und Südjemen – liegen nicht vor, außer in der allgemeinen Formulierung, es handele sich um ein saudisch-amerikanisches Manöver. Dagegen gibt es von der PLO als *abschließende* Stellungnahme die Äußerungen ihres Außenministers Faruk Kaddumi in der vorbereitenden Konferenz der arabischen Außenminister, die der Gipfelkonferenz vorausgegangen ist:

„Wenn der Fahd-Plan, so wie er ist, vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommen würde, dann würden die PLO und die arabischen Staaten eine ganz andere Haltung einnehmen. In dem Falle hätten wir die Garantie der fünf Großmächte, daß wir nicht Opfer einer Falle wie der von Camp David werden würden." (Le Monde, 26.11.81)

Abu Maizar, der offizielle Sprecher der PLO, legt den Akzent etwas anders und verdeutlicht, daß die Differenzen, die die PLO zum Fahd-Plan hat, taktischer Natur seien: Zum jetzigen Zeitpunkt habe dieser Plan keine Chance umgesetzt zu werden, nicht nur wegen der Intransigenz Israels, sondern auch wegen der Ablehnung seitens der USA. Wäre das anders, würde die PLO, würde eine Mehrheit der arabischen Staaten ihn annehmen. So würde die PLO jedoch, ähnlich wie Sadat 1977, ihre Trumpfkarte, die der Anerkennung Israels ohne Gegenleistung ausspielen. Diese abschließende Stellungnahme ist offensichtlich nach einer Kampfabstimmung innerhalb des Exekutivkomitees zustandegekommen, zumindest gegen die von Arafat zuvor geäußerte, wohlwollende Haltung gegenüber dem Plan, wie sie in mehreren Stellungnahmen zum Ausdruck gekommen ist. (Siehe z.B. Der Spiegel 48/81, Interview mit Jassir Arafat)

Arafat hat sogar während seines Moskaubesuches mit einem Seitenblick auf die Staaten der Front erklärt, der Fahd-Plan sei im Kern mit dem sowjetischen Vorschlag für eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts identisch, und die PLO würde darauf bestehen, daß die Sowjetunion sich an dieser Lösung beteilige. Die Prawda hatte sogar ihre Attacken gegen den Plan storniert.

Wie der Entscheidungsprozeß in den Frontstaaten gelaufen ist, ist etwas undurchsichtig. Einigkeit über das Vorgehen scheint allerdings auch nicht geherrscht zu haben. So entsandten Syrien und Libyen nur die Außenminister als Delegationsleiter, während die Demokratische Volksrepublik Jemen durch den Staatspräsidenten Ali Nasser Mohamed vertreten war. Vermutlich sind die Frontstaaten größerem Druck seitens der Sowjetunion ausgesetzt gewesen, den die unter ihnen, die es vermögen, wie z.B. Syrien, an die PLO weitergegeben haben. Im Interesse der Sowjetunion ist es nicht, wenn eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten zustandekommt, da dies die USA einen Schritt weiterbringen würde in Richtung ihrer geplanten „antisowjetischen Front" mit Ägypten und Saudiarabien als Kernländern.

Neben der Sowjetunion ist der unmittelbare Nutznießer dieser geplatzten Konferenz Israel: Der Fahd-Plan hatte Israel erneut als den Aggressor, der es ist, entlarvt. Obwohl er in dem umstrittenen §7 eine Friedens- und Sicherheitsgarantie für alle Staaten der Region enthält, hat das israelische Parlament ihn mehrheitlich abgelehnt. Die Begründung ist von der zionistischen Logik diktiert: Nie zulassen, daß das palästinensische Volks sich staatlich organisiert, seine nationalen Rechte wahrnimmt, weil das den eigenen Anspruch auf Palästina in Frage stellt. (Als Demonstration dieses Anspruchs hat die Regierung beschlossen, für die acht Punkte des Fahd-Planes acht Siedlungen in der besetzten Westbank zu bauen!)

Nach den Erklärungen des marokkanischen Königs soll die Konferenz im Juni wieder aufgenommen werden. Er sehe diesem Termin mit der gleichen Spannung entgegen, „wie der Niederkunft einer geliebten schwangeren Frau". Ich glaube, Hassan II wird Recht behalten mit seinem (Zweck-)Optimismus: Dieses Ergebnis, so traurig es momentan macht, ist allemal besser als eine mehrheitliche Ablehnung des Fahd-Planes. So ist der Plan immer noch Grundlage und Gegenstand der Auseinandersetzung unter den arabischen Staaten und in den Reihen des palästinensischen Widerstands, auch wenn er in der aktuellen Lage zum Scheitern des arabischen Gipfels geführt hat.

Kampuchea: Die vietnamesischen Besatzer geraten in die Defensive

Gegenüber 1980 hat sich die militärische Lage der Nationalen Armee weiter verbessert

Von Lutz Plümer

,,Sie basteln Menschenfallen, bauen Kanonengeschosse zu Zeitbomben um und sind bis auf die Zähne mit chinesischen Waffen gerüstet: Die Roten Khmer, deren blutiges Regimes 1979 von vietnamesischen Truppen gestürzt wurde, sind zur Gegenoffensive angetreten.'' Mit diesen Worten stellte ,,Der Spiegel'' Nr. 46 einen Bericht vor, den der französische Journalist Denis Reichle über einen Besuch in den Kampfgebieten des Demokratischen Kampuchea angefertigt hatte. Es ist dies der erste Bericht in diesem Magazin, in dem man einige Tatsachen über den kampucheanischen Widerstand gegen die vietnamesischen Besatzertruppen erfährt. Er ist zwar nach wie vor gespickt mit Behauptungen über angebliche blutige Greuel der ,,Roten Khmer'' von 1975 bis 1978, vermittelt aber zum erstenmal in diesem Magazin annähernd wahrheitsgemäß immerhin einen Eindruck davon, daß es dem Demokratischen Kampuchea nach den schwierigen Monaten unmittelbar im Anschluß an den vietnamesischen Einmarsch im Dezember 1978 gelungen ist, seine Basis unter den Volksmassen erneut zu konsolidieren und eine Widerstandsarmee aufzubauen, die in einem nunmehr fast dreijährigen Widerstandskrieg die Voraussetzungen schaffen konnte, um die Offensive gegen die vietnamesischen Besatzer vorzubereiten.

Er bestätigt damit eine Lageeinschätzung, die das Oberkommando der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea im September 1981 in Auswertung der Erfahrungen der vorausgegangenen Regenzeit veröffentlicht hat. Wir haben unten eine Karte des Oberkommandos über die militärische Lage im September 1981 wiedergegeben, zusammen mit einer Karte, die die Lage zu Beginn des vergangenen Jahres einschätzte. Waren die Truppen des Demokratischen Kampuchea zu Beginn des Krieges darauf zurückgeworfen, sich ganz in kleine Guerillaeinheiten aufzulösen und sich über große Teile des Landes zu verteilen, ohne größere Gebiete wirklich kontrollieren zu können, ist es im Verlauf von knapp 2 Jahren gelungen, den von den vietnamesischen Truppen kontrollierten Teil des Landes auf das Gebiet zwischen der vietnamesischen Grenze und Phnom Penh, die größeren Orte und die Hauptverbindungslinien einzuschränken und in beträchtlichen Teilen des Landes die Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea wiederherzustellen.

Bislang hat sich die Kriegsführung des Demokratischen Kampuchea noch darauf konzentriert, zumeist abgelegene feindliche Stützpunkte zu vernichten und die Verbindungslinien zu unterbrechen, und noch nicht darauf, Städte und Ortschaften unter feste Kontolle zu bringen. Nach wie vor sind die vietnamesischen Truppen in der Lage, verheerende Verluste vor allem unter der Zivilbevölkerung herbeizuführen. Nach wie vor ist die Hungersnot keineswegs überwunden, was sich um so schwerer auswirken muß, als das kampucheanische Volk seit nunmehr 3 Jahren unter den Folgen des Krieges zu leiden hat. Die Zahl der Kampucheaner, die in von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten lebt, beträgt gegen Ende der Regenzeit 1981 1,7 Millionen, von der restlichen Bevölkerung soll mehr als die Hälfte innerhalb der Guerillazonen leben. Dies sind vor allem die bevölkerungsreichen Gebiete entlang des Mekong, des Tonle Sap und der Hauptstraßen. Zusammenfassend stellt der Bericht des Oberkommandos fest: ,,Angesichts der sich ständig zu unseren Gunsten entwickelnden Situation haben wir gegen Ende des Septembers 1981 das Ende der strategischen Periode des ,Gleichgewichts der Kräfte' erreicht.''

Der Kanadier Stephen Orlov, der vor einigen Monaten eine ausgedehnte Reise durch die kampucheanischen Kampfgebiete unternommen hat, berichtete über die Entwicklung der militärischen Lage folgendes:

,,Die ganze westliche Region ist ein Gebiet umfangreicher Guerillaktionen. Als ich Phnom Malai vor einem Jahr besuchte, war der nächste vietnamesische Stützpunkt nur 10 km weit entfernt. Die Kontrolle des höchsten Punktes des Gebietes gab ihnen ein Schußfeld von großer Reichweite und einen idealen Punkt, über den sie mittels Hubschraubern Truppen heranbringen und den Nachschub sicherstellen konnten. Im Februar, kurz vor einem größeren Angriff des Demokratischen Kampuchea und nach wochenlanger Belagerung, mußten sich 1000 Mann starke vietnamesische Verbände von ihrem Hubschrauber-Stützpunkt und ihrer Bergfestung zurückziehen. Als ich im Sommer dieses Jahres hier ankam, war das ganze Gebiet unter Kontrolle des Demokratischen Kampuchea. Von zusätzlicher Bedeutung ist, daß trotz der hohen Priorität, mit der die vietnamesischen Führer versuchen, nach außen hin den Eindruck militärischer Überlegenheit zu erwecken, ihre Niederlage sich direkt vor den Augen der Weltpresse abspielte, die in der naheliegenden thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet das Geschehen verfolgte.

Die vietnamesische Führung steht nun vor dem Problem, daß ihre Truppen über das ganze Land zerstreut sind. Sie ist gezwungen, ständig Truppen zu verlegen, an Orte, die stärker gefährdet sind und belagert werden. Der Staatschef Chhit Chhoeun bestätigte westliche Berichte, denen zufolge das vietnamesische Oberkommando gezwungen war, große Truppenkontingente aus der Stadt Peilin in die Koh Kong Provinz entlang der südwestlichen Küste zu verlegen. Die Straßen nach Koh Kong sind ausgesprochen ungünstig, was die Vietnamesen zwingt, Artillerieausrüstung und Munition zu Fuß zu transportieren, gerade so, wie es die Guerillas tun. Dies reduziert die Überlegenheit der Artillerie, über die die vietnamesischen Truppen in anderen Gebieten verfügen. Wenn Koh Kong in die Hände der Guerillas fällt, dann würden diese beträchtlichen Druck auf den Hafen Kompong Som ausüben, den Hauptumschlagspunkt für sowjetische Waffen und Nachschub.'' (Kampuchea Newsletter, October 1981)



Guerillakämpfer an der Nationalstraße 6, eine strategisch wichtige Straße, in noch vom Feind kontrollierten Gebiet.



Gerasterte Fläche: Operationsgebiet der Armee und der Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea im Februar/März 1980

Militärische Lage Anfang 1980: Die vietnamesisch beherrschten Gebiete sind weiß, die Zonen der Guerillaaktivitäten gerastert dargestellt. Die kampucheanische Armee ist ganz in kleine Guerillaeinheiten aufgeteilt, es gibt noch keine gesicherten, vom Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebiet. Die wichtigsten Stützpunkte der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind beständig von Einkreisungsaktionen der vietnamesischen Truppen bedroht. Inzwischen beschränkt sich das von Vietnam kontrollierte Gebiet auf die Städte, die Verbindungswege und das Gebiet zwischen der vietnamesischen Grenze und Phnom Penh.



nem nunmehr fast dreijährigen Widerstandskrieg die Voraussetzungen schaffen konnte, um die Offensive gegen die vietnamesischen Besatzer vorzubereiten.

Er bestätigt damit eine Lageeinschätzung, die das Oberkommando der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea im September 1981 in Auswertung der Erfahrungen der vorausgegangenen Regenzeit veröffentlicht hat. Wir haben unten eine Karte des Oberkommandos über die militärische Lage im September 1981 wiedergegeben, zusammen mit einer Karte, die die Lage zu Beginn des vergangenen Jahres einschätzte. Waren die Truppen des Demokratischen Kampuchea zu Beginn des Krieges darauf zurückgeworfen, sich ganz in kleine Guerillaeinheiten aufzulösen und sich über große Teile des Landes zu verteilen, ohne größere Gebiete wirklich kontrollieren zu können, ist es im Verlauf von knapp 2 Jahren gelungen, den von den vietnamesischen Truppen kontrollierten Teil des Landes auf das Gebiet zwischen der vietnamesischen Grenze und Phnom Penh, die größeren Orte und die Hauptverbindungslinien einzuschränken und in beträchtlichen Teilen des Landes die Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea wiederherzustellen.



Gerasterte Fläche: Operationsgebiet der Armee und der Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea im Februar/März 1980

Militärische Lage Anfang 1980: Die vietnamesisch beherrschten Gebiete sind weiß, die Zonen der Guerillaaktivitäten gerastert dargestellt. Die kampucheanische Armee ist ganz in kleine Guerillaeinheiten aufgeteilt, es gibt noch keine gesicherten, vom Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebiet. Die wichtigsten Stützpunkte der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind beständig von Einkreisungsaktionen der vietnamesischen Truppen bedroht. Inzwischen beschränkt sich das von Vietnam kontrollierte Gebiet auf die Städte, die Verbindungswege und das Gebiet zwischen der vietnamesischen Grenze und Phnom Penh.



Kann die Unabhängigkeit Namibias 1982 erreicht werden?

SWAPO signalisiert Einverständnis mit einer ,,Zimbabwe-Lösung''

thf.Salisbury. 1982 wird ein entscheidendes Jahr für die Zukunft Namibias. Nachdem die Kontaktgruppe der UNO (Großbritannien, BRD, USA, Frankreich, Kanada) Ende Oktober und Anfang November Kenia, Nigeria, Namibia und die Frontstaaten bereist hat, scheint sich eine Lösung für dieses von Südafrika okkupierte Gebiet anzubahnen.

Die Kontaktgruppe hat einen Plan für die Unabhängigkeit Namibias vorgelegt, der nach ihren Versicherungen innerhalb des Rahmens der UNO-Resolution 435 die näheren Umstände der Unabhängigkeit regeln soll. Diese UNO-Resolution ist als Grundlage für die Unabhängigkeit Namibias für die afrikanischen Staaten unverzichtbar. Bemerkenswerte Äußerungen gibt es von SWAPO-Vertretern nach der Reise der Kontaktgruppe-Diplomaten: Moses Gareb, Generalsekretär der SWAPO, erklärte in Salisbury, die SWAPO sei bereit, sogar mit der DTA, der von Südafrika geschaffenen Marionettenpartei, allerdings nicht mit offen rassistischen Parteien, zusammenzuarbeiten. Eine Versöhnung der Rassen sei eine selbstverständliche und zugleich lebenswichtige Aufgabe im zukünftigen Namibia. Obwohl der Sozialismus das Ziel sei, sei man sich darüber im klaren, daß er nicht über Nacht erreicht werden könne. Rio Tinto (der größte in Namibia operierende Bergbaukonzern) werde nicht gleich enteignet, wohl aber müßten die Verträge, die die Ausbeutung der Ressourcen erlaubten und mit einem illegalen Regime abgeschlossen worden sind, neu überarbeitet werden. Ausbeutung der namibischen Ressourcen ohne Wiederanlage des Kapitals werde verboten. Außenpolitisch sei Blockfreienpolitik und Kooperation innerhalb der SADCC mit den neun anderen Staaten des südlichen Afrika vorgesehen. Sam Nujoma, der Vorsitzende der SWAPO, hat auf einer Solidaritätswoche in Sambia ähnliches erklärt. Auch sei die SWAPO bereit, den Weißen Minderheitsschutzrechte zu garantieren. Eine ,,Zimbabwe-Lösung'' wäre der SWAPO also als nächster Schritt recht.

Im Interesse der Unabhängigkeit und Souveränität Namibias scheint das tatsächlich die einzig realistisch mögliche Lösung, trotz aller noch ungelösten und offenen Probleme in Zimbabwe, die diese Lösung auch für Namibia mit sich bringen würde.

Namibia hat auf einer riesigen Fläche, viel größer als die der BRD, nur 953000 Einwohner. Davon sind über 100000 weiße Siedler, die SWAPO hat also nicht nur über 10% der Bevölkerung bei militärischen Aktionen gegen sich, sie steht dabei auch noch der hochmodernen, aggressionserfahrenen südafrikanischen Armee gegenüber. In Angola leben über 50000 Namibier, 1979 ist auch das Hauptquartier von Sambia nach Angola verlegt worden.

Was auf der einen Seite erstmal als für die Kampfkraft der SWAPO-Guerrillas günstig erscheint, wird auf längere Sicht in das Gegenteil umschlagen: seit 1976 wird die SWAPO militärisch verstärkt von der Sowjetunion und Kuba ausgebildet und mit schwerem militärischem Gerät ausgerüstet. Das beinhaltet Ausrichtung auf einen konventionellen Krieg, ist eine Methode, den Guerillakampf zu schwächen und stattdessen die Sowjetunion und Kuba in den Krieg zu verwickeln. Daß dies keine luftige Spekulation ist, zeigt das Beispiel Zimbabwe. Ein kubanischer ,,Befreiungsplan'' sah die Installierung einer Gegenregierung, kombiniert mit einem Einmarsch der Truppen der Patriotischen Front von Mosambik aus, vor. Die dann mit Sicherheit erfolgte Intervention der Südafrikaner hätte leicht zu einem ,,Hilferuf'' an die Kubaner führen können. Dieser Plan ist nicht angekommen. Der ZANU war die konventionelle Kriegführung völlig fremd, sie führte einen Volkskrieg und startete ihre militärischen Aktionen bewußt im Landesinneren und nicht an der Grenze. Anders allerdings die von der Sowjetunion ausgerüstete und trainierte ZAPU. Wie mir gegenüber ein früherer Zipra-Regimentskommandeur nachtrauerte, hätten sie noch zwei Jahre gebraucht, um in jeder Beziehung besser als die Rhodesier bewaffnet zu sein und dann einen *konventionellen Krieg starten* zu können.

Ein konventioneller Krieg um Namibia, und das ist leicht einsichtig, kann erst recht ohne sowjetisches oder kubanisches Eingreifen gar nicht gehen. Auf dem Gebiet Angolas werden dafür auch schon die nötigen Voraussetzungen geschaffen.

Trotz des nicht zu unterschätzenden sowjetischen Einflusses auch nach einem mit Sicherheit zu erwartenden SWAPO-Wahlsieg, von diesem Einfluß zeugen verschiedene Dankbarkeitserklärungen, kann die Sowjetunion kein Interesse an einer Zimbabwe-Lösung haben. Man stelle sich hierzu nur die Stellung der Sowjetunion als größtem Fischfänger in namibischen Gewässern bei einer Neuverhandlung der Verträge vor, die der SU (wie auch der BRD, Kuba u.a.m.) illegalerweise das Fischen in diesen Gewässern heute gestatten. Bei einer gewählten Regierung wird diese Stellung anders aussehen als etwa in Angola: von dort ist zur Zeit eine Delegation in Moskau, um um Fisch zu betteln. Die angolanische Fischverarbeitungsfabrik steht aus Mangel an Rohstoffen seit Monaten still, während die Sowjetunion durch nichts begrenzte Fischereirechte hat und auch weidlich nutzt. Ganz zu schweigen von dem eigentlichen Ziel: dem militärischen Näherkommen an das Kap der Guten Hoffnung, das bei Verpflichtung Namibias auf Blockfreienpolitik auch erst mal weiter entfernt ist.

Anders als die Sowjetunion und Südafrika haben die westlichen Staaten durchaus ein Interesse an einer Zimbabwe-Lösung, wenngleich nicht unbedingt eins an einer SWAPO-Regierung. Die westlichen Mächte setzen auf die Attraktivität ihres Kapitals, und sie wissen, daß sie Namibia in der gegenwärtigen Lage nicht halten können. Das wiederum wollen die Frontstaaten ausnutzen. Ob hinter der angolanischen Reaktion, die die abgelehnten Teile des Kontaktgruppe-Plans hervorhebt, Verbitterung über die jüngsten südafrikanischen Aggressionen steckt oder ob die Nuancen schon andere Interessen ausdrücken, wird sich schnell zeigen.

Eine neue Welle des Befreiungskampfes in Azania

Von Zola Sonkosi, Mitglied des ANC/African Nationalists

Neue Streiks der afrikanischen Arbeiter und Studenten erschüttern das südafrikanische Kolonialregime. Das Regime versucht, durch Deportation der Streikführer die Kämpfe einzudämmen. Es erreicht dadurch bloß, daß sich zum ersten Mal Streiks der städtischen Arbeiter mit solchen der Landarbeiter verbinden; und die „Homelands" werden zum Hinterland des Kampfes. Die sogenannten „Mischlinge" und Inder schließen sich an. Selbst unter den Zöglingen der Weißen gibt es inzwischen einige, die mit dem Befreiungskampf des azanischen Volkes sympathisieren. Ein Bericht von Zola Sonkosi, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongreß / Afrikanische Nationalisten (ANC/AN).

Aktuell findet in Azania ein großes Blutvergießen statt. Unbewaffnete Demonstranten werden niedergeschossen, wie zum Beispiel in den letzten Tagen in großen Teilen der Kap-Provinz und in der Ciskei. Die Ciskei soll am kommenden Wochenende eine angebliche Unabhängigkeit von den südafrikanischen Rassisten verliehen bekommen. Der größte Teil der Bevölkerung ist gegen eine solche angebliche Unabhängigkeit, die bedeutet, daß die fast eine Millionen Bürger der Ciskei an diesem Wochenende ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verlieren und damit Ausländer im eigenen Land sein werden.

Massenverhaftungen sollen der Widerstandsbewegung der Afrikaner die Spitze nehmen und ihren Kampf zu halbspontanen Aktionen degenerieren lassen. In Eastlondon, einer Stadt im Osten der Kap-Provinz, wurden mehr als zweihundert Gewerkschaftsführer verhaftet, die an Widerstandsaktionen in Betrieben beteiligt waren. Neben diesen 200 Gewerkschaftsführern sind auch viele andere Menschen verhaftet worden, Studenten und Schüler, Frauen, Sympathisanten der Befreiungsbewegungen. Es wäre müßig, die Hände in den Schoß zu legen und bloß die Unfähigkeit der Rassisten, den Widerstand niederzuschlagen, festzustellen. Es zeigt sich aber, daß sich nach jeder Verhaftung eines Führers neue Führer herausbilden, so daß die Rassisten, wenn sie es schaffen wollten, 20 Millionen Schwarze verhaften müßten, was sie nicht können.

Unser Volk ging als geeintes Volk in den Kampf. Studenten, Intellektuelle und schwarze Arbeiter kämpften Seite an Seite, in den Straßen, in den Städten und in den Betrieben. Man kann das an den Listen der Verhafteten vom Wochenende ablesen. Unter ihnen sind viele Mitglieder von Befreiungsorganisationen, z.B. vom ANC, vom PAC und der Black Consciousness Bewegung. Dachorganisation dieser Organisationen ist die Azania Peoples Organisation, die Azanische Volksorganisation. Darin kommt die Einigkeit unter den Führern innerhalb des Landes zum Ausdruck. Weiter bemerkt man, daß auch die sogenannten „Mischlinge" am Kampf beteiligt sind, z.B. in den Aufständen in Kapstadt, wo auch Schülerstreiks stattfinden. Die bedeutendste Entwicklung ist der Kampf der südafrikanischen Arbeiterbewegung in Kapstadt, in Johannesburg, in Port Elizabeth, in Durban und auch in einigen Kleinstädten im größten Teil des Transvaal, wo erfolgreiche Aktionen durchgeführt wurden. Von den Arbeitgebern mußten die Forderungen, die die Arbeiter gemeinsam aufgestellt hatten, erfüllt werden. Auf dem Hintergrund der Massenstreikbewegung der

nen Schwarze verhaften müßten, was sie nicht können.

Unser Volk ging als geeintes Volk in den Kampf. Studenten, Intellektuelle und schwarze Arbeiter kämpften Seite an Seite, in den Straßen, in den Städten und in den Betrieben. Man kann das an den Listen der Verhafteten vom Wochenende ablesen. Unter ihnen sind viele Mitglieder von Befreiungsorganisationen, z.B. vom ANC, vom PAC und der Black Consciousness Bewegung. Dachorganisation dieser Organisationen ist die Azania Peoples Organisation, die Azanische Volksorganisation. Darin kommt die Einigkeit unter den Führern innerhalb des Landes zum Ausdruck. Weiter bemerkt man, daß auch die sogenannten „Mischlinge" am Kampf beteiligt sind, z.B. in den Aufständen in Kapstadt, wo auch Schülerstreiks stattfinden. Die bedeutendste Entwicklung ist der Kampf der südafrikanischen Arbeiterbewegung in Kapstadt, in Johannesburg, in Port Elizabeth, in Durban und auch in einigen Kleinstädten im größten Teil des Transvaal, wo erfolgreiche Aktionen durchgeführt wurden. Von den Arbeitgebern mußten die Forderungen, die die Arbeiter gemeinsam aufgestellt hatten, erfüllt werden. Auf dem Hintergrund der Massenstreikbewegung der

schwarzen Arbeiter gegen die Hungerlöhne haben die Arbeitgeber keine andere Möglichkeit gesehen, als auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Der Kampf für höhere Löhne geht weiter, er ist verbunden mit Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, Zuschlagsleistungen, Familienzusammenführung, gegen die Paßgesetze, gegen die Arbeitsgesetze, die die Arbeiter benachteiligen, vor allem diejenigen, die in den Ghettos leben. Das zeigt das wachsende politische Bewußtsein des schwarzen Arbeiters.

Für die Zukunft wird entscheidend sein, daß die Arbeiter erkennen, daß sie durch Streiks allein ihre Ziele nicht erreichen können. Viele haben bereits beschlossen, sich im Untergrund den bewaffneten Befreiungsbewegungen anzuschließen. Die weitere Organisierung der schwarzen Arbeiter wird zur vordringlichsten Aufgabe. Und jeder sieht, daß man sich nicht nur für die wirtschaftlichen, sondern auch für die politischen Zwecke organisieren muß, für die Befreiung Azanias von Rassismus und Unterdrückung. Die afrikanischen Massen in ländlichen Gebieten, die in der Vergangenheit starken Widerstand geleistet haben, z.B. in einigen Gebieten in Plantagen der weißen Besitzer in Transvaal und im Oranje Freistaat, haben zum erstenmal ebenfalls Streiks durchgeführt. Das ist ein weiterer Impuls in dieser Situation, daß die schwarzen landlosen Bauern, die bei den Grundbesitzern arbeiten, sich auf die Seite des Volkes stellen und für ihre Interessen eintreten. Zur Stunde haben auch die indischen Massen haben beschlossen, den Widerstandskampf der Schwarzen in Azania zu unterstützen. Es gab unter den Verhafteten in Durban und in Natal auch viele Inder.

In der Kap-Provinz sind in den vergangenen Monaten über tausende unserer Leute, darunter auch Schulkinder, von Polizeikugeln niedergemäht worden. Aber 3 Millionen Schüler boykottieren die Schulen der Rassisten, sie gehen weiter und sagen, daß sie das System ablehnen und trotz dieser Polizeikugeln weiter gegen das System der Sklavenerziehung in Azania kämpfen.

Unser Volk hat in dieser Lage Heldenmut bewiesen und es hat dabei wertvolle Erfahrungen für die Revolution gesammelt. Die Verhaftungen, die Schläge bei Demonstrationen haben die Leute nicht in Angst versetzt, sondern haben umgekehrt zur Mobilisierung gegen die Unterdrückung, gegen das rassistische System und für die Befreiung Azanias beigetragen. Die Geschichte Azanias lehrt uns aber, daß Heldenmut und Opferbereitschaft allein noch keine Revolution hervorbringen. Es ist in der jetzigen Situation notwendig, organisiert Richtlinien zu verankern, die in Zusammenhang mit der afrikanischen und der internationalen revolutionären Erfahrungen stehen sollen. So kann man die Herausbildung von einer richtigen Taktik und Strategie weiter voranzutreiben.

Der große Erfolg der aktuellen Kämpfe liegt offensichtlich in der unglaublichen Mobilisierung der schwarzen Massen und in der Einheit der alten Befreiungsorganisationen, die in

zum ersten Mal Streiks der städtischen Arbeiter mit solchen der Landarbeiter verbinden; und die „Homelands" werden zum Hinterland des Kampfes. Die sogenannten „Mischlinge" und Inder schließen sich an. Selbst unter den Zöglingen der Weißen gibt es inzwischen einige, die mit dem Befreiungskampf des azanischen Volkes sympathisieren. Ein Bericht von Zola Sonkosi, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongreß / Afrikanische Nationalisten (ANC/AN).

rung gegen die Unterdrückung, gegen das rassistische System und für die Befreiung Azanias beigetragen. Die Geschichte Azanias lehrt uns aber, daß Heldenmut und Opferbereitschaft allein noch keine Revolution hervorbringen. Es ist in der jetzigen Situation notwendig, organisiert Richtlinien zu verankern, die in Zusammenhang mit der afrikanischen und der internationalen revolutionären Erfahrungen stehen sollen. So kann man die Herausbildung von einer richtigen Taktik und Strategie weiter voranzutreiben.

Der große Erfolg der aktuellen Kämpfe liegt offensichtlich in der unglaublichen Mobilisierung der schwarzen Massen und in der Einheit der alten Befreiungsorganisationen, die in

diesen Kämpfen hergestellt wurde. Man sieht daran, daß wenn man unter Druck ist, sich wahrscheinlich am ehesten zusammenschließen kann, und diejenigen, die sich gegen die Unterdrückung des Volkes von Azania schon organisiert haben, können dann wohl am ehesten ihre Differenzen überwinden und sich einigen. Inzwischen ist es wohl schon zu spät, diese Einheit erneut zu spalten, es nicht möglich, diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen.

Im Verlauf der Massenkämpfe wurde die vielgerühmte Schlagkraft der südafrikanischen Geheimpolizei als Mythos entlarvt. Aber die Widerstandsbewegung hat noch in einer weiteren, überaus wichtigen Hinsicht einen Sieg errungen. Sie hat das Gespenst der Gewaltlosigkeit vertrieben, das in unseren Bewegungen seit der Niederwerfung des Widerstands im 17., 18. und zu Anfang des 19. und 20. Jahrhunderts herumgeisterte. Viele gefallene Genossen haben ihr Blut dafür gegeben, und unsere Aufgabe ist es, diese Revolution voranzutreiben, damit diese Genossen nicht umsonst gestorben sind.

Die Rassisten haben versucht, den Widerstand der Schwarzen dadurch niederzuschlagen, daß sie die Führer der Schwarzen, die Streikenden zurück in ihre Wohnungen, in die Homelands schicken. Sie hatten gehofft, daß dadurch der Streik beendigt wird. Aber es hat sich gezeigt, daß gerade das den gegenteiligen Effekt erzielt hat. In den letzten Wochen haben sich die Aufstände auch auf die ländlichen Gebiete ausgedehnt. Mehrere Jugendliche und Arbeiter wurden, nachdem sie bei Demonstrationen und Streiks in Johannesburg und überall im Lande selbst verhaftet worden waren, in die Transkei und in andere Homelands deportiert. Jetzt wurden sie auch dort wieder verhaftet, weil sie erneut Aktionen initiiert haben.

In der Transkei sah sich das Matanzima-Marionettenregime angesichts dieser Lage gezwungen, drastische Maßnahmen gegen den schwarzen Widerstand zu ergreifen. Vor drei Wochen wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem jeder, der die Marionettenregierung und ihre Scheinunabhängigkeit kritisiert, mit der Todesstrafe rechnen muß, die Familienangehörigen mit lebenslänglicher Haft. Aber diese Einschüchterung bleibt ohne große Wirkung, denn das Marionettenregime in der Transkei ist sehr wackelig und hat nicht die Macht, sich auf Dauer durchzusetzen. Wenn man sieht, daß dieses Regime so schwach ist, daß die Armee und die Polizei und viele Apparate des Regimes von den Widerstandsbewegungen bis in Spitzen hinein infiltriert sind, weiß man, daß dieses Regimes auf die Dauer beseitigt werden wird, ebenso wie die Regimes der anderen Marionetten. In der nächsten Zeit kann man hoffen – und es wird auch so sein – daß die Rassisten in den Reihen der Schwarzen keine Kollaborateure mehr finden werden. Das würde bedeuten, daß die Rassisten von allen Seiten bedrängt werden und keine Möglichkeit mehr finden können, um diesen Konflikt zu verbieten. Sie werden dann von allen Seiten umkreist

nicht die Macht, sich auf Dauer durchzusetzen. Wenn man sieht, daß dieses Regime so schwach ist, daß die Armee und die Polizei und viele Apparate des Regimes von den Widerstandsbewegungen bis in Spitzen hinein infiltriert sind, weiß man, daß dieses Regimes auf die Dauer beseitigt werden wird, ebenso wie die Regimes der anderen Marionetten. In der nächsten Zeit kann man hoffen – und es wird auch so sein – daß die Rassisten in den Reihen der Schwarzen keine Kollaborateure mehr finden werden. Das würde bedeuten, daß die Rassisten von allen Seiten bedrängt werden und keine Möglichkeit mehr finden können, um diesen Konflikt zu verbieten. Sie werden dann von allen Seiten umkreist

sein, da die Bantustans auf allen Seiten sind und diese Bantustans nicht stark genug sind, sich zu verteidigen.

Deshalb sind wir der Regierung für ihre Deportationspolitik geradezu dankbar. Sie ermöglicht es, daß unsere Kader und andere politisch geschulte Kräfte aufs Land gehen und dort die Massen organisieren können. Seitdem befinden sich nämlich Angehörige der verschiedenen Widerstandsorganisationen in Azania wie z.B. des ANC, der PAC, der AZAPO und Black Consciousness über das ganze Land verteilt. Dort arbeiten sie auch zum erstenmal sehr gut zusammen. Durch die Kämpfe der schwarzen Massen, wurde z.T. die rassistische Verwaltung in verschiedenen Orten in den Homelands paralysiert. Zum erstenmal sind in den Ghettos die Steuer- und Finanzämter zerstört und die Unterlagen vernichtet worden. So kommt es, daß heute viele Schwarze keine Steuern mehr an die Rassisten zahlen, sondern das Geld an die schwarzen Widerstandsorganisationen abführen. Während der letzten Demonstrationen in der Ciskei z.B. haben viele gesagt, sie bezahlen keine Steuern an diese scheinunabhängige Ciskei. Auch die schwarze Bourgeoisie wurde dazu gebracht, die Aufstände in begrenztem Maß zu unterstützen. Ebenfalls wurden schwarze Ärzte und Rechtsanwälte um Unterstützung des Widerstands gebeten. Die Jugendlichen sind überall herumgezogen und haben ihnen erklärt, daß sie den Widerstand unterstützen sollen. Viele waren zwar dazu bereit, hatten aber Angst, daß die Regierung davon erfahren könne. Deshalb haben sie das Geld von ihren Häusern bei den Betreffenden deponiert, wo es dann jeder Monat von den Jugendlichen abgeholt werden konnte. Auf diese Art sind beträchtliche Summen zur Unterstützung des Widerstandskampfes zusammengekommen.

Gebraucht wurden diese Gelder zum einen zur Finanzierung der Kämpfe, zum anderen aber auch, um die Angehörigen der Opfer des rassistischen Terrors finanziell zu unterstützen. Wichtig ist, daß hier das schwarze Volk die Mittel für seinen Befreiungskampf nach der Linie: auf die eigene Kraft vertrauen, selber aufbringt. Der Streik, der im Moment stattfindet, wird zu 80% aus eigenen Kräften unterstützt, also von keiner ausländischen Gewerkschaft oder anderen Organisationen im Ausland. Es kommt sehr geringe Unterstützung und man hofft, mehr und mehr Unterstützung, die in dieser Zeit wichtig ist für die Widerstandsorganisation in Azania, beizubringen.

Ein weitere wichtige Entwicklung des letzten Jahres ist: zum ersten Mal haben sich Teile der weißen Jugend, nicht viele, aber immerhin einige, insbesondere Schüler und Lehrlinge, zusammengefunden und unterstützten den Kampf der Schwarzen. Viele weiße Jugendliche lehnen zum Beispiel auch den südafrikanischen Militärdienst ab, es gibt sehr viele junge Weiße, die Kriegsdienstverweigerer, die das Land verlassen, um den Rassisten zu entge-

des Widerstandskampfes zusammengekommen.

Gebraucht wurden diese Gelder zum einen zur Finanzierung der Kämpfe, zum anderen aber auch, um die Angehörigen der Opfer des rassistischen Terrors finanziell zu unterstützen. Wichtig ist, daß hier das schwarze Volk die Mittel für seinen Befreiungskampf nach der Linie: auf die eigene Kraft vertrauen, selber aufbringt. Der Streik, der im Moment stattfindet, wird zu 80% aus eigenen Kräften unterstützt, also von keiner ausländischen Gewerkschaft oder anderen Organisationen im Ausland. Es kommt sehr geringe Unterstützung und man hofft, mehr und mehr Unterstützung, die in dieser Zeit wichtig ist für die Widerstandsorganisation in Azania, beizubringen.

Ein weitere wichtige Entwicklung des letzten Jahres ist: zum ersten Mal haben sich Teile der weißen Jugend, nicht viele, aber immerhin einige, insbesondere Schüler und Lehrlinge, zusammengefunden und unterstützten den Kampf der Schwarzen. Viele weiße Jugendliche lehnen zum Beispiel auch den südafrikanischen Militärdienst ab, es gibt sehr viele junge Weiße, die Kriegsdienstverweigerer, die das Land verlassen, um den Rassisten zu entge-

hen. Es ist ein neuer Trend, daß mehr Jugendliche der Weißen den Kampf der Schwarzen unterstützen. Es ist in letzter Zeit sehr häufig, daß auch in weißen Schulen und in der weißen Universität die Widerstandslieder der Befreiungsbewegungen, das Widerstandslied für die Befreiung Azanias, von Weißen gesungen werden. Das ermutigt unseren Kampf.

Der Kampf in Azania selbst sieht also nicht mehr aus wie ein Kampf zwischen Schwarz und Weiß, sondern zwischen der Gerechtigkeit, und der Unterdrückung, gegen Rassismus und gegen das kapitalistische System, gegen die Rassisten und ihre Verbündeten im Westen.

Das sogenannte Schulsystem für Afrikaner in Südafrika wird von den Afrikanern als Sklavensystem betrachtet. Es soll den Kindern die Interessen der herrschenden Klasse einpauken und sie für die Ausbeutung und Unterdrückung gefügig machen. Kurz gesagt: die Schulen sind selber Teil des rassistischen Unterdrückungsapparates. Deshalb lautet auch die Parole der Jugendlichen, die die Schulen boykottieren: „Zuerst die Befreiung und dann lernen." Über 3 Millionen boykottieren z.Zt. die Schulen, und diese Parole ist überall zu lesen. Deshalb haben auch hunderte von Jugendlichen die Schule und das Land verlassen, um im Ausland oder in den Nachbarländern eine militärische Ausbildung zu erhalten. Sie halten sich z.Zt. in Ausbildungslagern in verschiedenen Ländern auf. Andere sind noch zu jung, um eine militärische Ausbildung zu machen, sie befinden in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern und werden dort auf andere Art und Weise ausgebildet, um den Kampf zu unterstützen.

Die Aufgabe der vielen schwarzen Arbeiter und Jugendlichen im Untergrund besteht darin, überall in der Industrie und auf dem Land kleine Gruppen zu bilden, um dort mit der Bevölkerung den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Zur Zeit werden gerade innerhalb der schwarzen Massen Azanias Beispiele erfolgreicher Guerillakämpfe wie in Zimbabwe diskutiert und analysiert, um aus diesen Erfahrungen zu lernen. Außerdem werden Sendungen, die von Zimbabwe aus nach Azania gesendet werden, auf Tonband aufgenommen und in verschiedene Sprachen übersetzt, um sie dann wieder an Zellen im Untergrund weiterzugeben.

Besonders muß hier noch einmal die Arbeit der AZAPO, also der Azania-Volksorganisation, hervorgehoben werden. Sie ist eine Dachorganisation, die nach dem Verbot der Befreiungsbewegungen und auch nach dem Verbot des Black Consciousness-Movement am Ende des Jahres 1977 entstanden ist. In ihr sind Organisationen der schwarzen Arbeiter, Schüler und Studenten und schwarze Frauenorganisationen. In dieser Dachorganisation drückt sich die Einheit der schwarzen Volksmassen und ihrer Organisationen aus.

Politische Grundlage dieser Einheit ist eine minimale Plattform, die basiert auf dem Ziel, die Befreiung Azanias

grund besteht darin, überall in der Industrie und auf dem Land kleine Gruppen zu bilden, um dort mit der Bevölkerung den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Zur Zeit werden gerade innerhalb der schwarzen Massen Azanias Beispiele erfolgreicher Guerillakämpfe wie in Zimbabwe diskutiert und analysiert, um aus diesen Erfahrungen zu lernen. Außerdem werden Sendungen, die von Zimbabwe aus nach Azania gesendet werden, auf Tonband aufgenommen und in verschiedene Sprachen übersetzt, um sie dann wieder an Zellen im Untergrund weiterzugeben.

Besonders muß hier noch einmal die Arbeit der AZAPO, also der Azania-Volksorganisation, hervorgehoben werden. Sie ist eine Dachorganisation, die nach dem Verbot der Befreiungsbewegungen und auch nach dem Verbot des Black Consciousness-Movement am Ende des Jahres 1977 entstanden ist. In ihr sind Organisationen der schwarzen Arbeiter, Schüler und Studenten und schwarze Frauenorganisationen. In dieser Dachorganisation drückt sich die Einheit der schwarzen Volksmassen und ihrer Organisationen aus.

Politische Grundlage dieser Einheit ist eine minimale Plattform, die basiert auf dem Ziel, die Befreiung Azanias

gestützt auf die eigene Kraft zu verwirklichen. Man muß sagen, daß verschiedene Programme, verschiedene Tendenzen vertreten sind. Aber man ist sich einig gegen das System und man ist sich darin einig, daß der Kampf geführt werden muß auf eigener Kraft und gegen jede Einmischung von ausländischer Seite und auch der beiden Supermächte.



„Schluck dein Bier ... und sei zufrieden", so hätten es die Rassisten gerne

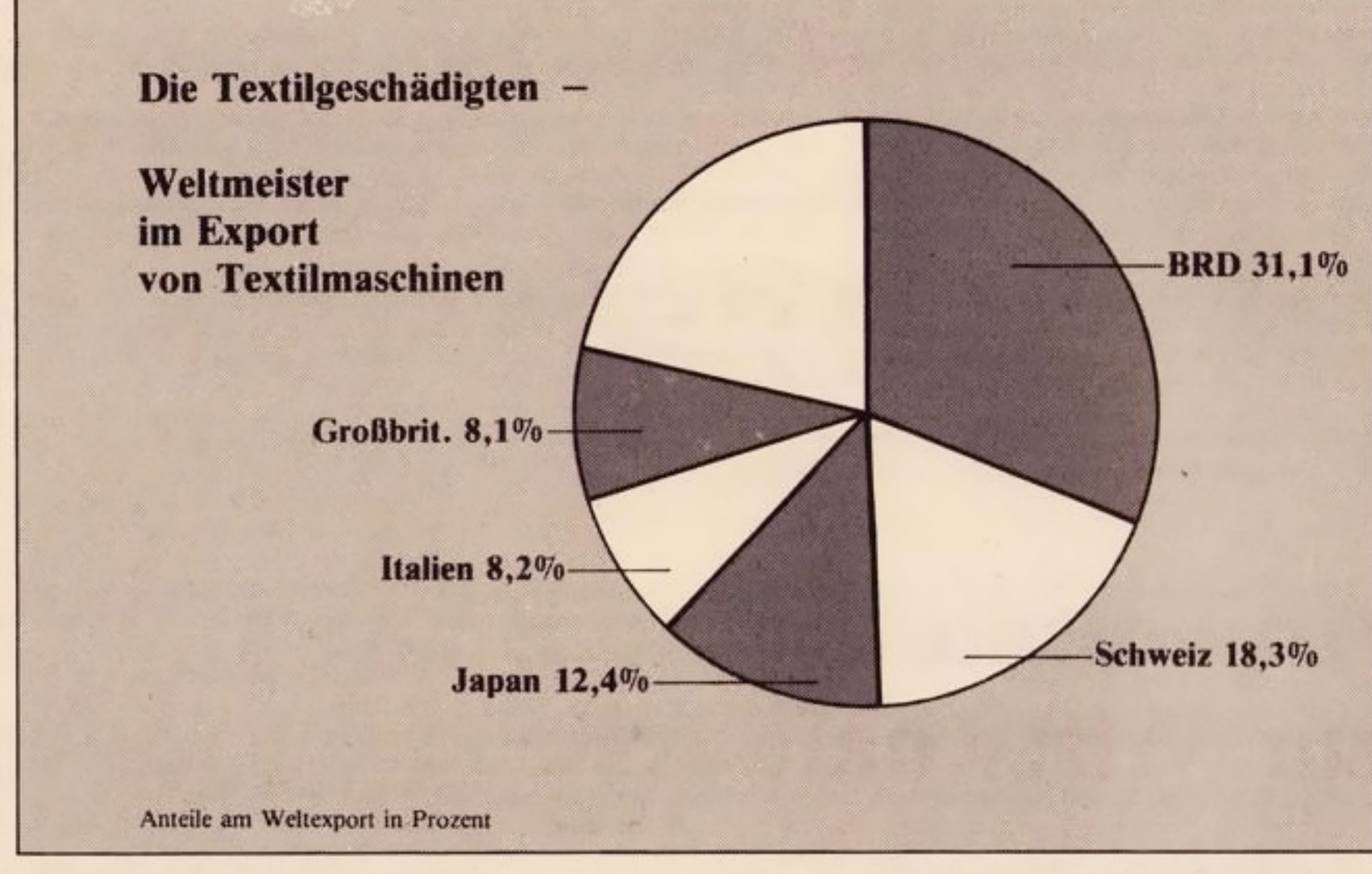
Reaganism kommt in Schwierigkeiten

frb. Wenn hierzulande von Konjunkturaussichten die Rede ist, so findet sich regelmäßig der Hinweis, viel hänge von der Entwicklung der US-Wirtschaft ab.

Angetreten war die Regierung Reagan mit der Leitlinie, je reicher die Reichen, umso mehr fällt auch für die Armen ab. Man sollte bei dieser Gelegenheit die brutale Arroganz zur Kenntnis nehmen, mit der etwa dieser Tage ein Professor Dietze, Baltimore, in der „Neuen Zürcher Zeitung" solcherart Ideologie rechtfertigt: „Dem Tadel, Reagans Kürzungen von Sozialprogrammen treffe vor allem die Armen, kann entgegengehalten werden, solche Kürzungen, die überdies kaum ‚the truly needy' (die wirklich Bedürftigen) treffen, seien als soziale Wiedergutmachungen an die Angehörigen der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten, die all die Jahre hindurch für diese Sozialprogramme aufkommen mußten, gerechtfertigt."

Reagan hatte versprochen, mit dieser Radikalkur werde die US-Wirtschaft ohne die Leiden einer Reinigungskrise gesunden. Doch statt Aufschwung kommt jetzt eine neue Krise, von der Börsenhaie sagen: „Diese Rezession wird schlimmer, als viele glauben." Im Wahlkampf hat Reagan Stimmen gefangen, indem er Carter vorwarf, die Inflation auf Kosten der Beschäftigten zu bekämpfen. Jetzt räumt sein Chefberater öffentlich ein, die Zahl der offiziellen Arbeitslosen könne von 8,5 auf 10 Millionen steigen. Weitere Gewißheit hat der fortdauernde Fall der zwölf wichtigsten Konjunkturindikatoren, die diese Woche veröffentlicht wurden, gebracht. Die Krise ist jetzt sicher.

Eine stufenweise Steuersenkung steht im Zentrum von Reagans Wirtschaftspolitik. Doch dabei ist er von anderen Daten ausgegangen, als sie nun die Wirklichkeit liefert. Sein ganzes Programm muß neu geschrieben werden. In Washington ist bereits von Steuererhöhungen die Rede, dann aber wäre Reagan gescheitert. Zuerst wird er noch mehr streichen wollen.



Schlaglichtartig zeigt der Export der Textilmaschinen, welche Widersprüche hinter dem Tauziehen um ein neues Welttextilabkommen stehen. Tausende von Arbeitsplätzen sind in den letzten Jahren in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet worden. Gewerkschaftsführung und Kapitalistenverband sehen die Hauptschuld bei den Importen aus Niedriglohnländern. Bestimmt drückt diese Konkurrenz, aber man muß das Spiel durchschauen. Für die Industrieländer ist eine Importbeschränkung leicht zu tragen. Aber die Entwicklungsländer können die Maschinen, mit denen die Industrieländer den Weltmarkt beherrschen, nicht von ihren Landesgrenzen abhalten. Es ist ein ungleiches Spiel.
(Daten nach: Nachrichten für Außenhandel / BfA, 1.12.1981)

Die Woche im Rückblick

Das Haushaltsstrukturgesetz hängt jetzt im Vermittlungsausschuß, nachdem die CDU-Mehrheit im Bundesrat dem Gesetzespaket die Zustimmung versagt hat. Am 8./9. Dezember wird der Arbeitskreis „Steuerschätzung" eine vorgezogene Sitzung durchführen. Vermutlich wird sich durch die Ergebnisse der Schätzung das nächste Haushaltsloch auftun. – **7,5 Millionen Beschäftigte** hat das Statistische Bundesamt im September in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes ermittelt. Das waren 2,6% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. – **Auch in der Frage der Zeitmietverträge ist Justizminister Schmude nun auf CDU-Linie eingeschwenkt.** Der geläuterte Schmude hat sich von den Unionspolitikern offenbar überzeugen lassen, auf diese Weise könnten über 100000 derzeit leerstehende Wohnungen einer kurzfristigen Nutzung zugeführt werden. In der SPD-Fraktion ist man noch etwas aufgeregt. Gerhard Schröder, zuständiger Berichterstatter der Fraktion, meint: „Schmudes Formulierungen bedeuten das Ende des sozialen Mietrechts." – **Ab 1. Februar verlangt die Bundesbahn höhere Fahrpreise.** Vor allem im Nahverkehr wird zugelangt. Hier steigen die Preise um über 10%. Die Wochenkarte bis 25 km kostet dann 30 statt 27 Mark. Zweimal schon waren in diesem Jahr die Bahnpreise erhöht worden, zuletzt im Mai um etwa 6,5%. – **Den Weiterbau von fünf Kernkraftwerken** hat die französische Regierung nach viermonatiger Ruhepause freigegeben. Lediglich in Plogoff soll nicht gebaut werden. Die Projekte in Le Pellerin, Civaux, Chooz, Golfech und Cattenom werden fortgeführt. Wahlkampfhoffnungen auf eine Abkehr der Sozialisten vom bestehenden Energieprogramm sind damit weitgehend geplatzt. – **Malaysia hat bei den USA offiziellen Protest eingelegt** gegen die geplanten Zinnverkäufe aus den strategischen Vorräten der USA.

Malaysia erschreckt die Rohstoffkonzerne

frb. An Londons Börse geht ein Gespenst um, das den Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung" zu dem Schreckensruf veranlaßt hat: „Bekannte, in der Kolonialzeit gegründete Handels- und Plantagenfirmen werden schon in naher Zukunft *nur noch dem Namen nach britisch sein.*" Was ist geschehen? Malaysias drei Monate alte Regierung hat etwas Dampf gemacht mit dem seit 1970 beschlossenen Nationalisierungsprogramm. Rohstoffkonzerne, die in dem Land tätig sind, sollen in nationalen Besitz kommen. Der Weg, der dazu gewählt wird, ist konservativ. Nichts wird enteignet, nur an der Börse wird gehandelt. Doch die imperialistische Erregung ist nicht minder groß. Nachdem ein malaysisches Unternehmen Ende September binnen vier Stunden den britischen Mischkonzern Guthrie, der große Gummi- und Ölpalmenplantagen in Malaysia besitzt, aufgekauft hat, war von Nacht- und Nebelaktion die Rede. Die Antwort: „Wir haben nur jene Spielregeln befolgt, die uns die Briten selbst beigebracht haben." Daraufhin wurden die Londoner Börsenregeln geändert, Malaysias Premierminister hat daraufhin alle Geschäfte mit britischen Firmen von seiner Genehmigung abhängig gemacht. Auch Dunlop wurde schon zur Abgabe seiner malaysischen Plantagen gezwungen, und auch die westdeutsche Preussag sieht ihre Pläne gescheitert. Dabei geht es bloß um die Rückführung von Kolonialraub in einheimischen Besitz.

Weiter Widerstand gegen IWF-Kredit an Indien

kvz. In Indien gehen die Auseinandersetzungen um den IWF-Kredit weiter. Die Parlamentsopposition beklagt die Umgehung des Parlaments, und Westbengalens Regierungschef beschuldigt die Regierung, wichtige Wirtschaftszweige ausländischem Kapital zu öffnen und Indien auf den Weg einer exportorientierten Industrialisierung zu zwingen. Außerdem werde das Steuersystem auf IWF-Weisung zugunsten der Reichen geändert.

Weshalb den §7b abschaffen?
In der Eigentumsförderung wurden die Mittel ausgegeben, die im Mietwohnungsbau fehlen
Von Friedemann Bleicher
In KVZ Nr. 41 vom 9. Oktober haben wir die einseitige Ausrichtung der im Wohnungswesen ausgegebenen öffentlichen Mittel auf die Förderung des Wohnungseigentums kritisiert. Es wurde der Schluß gezogen, daß zu den Forderungen bezüglich der Wohnungspolitik auf jeden Fall die völlige Streichung der §7b-, Grunderwerbssteuer-
gen. Weitere Gewißheit hat der fortdauernde Fall der zwölf wichtigsten Konjunkturindikatoren, die diese Woche veröffentlicht wurden, gebracht. Die Krise ist jetzt sicher.
Eine stufenweise Steuersenkung steht im Zentrum von Reagans Wirtschaftspolitik. Doch dabei ist er von anderen Daten ausgegangen, als sie nun die Wirklichkeit liefert. Sein ganzes Programm muß neu geschrieben werden. In Washington ist bereits von Steuererhöhungen die Rede, dann aber wäre Reagan gescheitert. Zuerst wird er noch mehr streichen wollen.
kraft und das Ausmaß der gesellschaftlichen Fehlentwicklung, die in der Linie „Eigentumsförderung" steckt, schon ausreichend erkannt haben. Kenntnisse darüber sind wenig verbreitet, eben deshalb, weil das Eigenheim für viele die individuelle Lösung ist – und über Bekanntenkreis usw. als solche noch viel weiter transportiert wird. Demgegenüber liegt bestimmt falsch, wer die Unterschätzung der Verbrei-
versagt hat. Am 8./9. Dezember wird der Arbeitskreis „Steuerschätzung" eine vorgezogene Sitzung durchführen. Vermutlich wird sich durch die Ergebnisse der Schätzung das nächste Haushaltsloch auftun. – 7,5 Millionen Beschäftigte hat das Statistische Bundesamt im September in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes ermittelt. Das waren 2,6% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. – Auch in der Frage der Zeitmietverträge ist Justizminister Schmude nun auf CDU-Linie eingeschwenkt.
schickt werden, daß Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 20000 DM im Monat und Ausländerhaushalte nicht berücksichtigt sind.
Über den Haus- und Grundbesitz verschiedener sozialer Gruppen gibt die Tabelle Aufschluß. Ferner weisen die Daten den wenig überraschenden Sachverhalt aus, daß Haus- und Grundbesitz um so häufiger ist, je höher das Einkommen, je älter der Haus-
über 100000 derzeit leerstehende Wohnungen einer kurzfristigen Nutzung zugeführt werden. In der SPD-Fraktion ist man noch etwas aufgeregt.
Die Woche im Rückblick
Gerhard Schröder, zuständiger Berichterstatter der Fraktion, meint: „Schmudes Formulierungen bedeuten das Ende des sozialen Mietrechts." – Ab 1. Februar verlangt die Bundesbahn höhere Fahrpreise. Vor allem im Nahverkehr wird zugelangt. Hier steigen die Preise um über 10%. Die Wo-
tersten Einkommensklassen häufiger sind als in den mittleren Einkommensklassen. Dennoch müssen die daraus resultierenden Probleme zuletzt behandelt werden.
Soviel steht fest, daß das Hauseigentum bei einem wohnungspolitischen Programm insoweit positiv berücksichtigt werden muß, sofern es sich um selbstgenutzte Wohnungen handelt. Als Prinzip hierfür kann gelten, daß Eigenheimbesitzer für dieses Eigentum nicht bestraft werden sollen und finanziell nicht schlechter gestellt werden sollen als die zur Miete Wohnenden. Das soll aber nicht darüber hinwegtäu-
worden, zuletzt im Mai um etwa 6,5%. – Den Weiterbau von fünf Kernkraftwerken hat die französische Regierung nach viermonatiger Ruhepause freigegeben. Lediglich in Plogoff soll nicht gebaut werden. Die Projekte in Le Pellerin, Civaux, Chooz, Golfech und Cattenom werden fortgeführt. Wahlkampfhoffnungen auf eine Abkehr der Sozialisten vom bestehenden Energieprogramm sind damit weitgehend geplatzt. – Malaysia hat bei den USA offiziellen Protest eingelegt gegen die geplanten Zinnverkäufe aus den strategischen Vorräten der USA.
Wohnungsmieten. Es ist eben nicht so, daß „doch auch Mietwohnen in verschiedener Weise subventioniert wird" und die Steuerersparnis nach §7b, zu der ja noch eine Reihe weiterer kommen, einfach das Äquivalent dazu bildet. Zwar können mittlerweile auch Arbeiter bauen, aber bekanntlich bleibt das Eigenheim weiterhin den höheren Einkommen vorbehalten. Und die zusätzlichen Ungleichheiten, die durch die außergewöhnliche Förderung des Eigenheimbaus geschaffen werden, sind ein Grund für die Ablehnung dieser Fördermethode.
Zweitens muß darauf hingewiesen
Weiter Widerstand gegen IWF-Kredit an Indien
kvz. In Indien gehen die Auseinandersetzungen um den IWF-Kredit weiter. Die Parlamentsopposition beklagt die Umgehung des Parlaments, und Westbengalens Regierungschef beschuldigt die Regierung, wichtige Wirtschaftszweige ausländischem Kapital zu öffnen und Indien auf den Weg einer exportorientierten Industrialisierung zu zwingen. Außerdem werde das Steuersystem auf IWF-Weisung zugunsten der Reichen geändert.

Weshalb den §7b abschaffen?

In der Eigentumsförderung wurden die Mittel ausgegeben, die im Mietwohnungsbau fehlen

Von Friedemann Bleicher

In KVZ Nr. 41 vom 9. Oktober haben wir die einseitige Ausrichtung der im Wohnungswesen ausgegebenen öffentlichen Mittel auf die Förderung des Wohnungseigentums kritisiert. Es wurde der Schluß gezogen, daß zu den Forderungen bezüglich der Wohnungspolitik auf jeden Fall die völlige Streichung der §7b-, Grunderwerbssteuer- und der Bauherrenmodellsubventionen gezählt werden müssen. Das ist umstritten, mindestens was den §7b angeht.

So schreibt ein Leser, in seiner Abteilung hätten zur Zeit 5 von 20 Kollegen Vorteile aus diesem Einkommenssteuerparagraphen. Und warum soll es für den Eigenheimbau keine Steuerersparnis geben, da doch auch Mietwohnen in verschiedener Weise subventioniert wird, fragt er. Statt völliger Streichung scheine ihm eine Festlegung von Einkommensgrenzen das Richtige zu sein bezüglich des §7b. Die Behandlung in der KVZ sei beispielhaft für die immer noch häufig vorkommende dogmatische und mit Vorurteilen behaftete Sichtweise („Ein Arbeiter kann nicht bauen").

Ich stimme dem Einwand insofern zu, daß eine *ersatzlose* Streichung des §7b nicht richtig ist; mit einer Einkommensgrenze allerdings ist es auch nicht getan. Ansonsten sind die vorgebrachten Einwände allenfalls geeignet, Probleme und Widersprüche zuzuschütten. Ich halte es für ein völlig falsches Vorgehen, mit den Interessen von 5 von 20 Kollegen zu argumentieren, *ohne* geklärt zu haben, wie das Gesamtinteresse aller 20 zusammen in der Wohnungsfrage zu erfüllen ist. Erst von hier aus läßt sich die beste Lösung für die Berücksichtigung mit dem Gesamtinteresse vereinbarer besonderer Interessen finden.

Der Artikel in der KVZ hat versucht, die Rolle der Eigentumsförderung für die Wohnungsfrage zu klären. Denn ich glaube nicht, daß wir die Sprengkraft und das Ausmaß der gesellschaftlichen Fehlentwicklung, die in der Linie „Eigentumsförderung" steckt, schon ausreichend erkannt haben. Kenntnisse darüber sind wenig verbreitet, eben deshalb, weil das Eigenheim für *viele* die *individuelle* Lösung ist – und über Bekanntenkreis usw. als solche noch viel weiter transportiert wird. Demgegenüber liegt bestimmt falsch, wer die Unterschätzung der Verbreitung der Eigenheimlösung für die Hauptgefahr hält.

Dazu ein Beispiel. Eine der Maßnahmen der Bundesregierung im Haushaltsstrukturgesetz ist die Einführung einer Kinderkomponente in den §7b EStG. Danach wird bei Inanspruchnahme des §7b für jedes Kind ein Betrag von 600 DM jährlich von der Steuerschuld abgezogen. Die Parteien im Bundestag nennen das familienfreundlich. Man kann dies so sehen, daß nun *noch mehr* Arbeiter bauen können, oder man kann dies so sehen, daß für diesen staatlichen Segen, der vielleicht *auch* Arbeitern zugutekommt, aber bestimmt nicht den Ärmsten, die Lohnsteuer von etwa 200000 in Mietwohnungen wohnenden Arbeitern draufgeht. Vielleicht wird in dieser drastischen Sicht deutlicher, gegen welche Vorurteile wir vor allem angehen müssen.

Damit soll nicht unter den Teppich gekehrt werden, daß der Großteil der Eigenheimbesitzer genauso von seiner Arbeit lebt wie die Mieterhaushalte auch. Ihre Interessen müssen in einem Programm zur Wohnungsfrage berücksichtigt werden, aber man soll deshalb nicht das Pferd von hinten aufzäumen.

Nur um die Aufgabe etwas genauer zu umreißen, seien hier die wichtigsten Daten über den Haus- und Grundbesitz der privaten Haushalte wiedergegeben. Sie entstammen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 und wurden Mitte des Jahres veröffentlicht. Einschränkend muß vorweggeschickt werden, daß Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 20000 DM im Monat und Ausländerhaushalte nicht berücksichtigt sind.

Über den Haus- und Grundbesitz verschiedener sozialer Gruppen gibt die Tabelle Aufschluß. Ferner weisen die Daten den wenig überraschenden Sachverhalt aus, daß Haus- und Grundbesitz um so häufiger ist, je höher das Einkommen, je älter der Haushaltsvorstand und je größer der Haushalt ist.

	Haushalte insgesamt i. 1000	Haushalte mit Haus- und Grundbesitz i. 1000	Haushalte mit Haus- und Grundbesitz i. %
Alle Haushalte	22054	9609	43,6
Landwirt	518	466	89,9
Selbständiger	1332	938	70,4
Beamter	1402	712	50,8
Angestellter	4522	2079	46,0
Arbeiter	5216	2434	46,7
Nichterwerbstätiger	9054	2981	32,9

Es ist auch klar, daß sich hinter dem „Haus- und Grundbesitz" ganz Unterschiedliches verbirgt. Einmal eben der Besitz der eigenen Wohnung, das andere Mal eine Kapitalanlage, die Mieteinnahmen abwirft. So verfügen etwa die „Selbständigenhaushalte" dem Wert nach über knapp 20% des Haus- und Grundbesitzes, obwohl sie nur 6% aller Haushalte ausmachen.

Insgesamt erzielen nur 30% der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz oder rund 12% aller Haushalte Einnahmen aus der Vermietung an Dritte. Läßt man Mieteinnahmen unter 100 DM im Monat unberücksichtigt, so kommt man auf lediglich 10% aller Haushalte, die nennenswerte Einkommen durch die Vermietung von Wohnraum erzielen. (Unberücksichtigt sind die Wohnungsunternehmen.)

Auch diese 10% gehören deshalb noch nicht zur Ausbeuterklasse, was sich schon daran zeigt, daß Mieteinnahmen in den obersten *und* in den *untersten* Einkommensklassen häufiger sind als in den mittleren Einkommensklassen. Dennoch müssen die daraus resultierenden Probleme zuletzt behandelt werden.

Soviel steht fest, daß das Hauseigentum bei einem wohnungspolitischen Programm insoweit positiv berücksichtigt werden muß, sofern es sich um selbstgenutzte Wohnungen handelt. Als Prinzip hierfür kann gelten, daß Eigenheimbesitzer für dieses Eigentum nicht bestraft werden sollen und finanziell nicht schlechter gestellt werden sollen als die zur Miete Wohnenden. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Eigentumsförderung ein Irrweg bei der Lösung der Wohnungsfrage ist.

Mehr Leute als früher, auch Arbeiter, können sich heute ein eigenes Häuschen leisten, wird gesagt. Rund 40% sind es laut Wohnungsstichprobe und laut KVZ 41. Jedem politisch denkenden Menschen fällt da sofort auf, daß also 60% der Gesamtbevölkerung und ein noch größerer Teil der Volksklassen zur Miete wohnen. Und sie sind die Hauptbetroffenen der Wohnungsnot und haben das geringere Einkommen.

Man kann sich nun hinstellen und sagen, der eine zahlt eben seine Miete, während der andere seine Hypothek abzahlt. Jeder wie er's hat, denn eine freie Willensentscheidung ist's ja nun auch nicht. Solcherart Liberalismus geht aber an den Tatsachen vorbei, ganz abgesehen davon, daß Argumente, die im Einfamilienhaus nicht zu unrecht ebenfalls Elemente der Umweltzerstörung, der Zersiedelung der Landschaft und der Konservierung alter Gesellschaftsstrukturen sehen, übergangen werden. Schon aus diesen Gründen muß man sich die Ausdehnung von Einfamilienhäusern gut überlegen.

Man kann die Sache aber auch rein ökonomisch nehmen. Es ist nun mal eine Tatsache, daß ¾ aller für den Wohnungsbau ausgegebenen öffentlichen Mittel in die Förderung des Hauseigentums insgesamt gesteckt werden. Aber auch für die reine Förderung von Eigenheimen wird wesentlich mehr ausgegeben als für die Verbilligung von Wohnungsmieten. Es ist eben nicht so, daß „doch auch Mietwohnen in verschiedener Weise subventioniert wird" und die Steuerersparnis nach §7b, zu der ja noch eine Reihe weiterer kommen, einfach das Äquivalent dazu bildet. Zwar können mittlerweile auch Arbeiter bauen, aber bekanntlich bleibt das Eigenheim weiterhin den höheren Einkommen vorbehalten. Und die zusätzlichen Ungleichheiten, die durch die außergewöhnliche Förderung des Eigenheimbaus geschaffen werden, sind ein Grund für die Ablehnung dieser Fördermethode.

Zweitens muß darauf hingewiesen werden, daß der hohe Anteil an Eigentümerwohnungen nur dank der Aufwendung von Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln möglich war. Damit aber wurden dem sozialen Mietwohnungsbau die notwendigen Mittel entzogen. Gerade im *Mietwohnungsbau* aber muß jede Wohnungspolitik ansetzen. Damit ist auch der Versuch gescheitert, mit der Eigenheimförderung dem Mietwohnen zu nutzen. „Sickereffekt" nennt die offizielle Politik die Hoffnung, daß mit jedem Neubau eines Eigenheimes auch eine Mietwohnung frei werde. Wenn freilich für die Eigenheimförderung die Mittel ausgegeben werden, die im Mietwohnungsbau fehlen, so nützen solche Effekte auch nichts. Außerdem hat sich die Bundesregierung dann mit ihrer Sanierungspolitik ein weiteres Bein gestellt.

Als Weg ist die Eigenheimförderung erfolglos. Darüber muß man sich im klaren sein, dies hat sich schließlich gerade in den letzten Jahren gezeigt, in denen dieser Weg beschritten wurde. Insofern muß auch die Förderung geändert werden, ungeachtet aller weiter notwendigen Forderungen. Beim §7b reicht eine Einkommensgrenze deshalb nicht aus, weil schon ab mittleren Einkommen die Steuerersparnis mit zunehmendem Einkommen steigt. Und es ist nicht einzusehen, weshalb der mit 3000 Mark Einkommen mehr bezuschußt werden soll als der mit 2000 Mark. Dies hängt mit der Gestaltung des Einkommensteuertarifs zusammen. Aber dieses Problem ist auch untergeordnet.

Argumente des DGB zur Wirtschaftskrise

Ein neues Papier unter der Regie von Vorstandsmitglied Alois Pfeifer

Besprechung von Friedemann Bleicher

Der DGB hat einen neuen Versuch unternommen, seine Argumentationslinie gegenüber der herrschenden Regierungspolitik zu präzisieren. Die „Wirtschaftspolitischen Informationen" liefern dazu Material. Verantwortlich zeichnet dafür Alois Pfeiffer, der offenbar bereits als Nachfolge von H.O. Vetter designiert ist. Jedenfalls sollen sich die Vorstände der größten Einzelgewerkschaften auf diesen Personalvorschlag geeinigt haben. Pfeiffer ist gelernter Waldfacharbeiter und war vor seiner Wahl in den DGB-Bundesvorstand 1975 Vorsitzender der GGLF. An der Akademie der Arbeit hat er sich wissenschaftlich ausgebildet und ist im DGB-Vorstand für Wirtschaftspolitik zuständig.

Das Papier, tituliert „Staatslast und Investitionslust", stellt die rhetorische Frage: „Kann die Beschäftigungskrise durch Begünstigung der Kapitaleinkommen überwunden werden?" Aus ihrer Verneinung wird die Notwendigkeit einer „grundlegend neuen Wirtschaftspolitik, die die Logik der bisherigen Entwicklung überwindet", entwickelt.

Ausgangspunkt sind die Auseinandersetzungen um die Bundeshaushalte 1981 und 1982. „Die Vertreter privatwirtschaftlicher Eigentümerinteressen und die Verfechter eines überholten, aber wieder ‚modern' gewordenen Wirtschaftsliberalismus in Politik und Wissenschaft nahmen die Finanzkrise zum willkommenen Anlaß, den Staat und das soziale Netz verstärkt unter Beschuß zu nehmen mit der Behauptung, die Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben sei Schuld an der dauerhaften Schwäche der bundesdeutschen Wirtschaft." Rasch also ist man beim Thema, daß es bei der Auseinandersetzung um die öffentlichen Finanzen im Grunde um die gesamte Wirtschaft geht.

Pfeiffer nennt die gängigen Argumente konservativer Politik. Steuern und Sozialabgaben belasteten die Unternehmensgewinne so sehr, daß das sonst mögliche Produktions- und Investitionswachstum verhindert werde. Also runter mit den Steuern und Abgaben, damit die Profite wieder fließen, ohne die nichts geht. Es sei nicht zu übersehen, heißt es dann, daß dieses Konzept der konservativen Wirtschaftspolitik in der letzten Zeit in der Bevölkerung an Anziehungskraft gewonnen habe. Vordringlich sei es daher, „die publikumswirksamen Argumente des ‚neuen' Wirtschaftsliberalismus über die Ursachen der Wirtschaftsschwäche und den Weg zu ihrer Überwindung anhand von Tatsachen zu widerlegen; darüber hinaus müssen wir zeigen, wie die Arbeitslosigkeit und die Krise der öffentlichen Haushalte wirksam eingedämmt und überwunden werden können".

Der Staat ist nicht schuld

Zunächst soll gezeigt werden, daß die

Ausgaben sei Schuld an der dauerhaften Schwäche der bundesdeutschen Wirtschaft." Rasch also ist man beim Thema, daß es bei der Auseinandersetzung um die öffentlichen Finanzen im Grunde um die gesamte Wirtschaft geht.
Pfeiffer nennt die gängigen Argumente konservativer Politik. Steuern und Sozialabgaben belasteten die Unternehmensgewinne so sehr, daß das sonst mögliche Produktions- und Investitionswachstum verhindert werde. Also runter mit den Steuern und Abgaben, damit die Profite wieder fließen, ohne die nichts geht. Es sei nicht zu übersehen, heißt es dann, daß dieses Konzept der konservativen Wirtschaftspolitik in der letzten Zeit in der Bevölkerung an Anziehungskraft gewonnen habe. Vordringlich sei es daher, „die publikumswirksamen Argumente des ‚neuen' Wirtschaftsliberalismus über die Ursachen der Wirtschaftsschwäche und den Weg zu ihrer Überwindung anhand von Tatsachen zu widerlegen; darüber hinaus müssen wir zeigen, wie die Arbeitslosigkeit und die Krise der öffentlichen Haushalte wirksam eingedämmt und überwunden werden können".
Der Staat ist nicht schuld
Zunächst soll gezeigt werden, daß die

konservative Kritik an der Ausdehnung des Staates – worunter in staatlichem Besitz befindliche Unternehmen *nicht* gerechnet werden – als Krisenursache unzutreffend ist. Aber noch aus anderem Grunde ist dieser Punkt wichtig. Zu recht wird darauf hingewiesen, daß sich die Kritik an den Staatsausgaben meist zuspitzt auf die angeblich hohen Einkommen im öffentlichen Dienst. Kaum eine Ausarbeitung zu diesem Thema, die nicht auf den hohen Anteil der Personalkosten an den öffentlichen Ausgaben hinweist.

Auch unter den Gewerkschaften gibt es dieses Problem. Natürlich kursiert in der Industrie die Ansicht, daß im öffentlichen Dienst ruhig etwas geholt werden könnte. Die Anhaltspunkte hierfür sind vielschichtig, und es ist kein Zufall, daß die Bundesregierung gerade im öffentlichen Dienst mit einer Lohnkürzung ansetzt. Sie handelt hier vollständig für die Kapitalistenklasse, indem sie dort vorprescht, wo der Widerstand in der Volksmeinung am geringsten ist. Grundlegend also für den Ausgang der kommenden Tarifverhandlungen, daß der Charakter des Angriffs im öffentlichen Dienst voll aufgeklärt und zurückgeschlagen wird, daß diesem „Angriff auf die gewerkschaftliche Einheit" entgegengetreten wird.

Das DGB-Papier untersucht die Entwicklung der Löhne im Unternehmensbereich im Vergleich zum öffentlichen Dienst in den letzten 20 Jahren. Folgendes Ergebnis zeigt sich: „Die durchschnittlichen Jahreseinkommen aus unselbständiger Arbeit haben sich im *Unternehmensbereich* zwischen 1960 und 1979 nominal verfünffacht. Beim *Staat* sind die Jahreseinkommen der Beschäftigten im gleichen Zeitraum nur auf das gut *Vierfache* gestiegen. Die Einkommen im öffentlichen Dienst sind also *nicht* überproportional, sondern im Gegenteil *unter*proportional gestiegen."

Im einzelnen hat sich nach diesen Erhebungen die relative Lohnposition der Beschäftigten des Staates bis 1964 jedes Jahr verschlechtert; ähnlich in der Zeit von 1976 bis 1979. Nur zwischen 1965 und 1971 steigen die ermittelten Einkommen im Staatssektor rascher, zwischen 1972 und 1975 wird die Position gehalten, d.h. die Löhne steigen im Unternehmensbereich und beim Staat etwa mit der gleichen Rate.

Obwohl diese zeitliche Einteilung plausibel ist, sind doch methodische Einwände notwendig. Verglichen wird das *Gesamteinkommen*, wie es die Statistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausweist, geteilt durch die Zahl der Beschäftigten. Verwischt werden durch diese Durchschnittsbetrachtungen Entwicklungen, die nicht auf Veränderung des Lohnsatzes, sondern auf Veränderungen in der Lohnstruktur beruhen. Wahrscheinlich ist die durch diese Ungenauigkeit verursachte Abweichung der Angaben von der wirklichen Entwicklung gering. Gewichtiger ist, daß zwar festgestellt wird, daß trotz der beschriebenen Entwicklung das Lohn*niveau* im Unternehmensbereich nach wie vor niedriger ist als beim Staat, dieser Unterschied aber nicht aufgeklärt wird.

Der Unterschied ist beträchtlich. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten der Unternehmen wird mit 34000 DM im Jahr 1979 angegeben, gegenüber 41000 DM für die Beschäftigten des Staates. Nützlich wäre hier eine Untersuchung, wie sich dieser Unterschied aus unterschiedlicher Qualifikationsstruktur und wieweit er sich aus der Tatsache der Überbezahlung von Hoheits- und Aufsichtsfunktionen begründet. Letzteres nämlich ist ein wesentlicher Ansatz-

Staat etwa mit der gleichen Rate.
Obwohl diese zeitliche Einteilung plausibel ist, sind doch methodische Einwände notwendig. Verglichen wird das *Gesamteinkommen*, wie es die Statistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausweist, geteilt durch die Zahl der Beschäftigten. Verwischt werden durch diese Durchschnittsbetrachtungen Entwicklungen, die nicht auf Veränderung des Lohnsatzes, sondern auf Veränderungen in der Lohnstruktur beruhen. Wahrscheinlich ist die durch diese Ungenauigkeit verursachte Abweichung der Angaben von der wirklichen Entwicklung gering. Gewichtiger ist, daß zwar festgestellt wird, daß trotz der beschriebenen Entwicklung das Lohn*niveau* im Unternehmensbereich nach wie vor niedriger ist als beim Staat, dieser Unterschied aber nicht aufgeklärt wird.
Der Unterschied ist beträchtlich. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten der Unternehmen wird mit 34000 DM im Jahr 1979 angegeben, gegenüber 41000 DM für die Beschäftigten des Staates. Nützlich wäre hier eine Untersuchung, wie sich dieser Unterschied aus unterschiedlicher Qualifikationsstruktur und wieweit er sich aus der Tatsache der Überbezahlung von Hoheits- und Aufsichtsfunktionen begründet. Letzteres nämlich ist ein wesentlicher Ansatz-

punkt der Popularität der Anti-Beamtenpropaganda, auf den diese Propaganda freilich bloß heimlich baut.

Man kann den Vergleich des Einkommens*niveaus* nicht mit dem Nachweis des relativen Absinkens der Einkommen im öffentlichen Dienst für erledigt betrachten. Der Vergleich der Bezahlung gleichartiger Tätigkeiten, der ja immer wieder gemacht wird, sollte sich darüber nicht erübrigen. –

Weiter im Text. Wenn schon nicht außergewöhnliche Lohnsteigerungen verantwortlich sind für die Krise der öffentlichen Haushalte, vielleicht dann die Ausweitung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst?

Beschäftigte, Veränderung in Tausend

	1960/70	1970/80
Unternehmen ges. ..	+1297	– 887
Industrie	+ 700	–1367
Staat	+ 880	+ 820

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Defiziten der öffentlichen Haushalte und der Personalausweitung im öffentlichen Dienst wird zurecht zurückgewiesen. Als Gründe für die Finanzkrise werden der Verzicht auf mögliche öffentliche Abgaben – unter Hinweis auf die „z.T. sozial unausgewogenen Steuerreformen seit 1975" – und vor allem die Beschäftigungskrise genannt. Aber selbst wenn ein solcher Zusammenhang unterstellt würde, so zeigt selbst dann eine Überprüfung der Daten, daß der rechnerische Anteil der Mehrausgaben durch Personalaufstockung am Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte verschwindend gering ist. 1974 bis 1979 wurden für Neueinstellungen 1,1 bis 0,1% der Gesamtausgaben verwendet.

Ausweitung der „produktiven Basis"

Oft hat es in den gewerkschaftlichen Veröffentlichungen den Anschein, als sei die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit. Im Beschäftigungsprogramm des DGB von 1977 etwa wird die Notwendigkeit zusätzlicher Beschäftigungsförderung im Bereich der öffntlichen Infrastrukturvorhaben sowie der sozialen Dienstleistungen gerade mit einem weiteren Rückgang der Arbeitsplätze im privaten Wirtschaftssektor begründet. Demgegenüber ist das Papier von Pfeiffer und seinem wissenschaftlichen Stab ein Fortschritt. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Umschichtung der gesellschaftlichen Arbeitskraft zugunsten des öffentlichen Dienstes werden immerhin aufgeworfen. Letztlich müßten die Kosten der im öffentlichen Dienst eingesetzten Arbeitskraft aus der im Unternehmensbereich hervorgebrachten Wertschöpfung gezahlt werden, wird erinnert. Insofern sei die Produktion im Unternehmensbereich die Grundlage („produktive Basis") auch für die Staatstätigkeit.

Dies ist etwas anderes als die leeren Hoffnungen, die mit den Forderungen nach diversen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbreitet werden. Insoweit kann man ganz zustimmen, wenn es heißt: „Die grundlegende Lösung des Problems liegt in der erneuten Ausdehnung der Beschäftigung im Produktionsbereich." Ein Punkt übrigens, der auch in den Ausführungen

Profite und Investitionen
Jahr Private Nettoprofite Nettoinvestitionen der Unternehmen
reich der öffntlichen Infrastrukturvorhaben sowie der sozialen Dienstleistungen gerade mit einem weiteren Rückgang der Arbeitsplätze im privaten Wirtschaftssektor begründet. Demgegenüber ist das Papier von Pfeiffer und seinem wissenschaftlichen Stab ein Fortschritt. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Umschichtung der gesellschaftlichen Arbeitskraft zugunsten des öffentlichen Dienstes werden immerhin aufgeworfen. Letztlich müßten die Kosten der im öffentlichen Dienst eingesetzten Arbeitskraft aus der im Unternehmensbereich hervorgebrachten Wertschöpfung gezahlt werden, wird erinnert. Insofern sei die Produktion im Unternehmensbereich die Grundlage („produktive Basis") auch für die Staatstätigkeit.
Dies ist etwas anderes als die leeren Hoffnungen, die mit den Forderungen nach diversen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbreitet werden. Insoweit kann man ganz zustimmen, wenn es heißt: „Die grundlegende Lösung des Problems liegt in der erneuten Ausdehnung der Beschäftigung im Produktionsbereich." Ein Punkt übrigens, der auch in den Ausführungen

der Sozialistischen Studiengruppen über Alternative Wirtschaftspolitik – genauer gefaßt – einen großen Stellenwert hat.

Überakkumulation von Geldkapital

Wie aber nun die Beschäftigung im Bereich der materiellen Produktion steigern? Untauglich jedenfalls sind die Lösungsvorschläge von Unternehmerseite. Das DGB-Papier weist nach, und dies ist empirisch sicher der interessanteste Teil, *daß überhaupt keine Rede davon sein kann, daß sich der Spielraum für produktive Investitionen verengt hätte.* Dazu wird verglichen die Entwicklung der Nettoprofite mit der Entwicklung der Nettoinvestitionen.

Die *Nettoprofite* sind die Profite, die nach Zahlung der Steuern verbleiben. Der Behauptung, die Abgaben an den Staat schränkten die Gewinne so sehr ein, daß die Mittel für die Investitionen fehlen, wird damit der Wind aus den Segeln genommen. Nettoinvestitionen sind jene, die nicht lediglich dem Ersatz der im Produktionsprozeß verbrauchten Maschinerie dienen. Während die *Ersatz*investitionen aus den Abschreibungen finanziert werden, sind die Netto- oder Neuinvestitionen akkumulierter Profit.

Wie gezeigt wird, haben sich nun die Nettoprofite in der Zeit von 1960 bis 1980 vervierfacht, während sich die Nettoinvestitionen in dieser Zeit nur verdreifacht haben (siehe Tabelle). Insbesondere in den 70er Jahren wurde ein immer geringerer Anteil der Profite für die Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet. So sind zwischen 1970 und 1980 die Nettoprofite um über 100% gestiegen, während die Nettoinvestitionen nur um 60% zunahmen. Daher könne man mit Fug und Recht von einer „Überakkumulation von Kapitaleinkommen" sprechen, wobei darunter verstanden wird, daß die gesamtwirtschaftliche Profitmasse dauerhaft über ihre produktive Wiederverwendung hinausgeht.

Dies scheint in völligem Gegensatz zu der eben dieser Tage aufs neue verbreiteten – und ebenfalls empirisch erhärteten – Tatsache zu stehen, daß der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme der Unternehmen immer weiter zurückgeht. Auch ohne Kenntnis dieser Behauptungen weist das DGB-Papier darauf hin, daß seine Feststellungen einer „Überakkumulation" nicht mit einem „Überborden der Unternehmergewinne über die Investitionen" identisch ist. Denn hier geht es um den *Gesamtprofit*, in dem außer dem Unternehmergewinn auch alle anderen Profitteile, insbesondere die drastisch ausgewucherten Zinsen enthalten sind. Offensichtlich ist die Aufblähung des Kreditsektors und der Zinslasten ein besonderer Faktor für die gegenwärtigen Unterbrechungen im Kreislauf des Gesamtkapitals.

Der Haken der Kritik

„Die Profite von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen" – wenn dies

die gesamtwirtschaftliche Profitmasse dauerhaft über ihre produktive Wiederverwendung hinausgeht.
Dies scheint in völligem Gegensatz zu der eben dieser Tage aufs neue verbreiteten – und ebenfalls empirisch erhärteten – Tatsache zu stehen, daß der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme der Unternehmen immer weiter zurückgeht. Auch ohne Kenntnis dieser Behauptungen weist das DGB-Papier darauf hin, daß seine Feststellungen einer „Überakkumulation" nicht mit einem „Überborden der Unternehmergewinne über die Investitionen" identisch ist. Denn hier geht es um den *Gesamtprofit*, in dem außer dem Unternehmergewinn auch alle anderen Profitteile, insbesondere die drastisch ausgewucherten Zinsen enthalten sind. Offensichtlich ist die Aufblähung des Kreditsektors und der Zinslasten ein besonderer Faktor für die gegenwärtigen Unterbrechungen im Kreislauf des Gesamtkapitals.
Der Haken der Kritik
„Die Profite von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen" – wenn dies

Dogma des Wirtschaftsliberalismus richtig sei, so der DGB, dann hätten die nachweislich gestiegenen Profite von vorgestern die Investitionen von gestern und die Arbeitsplätze von heute hervorbringen müssen. Dies allerdings ist eindeutig widerlegt. Deshalb sei die Begünstigung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen das falsche Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil könne die Vollbeschäftigung heute nur *„durch neue Elemente des Wirtschaftens"* ermöglicht werden. Es müßten Wege gefunden werden, „die volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch notwendigen produktiven Investitionen von der Lust und Laune der Kapitaleigentümer unabhängig zu machen!"

Doch das Wort wird hier nicht Fleisch. Angeboten wird der Weg des 50 Mrd.-Investitionsprogramms des DGB. Damit könne beschleunigtes Wachstum in einigen Bereichen des bisher vernachlässigten gesellschaftlichen Bedarfs konzentriert werden. Auf die selbst ganz immanenten Widersprüche dieses Programms haben wir schon früher hingewiesen.

Schließlich wird an das DGB-Grundsatzprogramm erinnert, mit seinen Elementen eines „bewußt gesellschaftlichen Wirtschaftens". Die Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und Investitionslenkung werden gefordert, gleichzeitig wird betont, dies ließe sich verwirklichen, „ohne die Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen".

Theoretisch ist sich die marxistische Linke wenigstens darin einig, daß mit den Ergebnissen der kapitalistischen Wirtschaft nicht gebrochen werden kann, wenn nicht das zugrundeliegende Kapitalverhältnis selbst gebrochen wird. Geschieht dies nicht, so reproduzieren sich wenigstens in der Tendenz alle Folgen kapitalistischen Wirtschaftens immer wieder aufs neue. Und um diesen heißen Brei schleicht der DGB wie die bekannte Katze.

Damit sind auch die wesentlichen Beschränkungen der Position des besprochenen Papiers genannt. Man erinnert sich an den richtig gesetzten Anspruch, die konservativen Auffassungen über die „Ursachen der Wirtschaftsschwäche" zu widerlegen. Doch es bleibt bei dem – *auch* notwendigen – Nachweis, daß es an den Löhnen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht liegt und daß es an einer zu geringen Profit*masse* auch nicht liegen kann. Woran aber liegt es dann? Man erfährt es nicht.

Stattdessen läßt sich der DGB auf die Diskussion „mehr oder weniger Staat" ein, in der er sich zur Verteidigung der bestehenden Staatsmaschine hergibt und „vergißt", daß sich diese auf den kritisierten Produktionsverhältnissen erhebt.

Ganz falsch verteidigt wird da der staatliche Eingriff in die Wirtschaft. Zwar wird richtig gezeigt, daß die staatliche Kreditaufnahme nicht *Ursache* der „Investitionsunlust der Kapitalbesitzer" ist, sondern dem Umstand *folgt*, daß die Kapitalbesitzer aus „Investitionsunlust" Geldkapital brach liegen ließen, das sich der Staat dann geliehen hat. Doch daß trotzdem am Ende eine Stärkung des Kapitals und

tens immer wieder aufs neue. Und um diesen heißen Brei schleicht der DGB wie die bekannte Katze.
Damit sind auch die wesentlichen Beschränkungen der Position des besprochenen Papiers genannt. Man erinnert sich an den richtig gesetzten Anspruch, die konservativen Auffassungen über die „Ursachen der Wirtschaftsschwäche" zu widerlegen. Doch es bleibt bei dem – *auch* notwendigen – Nachweis, daß es an den Löhnen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht liegt und daß es an einer zu geringen Profit*masse* auch nicht liegen kann. Woran aber liegt es dann? Man erfährt es nicht.
Stattdessen läßt sich der DGB auf die Diskussion „mehr oder weniger Staat" ein, in der er sich zur Verteidigung der bestehenden Staatsmaschine hergibt und „vergißt", daß sich diese auf den kritisierten Produktionsverhältnissen erhebt.
Ganz falsch verteidigt wird da der staatliche Eingriff in die Wirtschaft. Zwar wird richtig gezeigt, daß die staatliche Kreditaufnahme nicht *Ursache* der „Investitionsunlust der Kapitalbesitzer" ist, sondern dem Umstand *folgt*, daß die Kapitalbesitzer aus „Investitionsunlust" Geldkapital brach liegen ließen, das sich der Staat dann geliehen hat. Doch daß trotzdem am Ende eine Stärkung des Kapitals und

eine Schwächung der Arbeiterklasse – durch gestiegene Arbeitslosigkeit – stand, bleibt unerwähnt.

Schlimmer noch die politische Seite dieser Staatsfrömmigkeit. „Nur ‚reiche Leute', deren Einkommen im wesentlichen auf Kapitalbesitz oder sonstigem großem Vermögen beruht, können sich einen ‚armen Staat' leisten – nicht aber die große Bevölkerungsmehrheit, die auf Arbeitseinkommen oder darauf gegründete Sozialeinkommen angewiesen ist", heißt es eingängig. Mit solchen Sprüchen läßt sich freilich der Demagogie gegen den öffentlichen Dienst nicht begegnen, weil die Anhaltspunkte, auf die sie baut, nicht richtigerweise kritisiert, sondern beschönigt werden. Es zahlt sich nicht aus, wenn vom Unterdrückungscharakter des Staates abgesehen wird. Man muß diesen Fehler kritisieren, aber man muß auch die Bruchpunkte dieser Ansichten sehen. Mindestens der Zusammenhang zwischen „produktiver Basis" und öffentlichem Dienst ist ein solcher. Die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals ist auf Dauer gesunken, und der Umfang öffentlicher Ausgaben im weitestens Sinne, auch wenn er nicht Ursache der gesunkenen Akkumulationsfähigkeit ist, steht im Widerspruch zu dieser Entwicklung. Eine Einschränkung dieser Ausgaben ist für das Kapital lebensnotwendig geworden. Insofern sind die DGB-Vorstellungen von der friedlichen Lösung mit der kapitalistischen Wirklichkeit nicht mehr – wie früher noch – zu versöhnen. Die Harmonie wird sich nicht mehr lange durchhalten lassen.

Profite und Investitionen

Jahr	Private Nettoprofite in Mio. DM	(Index)	Nettoinvestitionen der Unternehmen in Mio. DM	(Index)	Quote an Sp. 1 in %		
1960	73930	(100)	50520	(100)	68		
1961	73260		52850		72		69
1962	75250		54530		72	69	
1963	76680		49890		65		
1964	86210		60070		70		
1965	95020		68400		72		63
1966	97980		62650		64		
1967	99350		46590		47	59	
1968	116910		60070		51		
1969	122460	(165)	76520	(151)	62		
1970	141390	(191)	94060	(186)	67		61
1971	150500		96210		64		
1972	164320		102150		62	60	
1973	171060		107710		63		
1974	174440		80690		46		51
1975	190360		62610		33		
1976	213080		87680		41		
1977	219180		96660		44	42	
1978	244780		102900		42		
1979	271270	(367)	141140	(279)	52		46
1980	284490	(385)	147130	(291)	52		

Anmerkungen: Spalte 1: Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, *und zwar:* Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte vor Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden *zuzüglich* Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen nach der Umverteilung. – Spalte 2: Bruttoinvestitionen der Unternehmen *abzüglich* Abschreibungen.

IG Metall beschließt „reine Prozentforderung“

Tarifrente gescheitert / gezielte Indiskretion / Vorstand für 7,5% Lohnerhöhung

geh. Der Vorstand der IG Metall hat am Montag die Ausgangslage für die nächste Tarifrunde beraten und Forderungsempfehlungen beschlossen.

Nach den Entscheidungen der Tarifkommissionen Baden-Württembergs gegen den „Janßen-Plan für eine Forderung nach Tarifrente gekoppelt mit einer Lohnforderung“ und der der Tarifkommissionen des „Nordverbunds“ für eine „reine Lohnforderung“ kam die Entscheidung für eine „reine Prozentrunde“ nicht mehr überraschend. Damit ist die Tarifrente für die mehr als 60jährigen in Höhe von 90% ihres bisherigen Einkommens, zahlbar von den Kapitalisten, abgelehnt. Abgelehnt wurde, zumindest für dieses Jahr, der Steinkühlersche Vorschlag, nach der Lohnrunde einen weiteren Tarifkampf für eine Verrentung der 59jährigen und eine zusätzliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für die 58jährigen auf die Hälfte und bei den 57jährigen auf ¾ zu führen.

Vorstandsmitglied Hans Mayr begründete die Ablehnung der „Tarifrente“ mit einem „möglichen Zwang auf den einzelnen, seinen Arbeitsplatz mit 60 räumen zu müssen, auch wenn er dies nicht wolle; und außerdem bestehe die Gefahr, daß die Gewerkschaften selbst ihre bisherige Politik zur Arbeitsplatzsicherung für ältere Arbeitnehmer entwerte“. (FR, 1.12.)

Tatsächlich wird ausschlaggebend gewesen sein, daß die Mehrheit oder zumindest eine starke Minderheit angesichts der anhaltend steigenden Preisraten nicht den von H. Janßen und E. Loderer bei einer Koppelung zwischen Tarifrente und Lohnerhöhung den Kapitalisten offerierten deutlich niedrigeren Lohnabschluß akzeptieren wollte.

„Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß unsere Mitgliedschaft dem Kaufkraftargument den Vorzug gegeben hat, daß unsere Mitgliedschaft meint, wenn die Nachfrage erhalten oder weiter belebt wird, werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Aus dem Arbeitgeberlager hören wir auch, daß eine Tarifrente nicht angestrebt werden solle, weil das zur Verfügung Stehende alles in Lohn und Gehälter und damit in die Nachfrage eingehen solle“, erklärte Janßen gegenüber dem Fernsehen.

Die IG Metall will Einkommensverbesserungen „mit dem Ziel des Ausgleichs der Preissteigerungen in das Zentrum der Auseinandersetzung stellen“. Die Frage ist, ob man dies und vor allem *wie* man dies in diesem Jahr erreichen kann. Nun hat der Vorstand auch über die Höhe der Forderungsempfehlungen beschlossen. Zwar soll der Vorstand nach einem Beschluß des letzten Gewerkschaftstags sie nicht öffentlich bekanntgeben, doch durch eine gezielte Indiskretion war schnell umgegangen: 7,5% soll das Volumen der Forderung betragen. Die Forderungshöhe sei nach folgender Formel zustandegekommen: 5,5% Preissteigerung und 2% Produktivitätszuwachs.

Die 5,5% Inflation haben die verbliebenen vier Weisen in ihrem Sachverständigengutachten angegeben. Dies zu übernehmen ist ganz schön blauäugig. Zur Erinnerung, für dieses Jahr haben die damals noch fünf Weisen 4% vorausgesagt, etwa 6,8% sind es jetzt. Eine derartige Senkung der Preissteigerungsrate ist unwahrscheinlich, augenblicklich steigt sie jedenfalls noch an. 2% (Produktivitätszuwachs) sind wohl als Verhandlungsspielraum eingeplant. Nach den Erfahrungen der letzten Tarifkämpfe, auch der mit Streiks, ist das zu knapp.

Nach alldem sind die Metaller gut beraten, die gezielte Indiskretion mit der Forderungshöhe nicht zu beachten und bei ihren Überlegungen sowohl bei der Preissteigerung und beim Verhandlungsspielraum von größeren Marken auszugehen. Ebenfalls muß berücksichtigt werden, daß die reale Kaufkraft durch die im nächsten Jahr steigende Steuerlast nochmal gedrückt wird, selbst wenn der Bruttolohn entsprechend der Preissteigerungsrate stiege. Gerade jetzt sind Mindest- oder Sockel/Prozentforderungen, Streichung der unteren Lohngruppen, wichtig. Der Vorschlag von Steinkühler, 3% und 100 DM, geht dabei wohl in eine positive Richtung. Auch wenn man damit, wie er selbst betonte, im Rahmen der vom Vorstand erwogenen 7,5% bleiben würde.

Gleichzeitig mit der Metallrunde wird nach den am 30.11. erfolgten Kündigungen der Arbeiter- und Angestelltenzulagentarife im öffentlichen Dienst dort über Kürzungen gestritten. Die Bautarifrunde findet parallel statt, wo unter dem Eindruck von hohen Arbeitslosenzahlen Null-Prozentforderungen in Erwägung gezogen werden.

Sicher ist eine Forderung in ausreichender Höhe notwendig. Das eigentliche Problem wird jedoch die Durchsetzung der Lohnerhöhung sein. Wie weit kann man gehen, ohne eine neue „rechte“ Regierung zu riskieren. Wie die bestehende nach links drücken? Ohne ein reales Konzept, das auch den großen Krach einbezieht, werden auch aus hohen Forderungen kleine Abschlüsse werden.

Am 8. Dezember wird als erste Tarifkommission Rheinland-Pfalz ihre Forderung beschließen, dann am 9.12. die von NRW und Baden-Württemberg.



Der heiße Tip für Nachtarbeiter – so werden die Folgen der Nachtarbeit bekämpft. Gesehen in Ludwigshafen.

Frauenkonferenz der GTB gegen „sanfte Macht der Familie“

kvz. Die 8. Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, die mit 58 Prozent den höchsten Frauenanteil der 17 DGB-Gewerkschaften hat, wandte sich mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen, „Militärdienst in der Bundeswehr auf Frauen auszudehnen“. Die Emanzipationsbestrebungen der Frauen würden dadurch nur mißbraucht. Gertrud Linde, Vorstandsmitglied, griff im Zusammenhang mit dem Job-Sharing-Modell welches zurückgewiesen wurde, auch die CDA an, welche Leitsätze wie „die sanfte Macht der Familie“ beschlossen hat. Danach sollten die Frauen wieder an den Herd zurückkehren und die Arbeitslosenstatistik entlasten. Die GTB werde sich mit allen Kräften gegen diese Einrichtung eines „weiblichen Menschenpools“ wehren. – Im Zusammenhang der Textilkrise wurde auf die über 350000 Arbeitsplätze verwiesen, die in den letzten 12 Jahren durch Produktionsverlagerungen in Billig-Lohnländer verlorengegangen seien. Bis zum Jahresende würden es noch mal 80000 sein. 91% aller Arbeitslosen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind Frauen.

4,3% mehr Lohn und Freizeit im Alter

kvz. Die Gewerkschaft NGG hat für die Brauerei-Industrie Baden-Württembergs einen neuen Lohn- und Manteltarif abgeschlossen. Die wichtigsten Punkte sind: 4,93% mehr Lohn, dies sind auf den Ecklohn 115 DM mehr. Bei mehr als 10jähriger Betriebszugehörigkeit wird den 60jährigen Anspruchsberechtigten (Frauen und Schwerbeschädigte) im Jahr ihres Ausscheidens eine Blockfreizeit von 16 Tagen zugestanden. Arbeitnehmer erhalten von ihrem 60 – 62 Lebensjahr pro Jahr 20 Tage Freizeit, ab dem 63 Lebensjahr 22 Tage. Im 3-Schichtbetrieb Beschäftigte erhalten je 20 Nachtschichten einen Tag Freizeit im Kalenderjahr.

DGB-Demonstration für Frieden und Abrüstung

stt.Nürnberg. Am 24.11.1981 führte der DGB in Nürnberg eine Demonstration für Frieden und Abrüstung und gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß durch. Mit 5000 Teilnehmern entsprach die Größe der Demonstration etwa der der gewerkschaftlichen Maidemonstration. Die Demonstration war auf Drängen der Gewerkschaftsjugend und anderer Nürnberger Jugendverbände durchgeführt worden. Die meisten Transparente richteten sich gegen die USA und ihre NATO-Aufrüstungspolitik. Als Redner auf der Abschlußkundgebung sprachen Loni Mahlein von der IG Druck und Papier, Oscar Lafontaine (SPD) und Horst Klaus (IG Metall Nürnberg). – Mahlein wandte sich dagegen, die Beurteilung der Aufrüstung der Großmächte den Raketenzählern der jeweiligen Geheimdienste zu überlassen. Er betonte das sowjetische Sicherheitsinteresse, sagte, die Bildzeitung bausche die Bedrohung Polens durch die Sowjetunion auf. Notwendig sei, daß die Entspannungspolitik in der BRD mehrheitsfähig bleibe. Die konsequente Fortführung dieser Politik würde zur Auflösung der Militärblöcke führen. Das müsse heißen: kontrollierte Abrüstung in Ost und West, Zusammenarbeit der verschiedenen Mächte in dieser Frage, als erster Schritt sei ein atomwaffenfreies Deutschland notwendig. – Lafontaine sprach sich für einseitige Abrüstungsschritte seitens der NATO aus und damit auch eindeutig gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß. Die „Nullösung“ sei ein Witz, solange auf der Welt 50000 Atombomben schon jetzt lagern, da reiche auch der Kampf gegen die geplanten NATO-Mittelstreckenraketen nicht, um der atomaren Vernichtung Europas und der Welt zu entgehen. – Horst Klaus brachte schließlich selbstkritische Worte zur bisherigen Haltung des DGB gegenüber der Kriegsgefahr und der Friedensbewegung. Er sagte, alle bisherigen Erfolge, wie z.B. der von Reagan neuerding gebrauchte Begriff der „Nullösung“ gingen auf das Konto der Friedensbewegung. Er erklärte die zurückhaltende Haltung der Gewerkschaften damit, daß die Arbeitnehmer zunächst erstmal ihre unmittelbaren Probleme sähen, wie z.B. die Arbeitslosigkeit und Kürzung der Sozialleistungen, die Kriegsgefahr den meisten aber nicht hautnah erscheine und damit auch noch nicht entschieden genug bekämpft würde.

Brasilianische Metallarbeiter erneut verurteilt

kvz/metall. Nachdem im September das oberste Militärtribunal von Brasilia die Verurteilung von 11 Gewerkschaftsfunktionären wegen Verfahrensfehler aufgehoben hatte und an die erste Instanz zurückverwies, verurteilte diese die Metallgewerkschafter wieder zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren. Luis Inacio da Silva (Lula), der Präsident der Metallarbeiter von Sao Paulo wurde zu der längsten Strafe verurteilt. Bis zur Berufungsverhandlung können sie sich weder in der Gewerkschaft noch in der von ihnen gegründeten „Partei der Arbeiter“ betätigen.

Erste Forderungsvorstellungen in der Bauindustrie

uwd. Mehrheitlich hat die Bezirksmitgliederversammlung Stuttgart der IG Steine Erden am 26.11. dem Hauptvorstand als Forderungskatalog für die Lohnrunde 1982 empfohlen: 30 Tage Urlaub, volles 13. Monatseinkommen, freiwilliges Ausscheiden mit 59 Jahren, keine Urlaubseinbußen bei Kurzarbeit, Erhöhung des Tariflohns: 0 Prozent! Dieser „neue Weg der Lohnfindung“ wurde vom Hauptvorstand ausgearbeitet, erforderlich, weil weitere Einbrüche in der Baukonjunktur im Frühjahr 1982 zu erwarten sind. Deshalb eine ‚bauspezifische‘ Forderung, keine ‚gesamtwirtschaftliche‘. Erfährt die Vorreiterrolle der IG BSE von 1981 (4%-Abschluß während der Entscheidung im Metallbereich) eine Neuauflage? Es ist zu befürchten – nicht wegen dem Volumen, sondern von den Ausgangsbedingungen der einzelnen Forderungsteile her: Gerade in diesen Tagen scheiterten die Rahmentarifverhandlungen über einen neuen Urlaubstarif (bisher 21 – 24 Tage), weil die Arbeitgeber keinen einzigen Tag mehr zugestanden; der Vertrag über das 13. Monatseinkommen ist frühestens zum 31.12.1982 kündbar, für die Erhöhung auf 48% (1981) bzw. 60% (1982) wurde 8 Jahre verhandelt; eine tarifvertragliche Klausel, daß bei Kurzarbeit der Anspruch auf Urlaub und vermögenswirksame Leistungen nicht gekürzt wird – wo doch gerade Gesetzesvorlagen der Bundesregierung behandelt werden, die sogar einen Abzug der geleisteten Überstunden vom errechneten Kurzarbeitergeld vorsehen; ca. 15000 Bauarbeiter sind derzeit 59 Jahre alt, würden also sofort von einer sogenannten Tarifrente profitieren, aber wieviele können sich bei der anhaltenden schlechten Beschäftigungslage im Baugewerbe realistisch einen Anspruch ausrechnen, was doch für die Kampfkraft entscheidend ist?



dem Job-Sharing-Modell welches zurückgewiesen wurde, auch die CDA an, welche Leitsätze wie „die sanfte Macht der Familie“ beschlossen hat. Danach sollten die Frauen wieder an den Herd zurückkehren und die Arbeitslosenstatistik entlasten. Die GTB werde sich mit allen Kräften gegen diese Einrichtung eines „weiblichen Menschenpools“ wehren. – Im Zusammenhang der Textilkrise wurde auf die über 350000 Arbeitsplätze verwiesen, die in den letzten 12 Jahren durch Produktionsverlagerungen in Billig-Lohnländer verlorengegangen seien. Bis zum Jahresende würden es noch mal 80000 sein. 91% aller Arbeitslosen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind Frauen.

4,3% mehr Lohn und Freizeit im Alter

kvz. Die Gewerkschaft NGG hat für die Brauerei-Industrie Baden-Württembergs einen neuen Lohn- und Manteltarif abgeschlossen. Die wichtigsten Punkte sind: 4,93% mehr Lohn, dies sind auf den Ecklohn 115 DM mehr. Bei mehr als 10jähriger Betriebszugehörigkeit wird den 60jährigen Anspruchsberechtigten (Frauen und Schwerbeschädigte) im Jahr ihres Ausscheidens eine Blockfreizeit von 16 Tagen zugestanden. Arbeitnehmer erhalten von ihrem 60 – 62 Lebensjahr pro Jahr 20 Tage Freizeit, ab dem 63 Lebensjahr 22 Tage. Im 3-Schichtbetrieb

der „Nullösung“ gingen auf das Konto der Friedensbewegung. Er erklärte die zurückhaltende Haltung der Gewerkschaften damit, daß die Arbeitnehmer zunächst erstmal ihre unmittelbaren Probleme sähen, wie z.B. die Arbeitslosigkeit und Kürzung der Sozialleistungen, die Kriegsgefahr den meisten aber nicht hautnah erscheine und damit auch noch nicht entschieden genug bekämpft würde.

Brasilianische Metallarbeiter erneut verurteilt

kvz/metall. Nachdem im September das oberste Militärtribunal von Brasilia die Verurteilung von 11 Gewerkschaftsfunktionären wegen Verfahrensfehler aufgehoben hatte und an die erste Instanz zurückverwies, verurteilte diese die Metallgewerkschafter wieder zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren. Luis Inacio da Silva (Lula), der Präsident der Metallarbeiter von Sao Paulo wurde zu der längsten Strafe verurteilt. Bis zur Berufungsverhandlung können sie sich weder in der Gewerkschaft noch in der von ihnen gegründeten „Partei der Arbeiter“ betätigen.

Erste Forderungsvorstellungen in der Bauindustrie

uwd. Mehrheitlich hat die Bezirksmitgliederversammlung Stuttgart der IG

schaften selbst ihre bisherige Politik zur Arbeitsplatzsicherung für ältere Arbeitnehmer entwerte“. (FR, 1.12.)

Tatsächlich wird ausschlaggebend gewesen sein, daß die Mehrheit oder zumindest eine starke Minderheit angesichts der anhaltend steigenden Preisraten nicht den von H. Janßen und E. Loderer bei einer Koppelung zwischen Tarifrente und Lohnerhöhung den Kapitalisten offerierten deutlich niedrigeren Lohnabschluß akzeptieren wollte.

„Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß unsere Mitgliedschaft

bliebenen vier Weisen in ihrem Sachverständigengutachten angegeben. Dies zu übernehmen ist ganz schön blauäugig. Zur Erinnerung, für dieses Jahr haben die damals noch fünf Weisen 4% vorausgesagt, etwa 6,8% sind es jetzt. Eine derartige Senkung der Preissteigerungsrate ist unwahrscheinlich, augenblicklich steigt sie jedenfalls noch an. 2% (Produktivitätszuwachs) sind wohl als Verhandlungsspielraum eingeplant. Nach den Erfahrungen der letzten Tarifkämpfe, auch der mit Streiks, ist das zu knapp.

che Problem wird jedoch die Durchsetzung der Lohnerhöhung sein. Wie weit kann man gehen, ohne eine neue „rechte“ Regierung zu riskieren. Wie die bestehende nach links drücken? Ohne ein reales Konzept, das auch den großen Krach einbezieht, werden auch aus hohen Forderungen kleine Abschlüsse werden.

Am 8. Dezember wird als erste Tarifkommission Rheinland-Pfalz ihre Forderung beschließen, dann am 9.12. die von NRW und Baden-Württemberg.



Dortmund. Mit Transparenten protestierten die Stadtbeschäftigten auf dem Weg zur Personalversammlung in der Westfalenhalle gegen den geplanten Stellenabbau in der Verwaltung.

Gegen Personalkürzungen bei der Stadt

Dortmunder Beschäftigte demonstrieren

uni. Einen Protestzug zu ihrer Personalversammlung bildeten die städtischen Bediensteten am 25. November vor dem Rathaus ihrer Stadt. Dann marschierten sie durch die südliche Innenstadt zur Westfalenhalle II, wo sie eine mit 3000 Beschäftigten besuchte Belegschaftsversammlung durchführten. Auf den Transparenten forderten sie „Stoppt den Arbeitsplatzabbau“, setzten sie sich für „Voll-Service“ der Müllabfuhr ein und protestierten gegen das „Umsetzungskarussell“. Die Belegschaftsversammlung beschloß, obwohl der Oberstadtdirektor unschuldsvoll und mitleidheischend leere Taschen vorzeigte, mit überwältigender Mehrheit, daß der Personalrat alles in seiner Macht Stehende unternehmen solle, die angekündigten drastischen Personalkürzungen zurückzuschlagen.

Denn solche hatte, nicht zum ersten Mal, aber zum ersten Mal so öffentlich, der Oberstadtdirektor in seiner Etatrede zum Haushalt 1982 der Stadt Dortmund angekündigt und vom Rat der Stadt mit dem Beschluß über den Haushalt absegnen lassen. Motto: „Wollen wir uns wieder einen Bewegungsspielraum schaffen, so ist dies nur möglich durch eine Reduzierung der Personal- und Sachkosten und durch eine noch stärkere Beachtung der Folgekosten bei unserer künftigen Investitionstätigkeit.“ Für 1982 wurde die Beseitigung von 52 Stellen beschlossen und für die folgenden vier Jahre eine Personalkostenreduzierung von insgesamt 10 Prozent. Hinzu kommt eine durchschnittliche Kürzung des Investitionshaushaltes um 27%, was wiederum zusätzliche Stellenstreichungen zur Folge haben wird. Denn man kann annehmen, daß z.B. das um 50% verringerte Hochbauvolumen der Stadt mit dem halbierten Personal abgewickelt wird.

Zur Zeit läuft in den Ämtern das Umsetzungskarussell und wird ein Streichungskonzert gespielt, das die Beschäftigten das Gruseln lehrt. Z.B. sollen im Planungsamt 17 von 168 Stellen beseitigt werden, zusätzlich die 3, die zur Zeit die Öffentlichkeitsarbeit machen; im Hochbau- und Maschinenamt sollen 22 von 100 Stellen gestrichen werden usw. Das vermittelt einen Eindruck von den „nachhaltigen und dauerhaften Entlastungen des Verwaltungshaushaltes“ und den „wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung der Personalausgaben“, die Rat und Verwaltungsspitze für „dringend notwendig“ halten.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Kreisvorsitzende der ÖTV, Heymann, an die Spitze der Demonstration der städtischen Bediensteten gestellt und anschließend eine Pressekonferenz abgehalten, auf der er die Sparmaßnahmen kritisierte. Er sagte dort aber auch, daß die ÖTV zu vernünftigen Rationalisierungsmaßnahmen Ja sagen würde und daß zum Beispiel bei der Bauverwaltung noch Luft drin sei, die man rausdrücken könne. Mit scheint, Heymann ist ein gewerkschaftspolitischer Luftikus.

Der Personalrat hat dagegen ein Sieben-Punkte-Grundsatzprogramm zu den Sparabsichten beschlossen, wo es in Punkt 2 heißt: „Der Personalrat lehnt alle Sparvorschläge oder scheinbaren Sparmaßnahmen ab, die zu Lasten der Beschäftigten und/oder der Arbeitnehmer bzw. Arbeitslosen und ihrer Familien gehen.“ Gegenwärtig entwickelt er Ansätze einer eigenen finanzpolitischen Konzeption, die er als „beschäftigungsorientierte Finanzpolitik“ bezeichnet.

„An die Arbeiter und Gewerkschaften in Westeuropa"

Die polnische Gewerkschaft ruft dringend zur Hilfe auf – Welche Antwort geben wir?

Von Gerd Koenen

Fast 14 Tage sind jetzt vergangen, seit der Vorsitzende der „Solidarität", Lech Walesa, in einem dramatischen Schreiben „An die Arbeiter und Gewerkschaften in Westeuropa" diese aufgerufen hat, sich für umgehende und außerordentliche Lebensmittelhilfe bei ihren Regierungen einzusetzen bzw. selbst solche Hilfe zu organisieren. Jetzt sei tatsächlich der Punkt erreicht, wo eine unkalkulierbare Verschärfung der inneren Spannungen drohe, weil nicht einmal die Lebensmittelmarken mit den Mindestrationen mehr eingelöst werden können. Die „Solidarität" werde die Verteilung aller Hilfslieferungen selbst überwachen.



„Wir sind überzeugt, daß wir die Krise überwinden werden. Wir werden Eure Hilfe als bilaterales Engagement betrachten, in der Hoffnung, daß unsere Gewerkschaft und unser Land bald anderen werden helfen können. Wir glauben fest daran, daß Solidarität keine Grenzen haben darf." („Frankfurter Rundschau", 21.11.)

Über irgend eine Reaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften auf diesen Aufruf ist bisher nichts bekannt geworden.

Der DGB scheint seine Politik fortsetzen zu wollen, zwar auf dem Umweg über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften der „Solidarität" den einen oder anderen größeren Geldbetrag rüberzuschieben, sich aber keinesfalls öffentlich für die polnische unabhängige Gewerkschaft zu engagieren und keine Hilfe zu organisieren, die die gewerkschaftliche Basis selbst einbezieht.

Etliche Teile der gewerkschaftlichen Basis allerdings sind jetzt nicht mehr bereit, mit anzusehn, daß eine Welle der Hilfsbereitschaft für Polen gegenwärtig durch die westdeutsche Bevölkerung geht, während ausgerechnet die Gewerkschaften beiseite stehen. Das heißt, das Feld solchen Kräften zu überlassen, die aus der Polen-Hilfe eine Art Neuauflage der CARE-Paket-Aktionen der Nachkriegszeit machen wollen, mit den entsprechenden Hintergedanken natürlich. Dabei sind unter den hunderttausenden, wenn nicht millionen Spendern solche Motive überhaupt nicht vorherrschend. Ein Strom von Paketen und Päckchen geht an individuelle Empfänger in Polen. „Solidarność" hat im Warschauer Paketamt einen Sonderdienst für beschädigte Sendungen oder solche, wo der Empfänger nicht klar ist, eingerichtet. An vielen Orten, sei's auf der Ebene von Städtepartnerschaften oder vermittelt über die Kirchen, sind in kürzester Zeit beachtliche Sammelerträge zusammengekommen, werden dringend benötigte Hilfsgüter in LKW-Konvois von Freiwilligen nach Polen gebracht. Oder auch über die polnische Luftlinie LOT, die von Frankfurt aus die Transporte unentgeltlich übernimmt, wenn es sich um Sendungen von entsprechendem Wert handelt.

Für weit über hunderttausend Mark hat binnen kurzer Zeit die Frankfurter Kinderärztin Krystyna Graef, in Absprache mit ihren früheren Kollegen am Kinderkrankenhaus in Lódz, Milchpulver, Babynahrung, Medikamente und Desinfektionsmittel einkaufen und nach Polen bringen können, nachdem sie an die Eltern ihrer Patienten und ihre Berufskollegen in Hessen appelliert hatte. Dies ist eine besonders notwendige Hilfe, weil vor allem Neugeborene und kranke Kinder zunehmend unter der schlechten Versorgung zu leiden haben, oder schon mit schweren Mangelschäden zur Welt kommen. Diese Hilfe, die jetzt schon mehrere Krankenhäuser erreicht hat, wird unter direkter Kontrolle der Sektion Gesundheitswesen von „Solidarność" verteilt. Sie wird ohne Bedingungen, im Sinne der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, gegeben. An dieser Initiative wollen eine Reihe gewerkschaftlich organisierter Ärzte und Beschäftigter im Gesundheitswesen anknüpfen (s. den nebenstehenden Aufruf). An dieser Sammlung könnten sich ebensogut auch andere gewerkschaftliche oder nicht-gewerkschaftliche Gruppen oder Zusammenschlüsse beteiligen. Besser wäre freilich, es riefe endlich der DGB selbst oder eine der Einzelgewerkschaften zu einer solchen Hilfsaktion auf, die sich in viel größerem Stil und ungleich wirksamer organisieren ließe.

Wäre das „Einmischung" in Polen, oder gar verkappter Revanchismus? Ein merkwürdiger Revanchismus, der sich über die gegenseitige Solidarität der Arbeiter und der Völker Geltung verschaffen würde. Es wäre dies in Wirklichkeit ein Akt der bewußten Überwindung historisch entstandener Widersprüche und Spaltungen.

Eine andere gute Initiative ist ein „Aufruf zur Solidarität mit Polen" der Westberliner „tageszeitung", die angeboten hat, täglich unter der Rubrik „Hilfe für Polen" über Hilfsaktionen zu berichten, Erfahrungen auszutauschen. „Da die Zeit drängt, rufen wir auf, in jeder Stadt Initiativen der solidarischen Hilfe zu gründen." Das sollte auf jeden Fall breit genutzt werden. (Redaktionsanschrift: die tageszeitung, Wattstr. 11–12, 1000 Berlin 65)

Nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter (siehe Bild Seite 1) sollten gerade Gewerkschafter sich an diesen Hilfsaktionen beteiligen. Neben Nahrungsmittelhilfen (Adressenlisten von besonders Bedürftigen lassen sich über das Rote Kreuz oder die Kirchen besorgen) sollten vor allem entsprechend dem Frankfurter Aufruf und in Unterstützung dieser Initiative örtliche Sammlungen eingeleitet und *so rasch wie möglich* auf das Frankfurter Konto überwiesen werden. Diese Initiative erfolgt in Absprache mit und unterstützt vom Koordinationsausschuß der Komitees „Solidarität mit Solidarność", Postfach 112051, 6000 Frankfurt 1.

Aufruf

Die äußerst schwierige Versorgungslage des polnischen Volkes ist eine uns schmerzlich bewußte Tatsache.

Jetzt, wo der Winter ansteht, werden sich diese Versorgungsschwierigkeiten vervielfältigen, nicht nur bei Lebensmitteln und Grundnahrungsmitteln, sondern auch bei der medizinischen Versorgung.

Die politische Lage ist unentschieden, eine schnelle Besserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht abzusehen. Von außen steht das polnische Volk unter massiven Druck, der es hindert, seine gesellschaftlichen Probleme souverän zu lösen.

Angesichts dieser Lage rufen wir Krankenschwestern, Pfleger, Arzthelferinnen, medizinisch-wissenschaftliches Personal und Ärzte zu humanitärer Hilfe auf.

Diese müßte beinhalten: Geldspenden zum Kauf von Medikamenten, Milchpulver und medizinischen Geräten, gezielte Medikamentenspenden entsprechend der anliegenden Liste.

Der Verteilungsweg der Spendensammlung, zu der wir aufrufen, erreicht das polnische Volk direkt, – über Transporte, die die Frankfurter Kinderärztin Dr. Graef persönlich organisiert und begleitet.

Die Verteilung in Polen übernimmt die „Sektion Gesundheitswesen" der Solidarność. *

Noch vor Weihnachten sollte das erste Ergebnis dieser Sammlung der polnischen Bevölkerung zukommen.

„Spende Polen" K. Graef
Sonderkto. Nr. 007-62240
Dtsch. Apoth.- und Ärztebank Frankfurt

* In Absprache mit der Führung von „Solidarność" soll ein Teil der Spenden der neugegründeten „Medikamentenbank" der Gewerkschaft direkt zugeführt werden.

Erstunterzeichner: Bernhard Becker, Arzt, Frankfurt; Dr. Marc Zeise, Mitarb. d. Max-Planck-Instituts Frankfurt, ÖTV; Herrmann Berberich, Arzt, ÖTV-Vertrauensmann am Höchster Kinderkrankenhaus; Dr. Michael Rose, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Michael Fritzsch, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Helmut Veil, niedergelass. Arzt, Frankfurt; Dr. Gabriele Böhmer, niedergelass. Ärztin, Frankfurt; Dr. Burkhardt Hahn, niedergelass. Zahnarzt, Frankfurt; Thomas Teichmüller, Arzt Uniklinik Frankfurt; Luise Heymann, PJ-Sprecherin am St. Markus-Krankenhaus Frankfurt; Stefan Sabel, PJ-Sprecher; Barbara Finbork, PJ-Absolventin, Frankfurt. Dieser Aufruf wird vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" unterstützt (6000 Frankfurt, Postfach 112051).

Wilde Streiks auf norwegischen Bohrinseln





land zu maßlosen Forderungen bewegen usw. Alte Pläne von gesetzlich festgelegten Nordseelöhnen werden wieder aufgewärmt und Schatzminister Willoch verweist dringlich auf die „Ge-

mann am Höchster Kinderkrankenhaus; Dr. Michael Rose, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Michael Fritzsch, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Helmut Veil, niedergelass. Arzt, Frankfurt; Dr. Gabriele Böhmer, niedergelass. Ärztin, Frankfurt; Dr. Burkhardt Hahn, niedergelass. Zahnarzt, Frankfurt; Thomas Teichmüller, Arzt Uniklinik Frankfurt; Luise Heymann, PJ-Sprecherin am St. Markus-Krankenhaus Frankfurt; Stefan Sabel, PJ-Sprecher; Barbara Finbork, PJ-Absolventin, Frankfurt. Dieser Aufruf wird vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" unterstützt (6000 Frankfurt, Postfach 112051).

„Wir sind überzeugt, daß wir die Krise überwinden werden. Wir werden Eure Hilfe als bilaterales Engagement betrachten, in der Hoffnung, daß unsere Gewerkschaft und unser Land bald anderen werden helfen können. Wir glauben fest daran, daß Solidarität keine Grenzen haben darf." („Frankfurter Rundschau", 21.11.)
Über irgend eine Reaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften auf diesen Aufruf ist bisher nichts bekannt geworden.

heißt, das Feld solchen Kräften zu überlassen, die aus der Polen-Hilfe eine Art Neuauflage der CARE-Paket-Aktionen der Nachkriegszeit machen wollen, mit den entsprechenden Hintergedanken natürlich. Dabei sind unter den hunderttausenden, wenn nicht millionen Spendern solche Motive überhaupt nicht vorherrschend. Ein Strom von Paketen und Päckchen geht an individuelle Empfänger in Polen. „Solidarność" hat im Warschauer Paketamt einen Sonderdienst für beschä-

ren Mangelschäden zur Welt kommen. Diese Hilfe, die jetzt schon mehrere Krankenhäuser erreicht hat, wird unter direkter Kontrolle der Sektion Gesundheitswesen von „Solidarność" verteilt. Sie wird ohne Bedingungen, im Sinne der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, gegeben. An dieser Initiative wollen eine Reihe gewerkschaftlich organisierter Ärzte und Beschäftigter im Gesundheitswesen anknüpfen (s. den nebenstehenden Aufruf). An dieser Sammlung könnten sich ebensogut auch andere gewerkschaftliche oder nicht-gewerkschaftliche Gruppen oder Zusammenschlüsse beteiligen. Besser wäre freilich, es riefe endlich der DGB selbst oder eine der Einzelgewerkschaften zu einer solchen Hilfsaktion auf, die sich in viel größerem Stil und ungleich wirksamer organisieren ließe.
Wäre das „Einmischung" in Polen, oder gar verkappter Revanchismus? Ein merkwürdiger Revanchismus, der sich über die gegenseitige Solidarität der Arbeiter und der Völker Geltung verschaffen würde. Es wäre dies in

Wirklichkeit ein Akt der bewußten Überwindung historisch entstandener Widersprüche und Spaltungen.
Eine andere gute Initiative ist ein „Aufruf zur Solidarität mit Polen" der Westberliner „tageszeitung", die angeboten hat, täglich unter der Rubrik „Hilfe für Polen" über Hilfsaktionen zu berichten, Erfahrungen auszutauschen. „Da die Zeit drängt, rufen wir auf, in jeder Stadt Initiativen der solidarischen Hilfe zu gründen." Das sollte auf jeden Fall breit genutzt werden. (Redaktionsanschrift: die tageszeitung, Wattstr. 11–12, 1000 Berlin 65)

Nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter (siehe Bild Seite 1) sollten gerade Gewerkschafter sich an diesen Hilfsaktionen beteiligen. Neben Nahrungsmittelhilfen (Adressenlisten von besonders Bedürftigen lassen sich über das Rote Kreuz oder die Kirchen besorgen) sollten vor allem entsprechend dem Frankfurter Aufruf und in Unterstützung dieser Initiative örtliche Sammlungen eingeleitet und so rasch wie möglich auf das Frankfurter Konto überwiesen werden. Diese Initiative erfolgt in Absprache mit und unterstützt vom Koordinationsausschuß der Komitees „Solidarität mit Solidarność", Postfach 112051, 6000 Frankfurt 1.

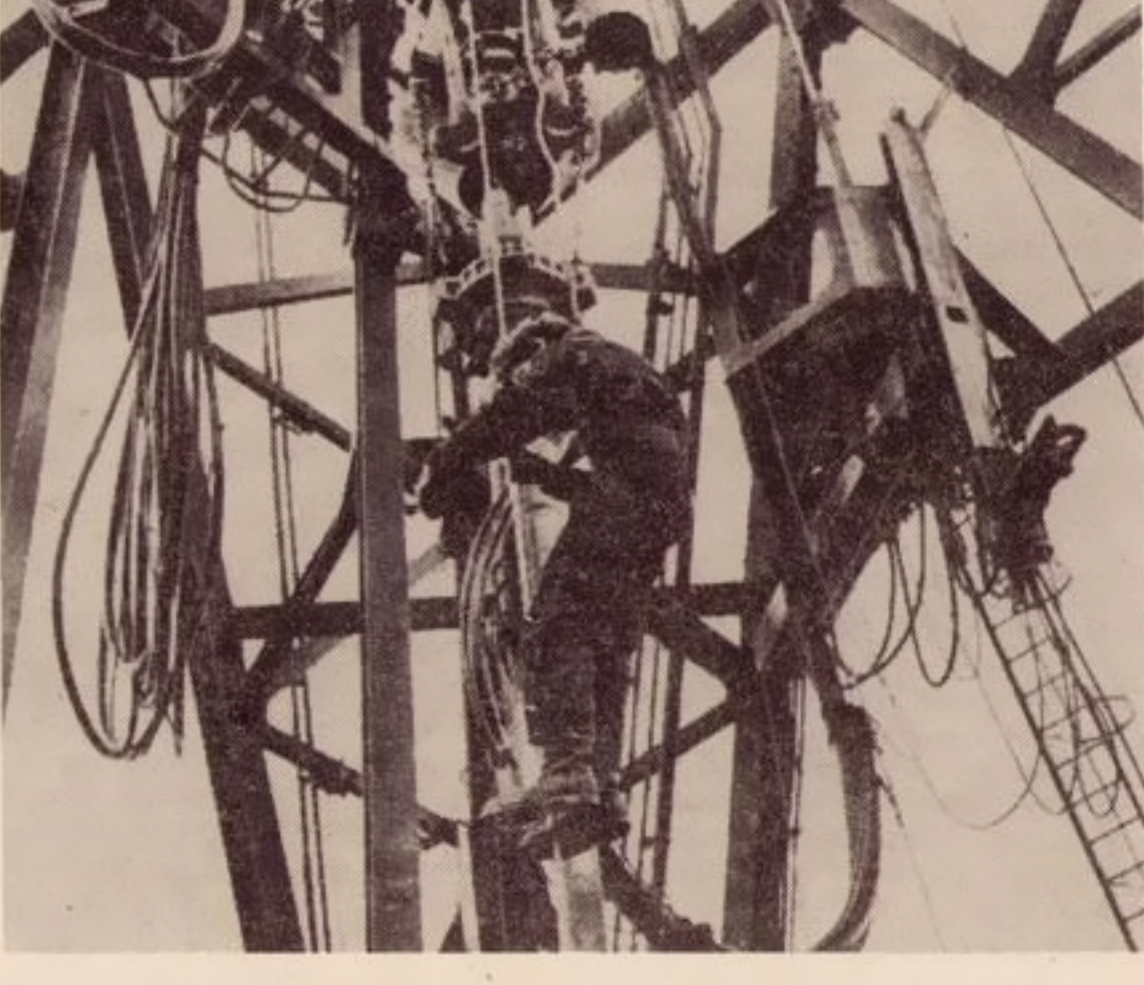
Wilde Streiks auf norwegischen Bohrinseln

ref. Was 44000 Arbeiter an Erdöl aus der Nordsee produzieren, würde nach seinem Geldwert wahrscheinlich reichen, ihnen allen einen ruhigen Lebensabend auf den Bahamas zu sichern. Schenkt man den Berichten der bürgerlichen Presse in Norwegen Glauben, so muß hier für Arbeiter fast das Paradies sein: Spitzenlöhne und jeden Tag Braten auf dem Tisch. Tatsächlich ist ein wahrer Kern daran. Die Spitzenlöhne werden gerade in der Nordsee verdient (fragt sich nur wer und wieviele) und das Essen auf den Plattformen ist (mit Absicht) besonders gut. Bei näherem Hinsehen merkt man aber schnell, daß dieses schöne Bild nur die harten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Nordsee verdecken soll. Gewöhnlich geht es nach dem Rhythmus: zwei Wochen zu Hause, zwei Wochen draußen. Auf der Plattform gibt es dann nur noch schlafen, essen, arbeiten, wobei 12 Stunden Arbeit und 12 Stunden frei den Tag schnell füllen.

Viermal haben im Herbst die Nordsee-Arbeiter die Kapitalisten merken lassen, wer hier die Räder zum Rollen bringt. Angriffsziele des Streiks waren diskriminierende Lohnverhältnisse und die Reallohnsenkungen der letzten Jahre. So wird zum Beispiel unterschieden, ob die Bohrplattform fest auf dem Grund verankert ist oder schwimmt. Die Arbeiter auf den schwimmenden Plattformen werden als Seeleute betrachtet, bezahlen die günstigeren Seemannssteuern und haben einen wesentlich niedrigeren Bruttolohn. So berichten Gewerkschafter z.B. davon, daß ein Plattformchef auf einer schwimmenden Plattform einen Monatslohn von ca. 13000 Kronen (ca. 5000 DM) brutto erhält, während ein Hilfsarbeiter auf einer festen etwa das gleiche bekommen kann. Die Vorteile durch niedrigere Steuern sind so groß im übrigen auch nicht, weil sie bei niedrigeren Bruttolohn weniger Altersrente und weniger Darlehen erhalten.

Das Lohnsystem wird von den Operateurgesellschaften bewußt zur Spaltung der Arbeiter eingesetzt. Der erste Herbststreik auf dem Statfjord wurde zum Beispiel dadurch ausgelöst, daß der Operateur Philipps Petroleum Company den unorganisierten Arbeitern zusätzliche Lohnerhöhungen zahlte, während die organisierten Arbeiter wegen der Entscheidung des staatlichen Lohnschlichters eine Lohnerhöhung von nur 50 DM im Monat hinnehmen mußten. Mit Hilfe der staatlichen Zwangsschlichtung wurde diese Lohnerhöhung außerdem in fast allen Tarifverhandlungen durchgesetzt, so auch bei den Arbeitern auf den schwimmenden Plattformen. Diese hatten Ausgleich für die Reallohnsenkungen der letzten Jahre gefordert, d.h. ca. 300 DM. Die Zeitung „Klassekampen" berichtet anhand von Beispielen, daß der Reallohnverlust für Arbeiter in mittleren und unteren Lohngruppen seit 1978 ca. 10 Prozent beträgt.

Die Arbeiter der schwimmenden Plattformen gingen jetzt wieder in den Streik, als die Tarifverhandlungen für Offiziere, Maschinisten usw. scheiterten. Man muß wissen, daß das Streikrecht in Norwegen äußerst eingeschränkt ist. Wenn der Streik zu großen „Schaden für die Allgemeinheit" verursacht (was bei einem Nordseestreik, bei dem eine Woche Dauer den Ausfall von 650 Mio. Kronen Steuer bedeutet, immer der Fall ist) kann die Regierung Zwangsschlichtung anordnen. Damit ist das Streikrecht zur *Durchsetzung* von Forderungen paralysiert. Alle Herbststreiks in der Nordsee wurden als gesetzwidrig verurteilt, was prinzipiell bedeutet kann, daß die Arbeiter Schadensersatz zahlen müssen.



Mit dem letzten Streik ist aber eine neue Situation entstanden. Nachdem die Regierung Zwangsschlichtung angeordnet hatte, stellten die Arbeiter den Streik nicht ein, sondern weiteten ihn aus. Sie gingen bewußt zu einem „gesetzwidrigen" Schritt über. Nach einer Woche hatten sie einen Erfolg erzielt: die Zusage, daß die Diskriminierungen im Lohnsystem neu verhandelt werden, zusätzliche Lohnerhöhung von 6% ab Januar und, was am wichtigsten ist: Es wird keiner entlassen und kein Schadensersatz von den Streikenden verlangt.

Zwei Konsequenzen dieses Streiks sind wichtig. Zum ersten haben die Nordseearbeiter ihr Streikrecht praktisch durchgesetzt und ein Beispiel für die Kollegen auf dem Festland gegeben. Das Geschrei in der bürgerlichen Presse wegen der „Ansteckungsgefahr" ist groß. Die hohen Nordseelöhne würden die Arbeiter auf dem Festland zu maßlosen Forderungen bewegen usw. Alte Pläne von gesetzlich festgelegten Nordseelöhnen werden wieder aufgewärmt und Schatzminister Willoch verweist dringlich auf die „Gesetzwidrigkeit" des Streiks, was Repressalien ahnen läßt. Das andere Ereignis ist die Herausbildung einer neuen Gewerkschaft. Es gibt bei den Ölarbeitern allein fünf Gewerkschafts*verbände*, die Einzelgewerkschaften zusammenfassen. Die sozialdemokratisch gesteuerten LO-Gewerkschaften waren bisher am größten. Gesetzesloyal hatten sie den Streik nach der Zwangsschlichtung abgeblasen. Diesmal war das Faß übergelaufen. Vertrauensleute und sogar Leitungsmitglieder traten aus und gründeten eine neue Gewerkschaft (ROF), die sich wahrscheinlich dem Gewerkschaftsbund OFS anschließen wird.

Unter Leitung von OFS waren bisher die meisten anderen Aktionen der Nordsee-Arbeiter geführt worden. Bemerkenswert ist, daß diese Gewerkschaft Züge einer Einheitsgewerkschaft trägt nach dem Prinzip: ein Betrieb, eine Gewerkschaft, während LO zum Beispiel die Arbeiter einer Plattform in sieben verschiedenen Gewerkschaften organisiert. Der Zusammenschluß von ROF und OFS bedeutet gleichzeitig Zusammenschluß der Arbeiter auf festen und schwimmenden Bohrplattformen, was natürlich die Einheit der Nordsee-Arbeiter stärkt. Da der Verband OFS das Recht hat, Tarifverhandlungen zu führen, kann man bei der nächsten Tarifrunde gespannt sein. Die ausländischen Operateurgesellschaften sollen dazu gezwungen werden, den Druck der Arbeiter weniger nachzugeben. Dazu wurden sie extra in den norwegischen Arbeitgeberverband aufgenommen. Es fragt sich, ob amerikanisch dort bald Amtssprache ist.

Die Krise der Gewerkschaftsjugend, Folge mangelnder Autonomie und Selbstorganisation?

Die traditionelle Politik der Gewerkschaftsjugend wird kritisiert. Dabei wird auch von den Erfahrungen der Lehrlingsbewegung ausgegangen und die ,,Organisationsfrage'' aufgeworfen. Aber liegen darin zuallererst die Ursachen für die Schwierigkeiten? Wird der Diskussion um politische Alternativen nicht ausgewichen?

Von Michael Ackermann



Die Kontroverse um ,,offene'' oder ,,traditionelle'' Jugendarbeit hat die DGB-Bundesjugendkonferenz – jedenfalls den Schlagworten nach – bestimmt. Hinter den Schlagworten und ihren Exponenten, IG Chemie und IG Metall, befindet sich aber ein entfalteter Diskussionszusammenhang.

Die Vorstellungen der ,,traditionellen'' Jugendarbeit kann man wie folgt fassen: In der kapitalistischen Krise bleibt die Betriebsarbeit entlang des Grundwiderspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital bestimmend. Ausgehend davon muß auch die Kultur- und Freizeitarbeit der Gewerkschaftsjugend definiert werden. Die Gremienarbeit (Jugendvertretung, Jugendvertrauensleute, Ortsjugendausschuß usw.) ist notwendiger Bestandteil der demokratischen Großorganisation der Arbeiterbewegung und Basis der Einheitsgewerkschaft. Die Jugendbildungsarbeit muß leitfadenmäßig organisiert sein, von den Konflikten im Betrieb ausgehen, Klarheit über den Grundwiderspruch schaffen und zur Mobilisierung für die Vertretungsorgane der Gewerkschaften beitragen.

Die konzentrierte Beschreibung entspricht der gängigen Arbeit der letzten acht oder neun Jahre in der Gewerkschaftsjugend, seit dem Ausklang der Lehrlingsbewegung. Nun ist offensichtlich die Arbeit der Gewerkschaftsjugend in einer Krise, mißt man ihre Arbeit an den Ergebnissen zum Beispiel in Fragen der Reform der beruflichen Bildung, der Jugendarbeitslosigkeit, des Jugendarbeitsschutzes – als traditionelle Felder gewerkschaftlicher Politik selber. Gerade auch an diesen Fronten ist wenig erreicht worden, zudem ist die Arbeit der Vertretungsorgane unter politischen und organisatorischen Druck geraten, Kampferfolge auch in den konkreten Betriebskämpfen sind geringer geworden. Von daher muß es zwangsläufig zu einer Überprüfung der ,,traditionellen'' Arbeit kommen.

Die Kritik der ,,traditionellen'' Arbeit hat zum einen die Enthüllung über das Unterdrückungs- und Gängelungsgeschäft von DKP/SDAJ als Ergebnis gehabt, was auch dazu beitrug, gegen solche Machenschaften eher anzukommen. Aber die Kritik ging (trotz der vielfachen Vorwürfe, hier würde nur das Geschäft der Reaktion betrieben) darüber hinaus.

Autonomie statt Stellvertreterpolitik

Zum Zentrum der Kritik entwickelte sich vor allem das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Schon vor Hinrich Oetjen entwickelt 1976 – im Rahmen einer in Auftrag gegebenen Strategiediskussion – Ulrich Mückenberger eine weitgehende Kritik:

,,– In der BRD liegt eine tiefgreifende Krise vor, sie ist nicht nur konjunktureller Art, sie wird sich daher nicht mit dem ,Aufschwung' erledigen;

chen Bildung, der Jugendarbeitslosigkeit, des Jugendarbeitsschutzes – als traditionelle Felder gewerkschaftlicher Politik selber. Gerade auch an diesen Fronten ist wenig erreicht worden, zudem ist die Arbeit der Vertretungsorgane unter politischen und organisatorischen Druck geraten, Kampferfolge auch in den konkreten Betriebskämpfen sind geringer geworden. Von daher muß es zwangsläufig zu einer Überprüfung der ,,traditionellen'' Arbeit kommen.

Die Kritik der ,,traditionellen'' Arbeit hat zum einen die Enthüllung über das Unterdrückungs- und Gängelungsgeschäft von DKP/SDAJ als Ergebnis gehabt, was auch dazu beitrug, gegen solche Machenschaften eher anzukommen. Aber die Kritik ging (trotz der vielfachen Vorwürfe, hier würde nur das Geschäft der Reaktion betrieben) darüber hinaus.

Autonomie statt Stellvertreterpolitik

Zum Zentrum der Kritik entwickelte sich vor allem das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Schon vor Hinrich Oetjen entwickelt 1976 – im Rahmen einer in Auftrag gegebenen Strategiediskussion – Ulrich Mückenberger eine weitgehende Kritik:

,,– In der BRD liegt eine tiefgreifende Krise vor, sie ist nicht nur konjunktureller Art, sie wird sich daher nicht mit dem ,Aufschwung' erledigen;

– die Krise folgt dem von Marx beschriebenen Gesetz vom ,tendenziellen Fall der Profitrate', andere Erklärungen wie ,Ölkrise' greifen zu kurz;

– dementsprechend haben sich die Spielräume für gewerkschaftliche Politik verengt, das erfordert ein Überdenken bisheriger Politik;

– wollen die Gewerkschaften überhaupt noch Interessen durchsetzen, geht das nur mit erheblichen Auseinandersetzungen. Das erfordert, die Mitglieder zu Handlungsträgern zu machen. Von der bloßen ,Stellvertreterpolitik' muß abgegangen werden;

– um die Mitglieder für eine solche Politik zu mobilisieren, müssen ihre Erfahrungen zum Ansatzpunkt genommen werden. Davon ausgehend muß ,strategische Phantasie' für eine ,alternative Rationalität' der Lohnabhängigen gegen die kapitalistische Rationalität der Krisenbereinigung entwickelt werden;

– die geschilderten Inhalte müssen auch in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einfließen.'' (1)

Dieser Ansatz der Kritik – der innerhalb des DGB unter Druck kam von wegen ,,gewerkschaftsfeindlich'' – ließ sich aber nicht aus der Welt schaffen und ist mit der Zeit weiterentwickelt worden – wohin, das soll im weiteren gezeigt werden.

Die Entwicklung der alternativen und Jugendbewegung hat in den Monaten von 1980/81 zu einer weiteren Konzentration der Kritik und der Vorstellung von positiver Arbeit geführt, nämlich dahingehend, daß gerade die Alternativbewegung der Gewerkschaft den Rang ablaufen würde, sich die Jugendlichen lieber dort organisieren und betätigen würden, weil sie dort ihre Selbstverwirklichung unter Druck von Krise, Arbeitslosigkeit und falschen Wertverständnissen der Erwachsenengeneration besser austragen könnten. Insgesamt könne die Gewerkschaftsjugend von der Alternativbewegung nur lernen, müsse die Nähe zu ihr suchen und vor allem die Selbstorganisation in den Mittelpunkt stellen.

Tilmann-Fichter hat dies im Rahmen einer Diskussion in Oberursel und seinen Thesen ,,Gewerkschaften und junge Generation'' folgendermaßen gefaßt: ,,Für die Gewerkschaftsjugend ergibt sich zur Zeit für mich nur eine Aufgabe: die Gewerkschaftsjugend muß von den Erwachsenenorganisationen verlangen, daß sie endlich in ihren eigenen Organisationszusammenhängen, aber auch für die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft minimale demokratische Rechte für autonome Projekte der jungen Generation nicht nur dulden, sondern auch akzeptieren. Das wird man von ihnen nicht kampflos erhalten. Die autonomen Projekte sollen genauso behandelt werden wie die mittelständische Industrie in Oberursel. Mehr kann man im Moment von der Gewerkschaft nicht erwarten – alles andere ist Hokuspokus.'' (2)

Gegenüber diesem Punkt lassen die am Schluß von den Teilnehmern im Protokoll festgehaltenen Thesen die Richtung auch genauer erkennen:

,,1. Die Gewerkschaftsjugend setzte sich, ohne dafür seitens der autonomen Projekte ,geliebt' werden zu müssen, offensiv für die Existenz von selbstverwalteten Jugendprojekten ein und verträte sie – aus demokratischen Erwägungen heraus – gesellschaftspolitisch;

2. Die Gewerkschaftsjugend setzte sich für ein ,Recht auf eine autonome

kritisiert. Dabei wird auch von den Erfahrungen der Lehrlingsbewegung ausgegangen und die ,,Organisationsfrage'' aufgeworfen. Aber liegen darin zuallererst die Ursachen für die Schwierigkeiten? Wird der Diskussion um politische Alternativen nicht ausgewichen?

Von Michael Ackermann



republikanische Gesellschaft minimale demokratische Rechte für autonome Projekte der jungen Generation nicht nur dulden, sondern auch akzeptieren. Das wird man von ihnen nicht kampflos erhalten. Die autonomen Projekte sollen genauso behandelt werden wie die mittelständische Industrie in Oberursel. Mehr kann man im Moment von der Gewerkschaft nicht erwarten – alles andere ist Hokuspokus.'' (2)

Gegenüber diesem Punkt lassen die am Schluß von den Teilnehmern im Protokoll festgehaltenen Thesen die Richtung auch genauer erkennen:

,,1. Die Gewerkschaftsjugend setzte sich, ohne dafür seitens der autonomen Projekte ,geliebt' werden zu müssen, offensiv für die Existenz von selbstverwalteten Jugendprojekten ein und verträte sie – aus demokratischen Erwägungen heraus – gesellschaftspolitisch;

2. Die Gewerkschaftsjugend setzte sich für ein ,Recht auf eine autonome

Jugendkultur' und den Erwerb *eigenständiger* Erfahrungen von Jugendlichen ein und machte damit zugleich den Unterschied zu zahlreichen Jugendpflegeorganisationen (á la Organisation im Bundesjugendring, die nichts anderes täten, als Jugendliche ,einzufangen und zu sozialisieren') deutlich. Die Gewerkschaftsjugend müßte sich als Garant für diese eigenständigen Erfahrungen begreifen lernen und dafür im Betrieb, Stadtviertel, Wald etc. kämpfen;

3. Die Gewerkschaftsjugend hätte sich als ,presseure-group' innerhalb der Gewerkschaften zu verstehen, die über die Forderung von mehr Lohn und der 35-Stunden-Woche hinaus auch die Veränderung des Arbeitsprozesses selbst endlich ins Auge faßt; sie nähme damit eine avantgardistische Rolle ein und könnten den Alten in allen Industriegewerkschaften permanent ,auf den Wecker fallen'.

Ein solches begrenztes Programm bedeutete nicht eine alternative Transformation der Gewerkschaftsarbeit, brächte sie aber einige Schritte nach vorn.'' (3)

Lehrlingsbewegung und ,,Organisationsfrage''

Die Kritik bringt das Problem als Verbindung von Gewerkschafts- und Alternativbewegung als Ausweg aus der Krise der Gewerkschaftsjugend (weitere Ansätze befinden sich dazu auch in dem Heft ,,deutsche jugend'', Oktober 81 ,,Texte zur Bundesjugendkonferenz'') und daraus zu entwickelnder Autonomie. Die Autoren des im November erschienen Buches ,,Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend?'' (4) gehen grundsätzlicher in ihrer Kritik an die Arbeit der Gewerkschaftsjugend heran. Crusius und Wilke – Crusius war in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit tätig, Wilke ist seit 1980 Landesgeschäftsführer der GEW in NRW – stellen gleich zu Beginn ihres Buches die Organisationsfrage und formulieren dabei auch die These, die Lehrlingsbewegung sei die eigentliche Selbstorganisation der Gewerkschaftsjugend gewesen.

,,Es gab drei qualitativ neue Elemente in dieser Bewegung: Erstens war sie eine echte, keine von oben aufgesetzte Bewegung, zweitens realisierte sie in Ansätzen den Anspruch der Gewerkschaften, den Lohnabhängigen in seiner ganzen Existenz anzusprechen und zum Inhalt gewerkschaftlicher Politik zu machen, drittens verband sie direkt Jugendpolitik und Berufsbildungspolitik der Gewerkschaften.'' (5) Daran anschließend konstatieren sie die ,,Bürokratisierung'' dieser positiven Elemente durch den Gewerkschaftsapparat, der Lenkung in friedliche Bahnen und der vereinheitlichten Schulung. Die herausragenden Elemente der Fehlentwicklung in der Gewerkschaftsjugend beschreiben sie wie folgt:

,,– *Ungeklärte und formelhafte Inhaltsbestimmung*: Ungeklärt ist die Aufgabenstellung und damit die konkrete Ausgestaltung von Autonomie und Integration nicht als Verwaltungs-, sondern als Politikproblem. Warum Gewerkschaftsjugend als Personengruppe? Und wenn ja, mit welchen Rechten? ...

– *Forderungs- und Kongreßpolitik*: Politische Aktivität erschöpft sich weitgehend im Basteln von Anträgen und Resolutionen, deren akklamatorische Durchsetzung dann jeweils für Politik gehalten wird ...

Jugendpolitik und Berufsbildungspolitik der Gewerkschaften.'' (5) Daran anschließend konstatieren sie die ,,Bürokratisierung'' dieser positiven Elemente durch den Gewerkschaftsapparat, der Lenkung in friedliche Bahnen und der vereinheitlichten Schulung. Die herausragenden Elemente der Fehlentwicklung in der Gewerkschaftsjugend beschreiben sie wie folgt:

,,– Ungeklärte und formelhafte Inhaltsbestimmung: Ungeklärt ist die Aufgabenstellung und damit die konkrete Ausgestaltung von Autonomie und Integration nicht als Verwaltungs-, sondern als Politikproblem. Warum Gewerkschaftsjugend als Personengruppe? Und wenn ja, mit welchen Rechten? ...

– Forderungs- und Kongreßpolitik: Politische Aktivität erschöpft sich weitgehend im Basteln von Anträgen und Resolutionen, deren akklamatorische Durchsetzung dann jeweils für Politik gehalten wird ...

– *Sprache als Kraftakt*: Die offizielle Sprache in den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend ist starr und leblos, sie lebt von immer wieder aufgelegten Formeln ...

– *Stellvertreterverständnis*: ... Statt etwas durch die Jugendlichen selber entwickeln zu lassen, wird nur das getan, was an der Spitze organisiert werden kann ...

– *Die Beschwörung der ,Gesamtorganisation'*: Dieser Begriff hat fast schon mythologischen Chrakter ...

– *Bildungsarbeit als Politikersatz und als Machtersatz für akademische Hauptamtliche*: ... Bildungsarbeit wird immer stärker von oben organisiert und damit dem Einfluß und den Bedürfnissen der Mitglieder vor Ort entzogen. Sie ist eine Spielwiese für akademische Vordenker geworden.

– *Gremien und Großbetriebe als einzige Arbeitsfelder*: Die angebliche Wende zur Betriebspolitik, konkret zur Großbetriebspolitik, war ein aktiver Akt der Entsolidarisierung für die Mehrheit der Gewerkschaftsjugend ...

– *Informationstabus und Fortschrittslüge*: Typisch ist ein Gerede vom ständig fortschreitenden Kampf, vom Fortschritt, von der sich ständig verbessernden Situation ...'' (S. 31 bis 32)

Aus der Kritik dieser *Erscheinungsformen* der gewerkschaftlichen Arbeit, beginnen Crusius und Wilke sodann eine prinzipielle Kritik der ,,Organisationsfrage'' zu entwickeln. Sie definieren den Widerspruch zwischen dem Bedürfnis des einzelnen, sich zu organisieren, und der ,,Macht und Führerrolle'' der Organisationen. Dabei wird sowohl Bezug genommen auf die ,,neue/alte Linke'' wie auf die ,,etablierten Interessensorganisationen, seien es Parteien oder Gewerkschaften''. Der Widerspruch wird aufgeworfen als zwischen Massen und Führer. Am Beispiel der Gewerkschaften: Für die Gewerkschaftsführung sei die Masse der Mitglieder nur noch Manövriermasse, die es zu lenken gelte. Die Gewerkschaften handelten heute als Institutionen, als Stellvertreter der Arbeitermassen. Die Organisationsfrage müsse erneut aufgeworfen werden, als die Frage der Selbstorganisation der Arbeiter- und Jugend. (S. 60 – 78)

Fehlende Kritik der Inhalte

Die Schwäche an dieser Positionsbestimmung ist, daß sie die *Erscheinungsformen* der heutigen Gewerkschaftspolitik – die ja selber auch schon in der Praxis leichten Veränderungen unterlegen ist, nehmen wir die ,,Neue Beweglichkeit'' – zu den Ursachen erklärt und die Lösung von dieser Seite her sucht. Dies gilt wohl für die gesamte ,,Autonomiediskussion'', wie ich sie mal nenne. Da das eigentliche Problem – woraus entsteht ein Widerspruch zwischen Gewerkschaftsapparat und Mitgliedermassen – beantwortet wird mit ,,sozialdemokratischer Hegemonie'', ,,Bürokratie'' und konservativer Auffassung zum Verhältnis ,,Führung – Masse'', gerät unter der Hand der Inhalt heutiger sozialdemokratischer Politik, die zweifelsohne ja noch *politisch/ideologisch die Hegemonie* besitzt, außen vor, kommt die Kritik dieser Positionen in bezug auf die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, der konkret sich entwickelnden Krise, zu kurz. Daß aus dieser Lage heraus auch nicht anders als über die abstrakte Frage ,,der De-

schaftspolitik – die ja selber auch schon in der Praxis leichten Veränderungen unterlegen ist, nehmen wir die ,,Neue Beweglichkeit'' – zu den Ursachen erklärt und die Lösung von dieser Seite her sucht. Dies gilt wohl für die gesamte ,,Autonomiediskussion'', wie ich sie mal nenne. Da das eigentliche Problem – woraus entsteht ein Widerspruch zwischen Gewerkschaftsapparat und Mitgliedermassen – beantwortet wird mit ,,sozialdemokratischer Hegemonie'', ,,Bürokratie'' und konservativer Auffassung zum Verhältnis ,,Führung – Masse'', gerät unter der Hand der Inhalt heutiger sozialdemokratischer Politik, die zweifelsohne ja noch politisch/ideologisch die Hegemonie besitzt, außen vor, kommt die Kritik dieser Positionen in bezug auf die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, der konkret sich entwickelnden Krise, zu kurz. Daß aus dieser Lage heraus auch nicht anders als über die abstrakte Frage ,,der De-

mokratie'' reagiert wird, liegt in der Sache selber. Es kommt dann auch zu recht fragwürdigen Anschauungen: ,,Beschlüsse von Gewerkschaftskongressen haben nur noch empfehlenden Charkater (ihre Kraft sollte ohnehin das Argumentieren sein und nicht das Resultat eines innergewerkschaftlichen Machtgerangels).'' (6) So wird aus der ,,Basisdemokratie'' in falsch verstandener Weise doch eigentlich der Willkür das Wort geredet und eine handelnde Gewerkschaftsorganisation auf den Kopf gestellt. Es wird die *Mehrheitsbildung* (die einfach mit Machtgerangel gleichgesetzt wird) im politischen Meinungskampf, in Kritik der Verhältnisse und Auffassungen, umgangen.

Gegen eine falsche Widersprüchlichkeit

Es kann in der Auseinandersetzung *nicht* darum gehen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht die Nähe zur Alternativ- und Jugendbewegung suchen muß, daß sie in ihrer Arbeit nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen muß. Die Frage ist nur, wie. Durch schlichte Anlehnung an diese, oder durch Aufklärung dieser Entwicklung, durch Aufnahme der positiven Elemente, ohne die Kritik dessen zu vergessen, worin die Alternativbewegung selber in den kapitalistischen Verhältnissen verfangen bleibt.

Die Anschauung auch, die Lehrlingsbewegung sei die *wahre* Form der Selbstorganisation gewesen, ist trügerisch. Die Lehrlingsbewegung ist nicht einfach durch die Gewerkschaftsbürokratie entschärft und ihrer Kampfkraft beraubt worden. Sie ist wesentlich zerbrochen, oder besser zu einem großen Teil in die Reformbemühungen der Sozialdemokratie in Sachen beruflicher Bildung, Jugendarbeitsschutz usw. aufgegangen. Die Verbesserung und Reformierbarkeit des Kapitalismus war eine der Hoffnungen dieser Bewegung. Die radikalsten Elemente dieser Bewegung brachten natürlich positive Unruhe und Perspektiven in die Gewerkschaftsjugend, ja in die Gewerkschaft überhaupt. Aber Unerfahrenheit und mangelnde Fähigkeit der umfassenden Kritik von Reformismus und Entwicklung des Kapitalismus waren die *Basis*, auf der Teile der ,,Gewerkschaftbürokratie'' tatsächlich zu den sattsam bekannten Maßnahmen griffen. Umgekehrt ist die Sichtweise falsch und mündet in eine abstrakte ,,Autonomiediskussion''.

Natürlich muß die Frage, wie autonom kann die Gewerkschaftsjugend als politische Jugendorganisation handeln, aufgeworfen werden und müssen Zwangskorsette gelöst werden. Dies gilt für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Wesentliches Element dabei ist aber die Entfaltung der Kritik der politischen Strategie und der daraus folgenden Praxis der Arbeiterbewegung. In dieser Hinsicht muß ,,Autonomie'' weitestgehend auch erkämpft werden. Aber selbst Vetter hat in seinem Referat auf der Jugendkonferenz zu erkennen gegeben, daß man in diese Richtung wolle. Ihn beim Wort nehmen heißt aber, wesentlich die Kritik der herrschenden Praxis auf der Basis der Analyse der Wirklichkeit zu vollziehen. Das ist weitergehend als *die* ,,Organisationsfrage'' zu stellen.

Ein positives Beispiel dafür, das Crusius und Wilke selbst geliefert haben: In ihrem Buch analysieren sie

Natürlich muß die Frage, wie autonom kann die Gewerkschaftsjugend als politische Jugendorganisation handeln, aufgeworfen werden und müssen Zwangskorsette gelöst werden. Dies gilt für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Wesentliches Element dabei ist aber die Entfaltung der Kritik der politischen Strategie und der daraus folgenden Praxis der Arbeiterbewegung. In dieser Hinsicht muß ,,Autonomie'' weitestgehend auch erkämpft werden. Aber selbst Vetter hat in seinem Referat auf der Jugendkonferenz zu erkennen gegeben, daß man in diese Richtung wolle. Ihn beim Wort nehmen heißt aber, wesentlich die Kritik der herrschenden Praxis auf der Basis der Analyse der Wirklichkeit zu vollziehen. Das ist weitergehend als die ,,Organisationsfrage'' zu stellen.

Ein positives Beispiel dafür, das Crusius und Wilke selbst geliefert haben: In ihrem Buch analysieren sie

weitgehend die Politik des DGB nach 1945 und vor allem seit den 60er Jahren in bezug auf die Berufsbildung, als einen deutlichen Krisenpunkt. Kritisiert wird an der Berufsbildungspolitik, daß sie völlig unfähig gewesen sei, eine Verbindung zwischen Forderungen an den bürgerlichen Staat und praktischer Austragung von Konflikten am Ort/Kommune in Form von Kontrolle durch die Gewerkschaften, Zusammenarbeit zwischen den Einzelgewerkschaften, DGB und vor allem auch GEW, herzustellen. Die GEW werde nur genutzt als Formulierer von Bildungspolitik, nicht aber als Basis, um über die Lehrer auch praktisch die Gewerkschaften in allen Schulbereichen in die Offensive zu bringen. In der Praxis zuzuschlagen, in den Kämpfen konkrete Umwälzungen zu erreichen und diese auch für die Ausbildung der Forderungen zu nutzen. Die Stärken der Analyse von Crusius und Wilke liegen an solchen Punkten. So wird die Kritik der gewerkschaftlichen Arbeit – weil an politischen Fronten entwickelt – theoretisch aufklärbar, praktisch anwendbar. Die bekannten ,,Graben- und Machtkämpfe'' lassen sich dann auch enthüllen.

---

(1) aus: ,,Moderne Zeiten – alte Rezepte'', Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, S. 163
(2) ,,Gewerkschaftsjugend und Alternativbewegung'', Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend, November 1980, S. 132
(3) ebenda, S. 144/145
(4) R. Crusius, M. Wilke, Fischer 4235, 9,80 DM
(5) ebenda, S. 23
(6) ,,deutsche jugend'', Oktober 1981, Vorschläge für eine veränderte Jugendarbeit im DGB, S. 461

3. Sozialistische Konferenz



sgü.Aachen. Von Freitag, 27.11., bis Sonntag, 29.11., fand in Bochum die 3. und in dieser Form letzte Sozialistische Konferenz statt. Thema war: Kriegsgefahr und Friedenspolitik.

Geringere Beteiligung

Die Beteiligung war insgesamt – sowohl zahlenmäßig als auch vom politischen Spektrum her – schwächer als beim letzten Mal in Marburg. Bei der Eröffnungsveranstaltung waren 600 anwesend, in den 9 Arbeitsgruppen arbeiteten 500 mit und am Abschlußplenum nahmen Sonntag morgen nur noch 200 Leute teil. Die Referenten der SPD-Linken fehlten. Sie hatten zwar individuelle Entschuldigungen, es existiert jedoch ein Auftrittsverbot für sie zum Thema Friedenspolitik bis zum Münchener Parteitag. Rudolf Bahro und Petra Kelly von den Grünen waren auch nicht da, obwohl angekündigt. Bahro zog die Teilnahme am Treffen der Baghwan-Jünger in Berlin vor. Offensichtlich kein Interesse an Auseinandersetzung in dieser Form haben die GIM, KPD und KABD. Beteiligt bzw. auf dem Kongreß aufgetreten sind Mitglieder von KB, DKP, Gruppe Z, Grüne, SOST, SB, KBW und Redakteure von Moderne Zeiten, Wechselwirkung, Revier, Argument und Prokla. Darüberhinaus nahmen etliche unorganisierte Genossen wie z.B. Wolfgang Harich und einige örtliche Gruppen teil.

Zum Verlauf

Der Verlauf war gekennzeichnet von einem Hauptauseinandersetzungspunkt, der sich von der Eröffnungsveranstaltung durch viele Arbeitsgruppen zog: Die Einschätzung der Sowjetunion. Insgesamt fiel auf, daß einige Referenten schlecht vorbereitet waren, kaum neue Argumente fielen und oft nur die bekannten Standpunkte gegenübergestellt wurden. Dabei spielten die Thesen aus dem Materialband zur Vorbereitung in der Diskussion kaum eine Rolle – man hätte sich ebenso nicht vorbereiten brauchen. Zwar waren morgens fünf und nachmittags vier Arbeitsgruppen angeboten, jeweils 200 Teilnehmer (rund die Hälfte) beteiligten sich allein an der AG „Sowjetunion: Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst?" morgens und an der AG „Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit?" nachmittags. Vollständig unerquicklich war die Auseinandersetzung mit der DKP. Sie wollte wohl nur „Gesprächsbereitschaft" demonstrieren, stellte sich ansonsten ziemlich plump und platt als Verteidiger der Sowjetunion dar und hielt alle über die Kritik der US-Mittelstreckenraketen hinausgehenden Diskussionen für nebensächlich, vom Hauptkettenglied ablenkend oder gar schädlich.

Die Vertreter der Sozialistischen Studiengruppen (SOST, Herausgeber der Zeitschrift Sozialismus) lagen meist neben dem Diskussionsthema, weil sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Verbindung mit dem Kampf für eine sozialistische Wirtschaftspolitik forderten. Ansonsten erklärten sie die Kriegsgefahr ausschließlich aus der Krise des Imperialismus und verurteilten die These von zwei aggressiven Supermächten. Der Einfluß der heute noch sozialistischen Sowjetunion sei in den 50er Jahren auf dem Höhepunkt gewesen und nicht heute.

Die Vertreter des KB sprachen von der „Modeerscheinung", dem „Kuriosum", daß die Friedensbewegung das Militärpotential in Ost und West gleichsetze und einer zweiten „Modeerscheinung", daß die BRD kein Interesse daran hätte, in diesem Krieg vernichtet zu werden. Die erste Modeparole lehnten sie grundsätzlich ab und erklärten sie aus einem tiefverwurzelten Antikommunismus und Antisowjetismus. Ihr Schluß daraus: Einseitige Abrüstungspolitik, Kampf gegen die NATO, Kampf gegen die Lüge der Bedrohung aus dem Osten, Unterstützung des Krefelder Appells und Ablehnung des Russell-Aufrufs. Sie weigerten sich grundsätzlich, Alternativen zur herrschenden NATO- und Bundeswehrdoktrin aufzustellen und unterstützen heute die Pazifisten, wobei der KB nicht grundsätzlich für Gewaltfreiheit eintritt. Insofern leisteten auch sie bei der Diskussion um politische Alternativen wie Neutralität oder Blockfreiheit und erst recht um Alternativen zur NATO wie alternative militärische Verteidigung oder soziale Verteidigung keinen positiven Beitrag.

Interessant war dagegen die Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Gruppe Z und der ehemaligen Komitees für Demokratie und Sozialismus (jetzt beide Initiative Sozialistische Politik und Mitherausgeber der Modernen Zeiten). Vor allem Ralf Fücks (Ex-Komitees) vertrat die These, daß die Sowjetunion militärisch expansiv sei und ihre Politik mit imperialen Mitteln austrage. Dies nicht erst seit neuestem, sondern schon seit dem Hitler-Stalin-Pakt mit faktischer Aufteilung Polens. Als innere Ursache sah er eine stagnierende Gesellschaft des bürokratischen Staatssozialismus. Daraus folgerte er für die Friedensbewegung eine Unterstützung der Russell-Initiative, die auch einseitige Abrüstungsmaßnahmen im eigenen Land fordert, aber beide Supermächte angreift; Ausnutzung des Widerstandes gegen die NATO-Politik im bürgerlichen Lager (Bastian, Mechtersheimer u.a.); sich zu richten an DGB und SPD, weil es ohne sie nicht geht; Bildung einer europäischen Friedensbewegung für Blockfreiheit, Neutralität und gegen die Supermächte; Erarbeitung von Konzepten alternativer, defensiver Verteidigung, die es gegen die Herrschenden durchzusetzen gilt; Zusammenführung der sozialen, ökologischen und Friedensbewegung.

Vertreter der Gruppe Z hielten vor allem dagegen, daß man – bei aller Kritik an den Zuständen im sogenannten realen Sozialismus – nicht von einer Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion ausgehen könnte. Anders sei das mit Afghanistan, Eritrea usw. Aber Weltkriegsgefahr sei die Sowjetunion nicht, sondern nur die USA mit der NATO. Das erfordert natürlich ein anderes Konzept, wobei nicht der Kampf gegen beide Supermächte, sondern gegen den US-Imperialismus im Vordergrund steht. Dieser Schlußfolgerung stimmten dann DKP bis KB zu.

„Realistische Friedenspolitik"

Wolfgang Harich (DDR-Bürger) und Willfried Maier (Ex-Komitees, jetzt Grüne und Moderne Zeiten) trugen in verschiedenen Arbeitsgruppen interessante Begründungen vor. Harich, obwohl ausgehend von der Sowjetunion als Friedensmacht, hielt eine Politik in Richtung Neutralität beider deutscher Staaten in Verbindung mit alternativer, defensiver Verteidigung für ein Friedenskonzept der Sozialisten, mit dem man endlich aus dem „Pazifistenghetto" ausbrechen könnte.

Der Grund: Man könne auch viele Menschen gegen die NATO gewinnen, die sich von der Sowjetunion bedroht fühlten, statt sie an der Seite der herrschenden Politik zu belassen. Nur so könnten sich „die Sozialisten als Verfechter einer realistischen Friedenspolitik bewähren" und an die Spitze der Bewegung treten. Eine ähnliche Argumentation bei W. Maier. Er begründete seine Forderung nach Blockfreiheit diesmal nicht aus der objektiven Lage, sondern aus der subjektiven Meinung großer Massen in der Bundesrepublik. Emnid-Umfragen hätten gezeigt, daß über 50% der Befragten die Friedensbewegung unterstützten, aber sehr viel weniger gegen die NATO-Nachrüstung seien. Er folgerte daraus, daß viele für Frieden sind, sich aber von der Sowjetunion bedroht fühlen und kein anderes Gegengewicht als die NATO sehen. Ohne diese Menschen einzubeziehen, würde man nie den Doppelbeschluß zu Fall bringen. Deswegen sei die Perspektive blockunabhängige Politik schon heute notwendig und mache die Friedensbewegung erst mehrheitsfähig.

Ein inhaltliches, festhaltbares Ergebnis hat die Sozialistische Konferenz nicht gehabt, weswegen es auch keine Abschlußerklärung gab.

Wie weiter mit der SK?

Diese Frage stellte sich auf dem Abschlußplenum. Es wurde vertreten, daß man die Sozialistische Konferenz in Form von Kongressen mit dem Anspruch des Massencharakters nicht weiterführen will. Ursprünglich hatte R. Bahro die Sozialistische Konferenz mit dem Aufruf an DKP und KBW verknüpft, sich aufzulösen, und es bestand wohl die Hoffnung, irgendwann einmal in eine linkssozialistische Partei zu münden. Dieser Anspruch ist gescheitert. Immerhin aber ist über die Sozialistischen Konferenzen die Linke untereinander diskussionsfähig geworden, was nicht viel, aber doch ein Fortschritt ist. Das Projekt der Zeitschrift „Moderne Zeiten", verknüpft mit der „Initiative Sozialistische Politik" als Trägerverein dieser Zeitschrift, ist ein positives Abfallprodukt der SKs. Ansonsten sind wenige inhaltliche oder organisatorische Anstöße von diesem Projekt ausgegangen. Konkrete Kritik wurde vorgebracht: die SK sei unproduktiver Schlagabtausch gewesen, zu große und zeitlich zu knapp bemessene Arbeitsgruppen, keine Beziehung auf den Reader als gemeinsame Diskussionsgrundlage, mangelnde inhaltliche Diskussionsbereitschaft vor allem der DKP. Da die Diskussionsbereitschaft nach wie vor vorhanden ist, soll neben der Herausgabe des letzten Rundbriefs noch ein Treffen am 30. Januar in Hannover, Pablo-Neruda-Haus (SOAK), 10 Uhr stattfinden, um die weitere Zusammenarbeit zu besprechen. In der Diskussion kristallisierte sich heraus, daß man Arbeitskonferenzen bzw. theoretische Seminare durchführen will.

Der KBW hat sich an der ersten Sozialistischen Konferenz nicht beteiligt, wobei ein Grund sicherlich die sich damals entwickelnde Spaltung war. An der zweiten und stärker jetzt an der dritten waren einige Teilnehmer aus unseren Reihen anwesend. In der Vorbereitung haben wir uns nur an wenigen Orten beteiligt.

Für die Zukunft der Zusammenarbeit der sozialistischen und kommunistischen Kräfte sollen die beteiligten Gruppen Vorschläge zum 30.1.82 machen. Einerseits sind Veranstaltungen auf Ortsebene (etwa gemeinsame Podiumsdiskussionen) denkbar. Sie werden bereits durchgeführt. Andererseits gemeinsame Arbeitsseminare, die sich auf zu lösende Aufgaben beziehen sollten. Beispiele dafür gibt es viele: Sozialistische Wirtschaftspolitik, Sozialistische Antwort auf ökologische Herausforderungen, gemeinsame positive Aussagen zum Herankommen und zum Aufbau des Sozialismus usw. Wir sollten dazu jedenfalls Vorschläge unterbreiten.

einem Hauptauseinandersetzungspunkt, der sich von der Eröffnungsveranstaltung durch viele Arbeitsgruppen zog: Die Einschätzung der Sowjetunion. Insgesamt fiel auf, daß einige Referenten schlecht vorbereitet waren, kaum neue Argumente fielen und oft nur die bekannten Standpunkte gegenübergestellt wurden. Dabei spielten die Thesen aus dem Materialband zur Vorbereitung in der Diskussion kaum eine Rolle – man hätte sich ebenso nicht vorbereiten brauchen. Zwar waren morgens fünf und nachmittags vier Arbeitsgruppen angeboten, jeweils 200 Teilnehmer (rund die Hälfte) beteiligten sich allein an der AG „Sowjetunion: Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst?" morgens und an der AG „Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit?" nachmittags. Vollständig unerquicklich war die Auseinandersetzung mit der DKP. Sie wollte wohl nur „Gesprächsbereitschaft" demonstrieren, stellte sich ansonsten ziemlich plump und platt als Verteidiger der Sowjetunion dar und hielt alle über die Kritik der US-Mittelstreckenraketen hinausgehenden Diskussionen für nebensächlich, vom Hauptkettenglied ablenkend oder gar schädlich.

Die Vertreter der Sozialistischen Studiengruppen (SOST, Herausgeber der Zeitschrift Sozialismus) lagen meist neben dem Diskussionsthema, weil sie bei

Gruppen aus der Friedensbewegung planen einen Kongreß

Eine Woche nach der Bonner Demonstration vom 10.10. trafen sich in Göttingen auf Einladung des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie ca. 20 Gruppen aus der Friedensbewegung aus dem gesamten Bundesgebiet. Die meisten von ihnen hatten bereits einen „Alternativen Aufruf" zur Bonner Demonstration unterstützt. Beschlossen wurde, für Januar oder Februar 1982 zu einem „bundesweiten Kongreß aller Basis-Friedensinitiativen" aufzurufen. Die Bremer Initiative „Krieg dem Krieg" und die „Osnabrücker Friedensinitiative" haben die organisatorische Vorbereitung übernommen. Die „Osnabrücker Friedensinitiative"

tionellen Friedensorganisationen in der Öffentlichkeit das Geschehen dominierten, tatsächlich aber nicht die gesamte neue Friedensbewegung repräsentierten. Mit ihrem vorsichtigen Taktieren (z.B. die Verhindern der Rede des Vertreter der Befreiungsbewegungen, Toni Sedat), ihre Weigerung, alternative Protestformen zuzulassen (z.B. Sitzstreik vor der Hardthöhe) und ihre ängstliche Distanzierung von anderen Widerstandsaktionen (z.B. Besetzung der Startbahn West/Frankfurt) haben sie Mißtrauen gesät und die Friedensbewegung geschwächt.

Noch gefährlicher sind Bestrebungen der Bonner Parteien, die Friedens-

der tödlichen Abschreckungs- und Blocklogik der Regierenden, Unabhängigkeit von etablierten Parteien und Organisationen, Selbstbestimmung über unser Sicherheitsbedürfnis, über unsere Kampf- und Widerstandsformen sind entscheidende Charakteristika unserer Bewegung. Die Aufkündigung der Loyalität bedeutet für uns eine grundlegende Umorientierung im Denken und Handeln. Wir sind damit nicht gegen die bestehenden Friedensorganisationen, sondern für eine neue Qualität der Zusammenarbeit und die Stärkung unseres gemeinsamen Widerstandes.

Der Kongreß als erster Schritt

Aus der Erkenntnis und Sorge, daß ohne eine starke autonome und basisorientierte Friedensbewegung der Widerstand von Millionen gegen die geplante NATO-„Nach"rüstung und gegen die steigende Kriegsgefahr an den Schranken der traditionellen Organisation der Friedensbewegung und an der Übermacht der etablierten Parteien, Institutionen und Massenmedien scheitern könnte, haben 30 Friedensinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet nach dreimaligen Treffen beschlossen, mit dem Kongreß einen ersten Schritt auf diesem Weg einzuleiten. Der Kon-

Mechtersheimer u.a.); sich zu richten an DGB und SPD, weil es ohne sie nicht geht; Bildung einer europäischen Friedensbewegung für Blockfreiheit, Neutralität und gegen die Supermächte; Erarbeitung von Konzepten alternativer, defensiver Verteidigung, die es gegen die Herrschenden durchzusetzen gilt; Zusammenführung der sozialen, ökologischen und Friedensbewegung.

Vertreter der Gruppe Z hielten vor

wohl ausgehend von der Sowjetunion als Friedensmacht, hielt eine Politik in Richtung Neutralität beider deutscher Staaten in Verbindung mit alternativer, defensiver Verteidigung für ein Friedenskonzept der Sozialisten, mit dem man endlich aus dem „Pazifistenghetto" ausbrechen könnte.

Der Grund: Man könne auch viele Menschen gegen die NATO gewinnen, die sich von der Sowjetunion bedroht

verknüpft, sich aufzulösen, und es bestand wohl die Hoffnung, irgendwann einmal in eine linkssozialistische Partei zu münden. Dieser Anspruch ist gescheitert. Immerhin aber ist über die Sozialistischen Konferenzen die Linke untereinander diskussionsfähig geworden, was nicht viel, aber doch ein Fortschritt ist. Das Projekt der Zeitschrift „Moderne Zeiten", verknüpft mit der „Initiative Sozialistische Politik" als

bereits durchgeführt. Andererseits gemeinsame Arbeitsseminare, die sich auf zu lösende Aufgaben beziehen sollten. Beispiele dafür gibt es viele: Sozialistische Wirtschaftspolitik, Sozialistische Antwort auf ökologische Herausforderungen, gemeinsame positive Aussagen zum Herankommen und zum Aufbau des Sozialismus usw. Wir sollten dazu jedenfalls Vorschläge unterbreiten.

Gruppen aus der Friedensbewegung planen einen Kongreß

Eine Woche nach der Bonner Demonstration vom 10.10. trafen sich in Göttingen auf Einladung des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie ca. 20 Gruppen aus der Friedensbewegung aus dem gesamten Bundesgebiet. Die meisten von ihnen hatten bereits einen „Alternativen Aufruf" zur Bonner Demonstration unterstützt. Beschlossen wurde, für Januar oder Februar 1982 zu einem „bundesweiten Kongreß aller Basis-Friedensinitiativen" aufzurufen. Die Bremer Initiative „Krieg dem Krieg" und die „Osnabrücker Friedensinitiative" haben die organisatorische Vorbereitung übernommen. Die „Osnabrücker Friedensinitiative" war beauftragt, den Entwurf eines Aufrufs zu erstellen. Wir dokumentieren im Folgenden diesen Vorschlag, der auf einem neuen Treffen am 5. Dezember in Göttingen beraten werden soll.

AUFRUF
zum ersten bundesweiten Kongreß aller autonomen Friedensinitiativen Anfang 1982 in Osnabrück

Die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik steht uns ins Haus. Die neue Phase des Wettrüstens wird die Gefahr eines atomaren Krieges entscheidend vergrößern. Die etablierten Bonner Parteien haben versagt, glaubwürdig und aktiv für eine Politik der Abrüstung und Kriegsvermeidung einzutreten. Die Realität des atomaren Vernichtungspotentials und des Wettrüstens spricht für sich. Gegen diesen Wahnsinn haben sich die Menschen aufgelehnt. Die Bonner Demonstration war ein wichtiger Schritt in der ersten Phase des Widerstandes. Jetzt kommt es darauf an, diesen Widerstand auf eine neue Stufe zu heben.

Eine autonome Friedensbewegung ist unerläßlich

Die neue Friedensbewegung ist zu einem bedeutenden Träger des Widerstandes gegen die herrschende Politik der Aufrüstung in der Bundespublik Deutschland geworden. Die Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Bonner Demonstration haben aber gezeigt, daß zwar die traditionellen Friedensorganisationen in der Öffentlichkeit das Geschehen dominierten, tatsächlich aber nicht die gesamte neue Friedensbewegung repräsentierten. Mit ihrem vorsichtigen Taktieren (z.B. die Verhindern der Rede des Vertreter der Befreiungsbewegungen, Toni Sedat), ihre Weigerung, alternative Protestformen zuzulassen (z.B. Sitzstreik vor der Hardthöhe) und ihre ängstliche Distanzierung von anderen Widerstandsaktionen (z.B. Besetzung der Startbahn West/Frankfurt) haben sie Mißtrauen gesät und die Friedensbewegung geschwächt.

Noch gefährlicher sind Bestrebungen der Bonner Parteien, die Friedensbewegung parteipolitisch zu instrumentalisieren. Eine wie auch immer geartete Integration in die SPD ist für die Friedensbewegung tödlich, wird sie gespalten und zur Resignation vieler Menschen führen.

Deshalb muß die neue Friedensbewegung durch die Schaffung einer eigenen Infrastruktur und durch Kooperation jenen politischen Ausdruck finden, der ihrer wirklichen Stärke entspricht. Nur so kann der neuen Friedensbewegung Stabilität und Dauer verliehen werden. Nur so kann auch gewährleistet werden, daß der entschlossene Kampf aller Menschen gegen die Aufrüstung in der Bundesrepublik und das Wettrüsten in Ost und West ungeachtet der Interessen der etablierten Parteien und Organisationen entscheidende Siege erringt.

Unsere Gemeinsamkeiten

– Wir haben begriffen, daß die herrschende „Sicherheitspolitik" den Frieden nicht sicherer, sondern unsicherer macht; daß die Abschreckungs-, Gleichgewichts- und Blocklogik das Wettrüsten nicht verhindert, sondern die treibende Kraft desselben ist.

– Wir fangen an zu begreifen, wie sehr die herrschende „Sicherheitspolitik" die Menschen entmündigt und in den sogen. Verteidigungszenarien zu kollektiven Geiselopfern mit Megatoten macht. Auf diese Herausforderung reagieren wir mit unserer *autonomen und basisorientierten* Friedensbewegung. In unserer Bewegung meldet sich die Bevölkerung selbst zu Wort. Aufklärung, Abschütteln der Ohnmacht, Aufkündigung der Loyalität gegenüber der tödlichen Abschreckungs- und Blocklogik der Regierenden, Unabhängigkeit von etablierten Parteien und Organisationen, Selbstbestimmung über unser Sicherheitsbedürfnis, über unsere Kampf- und Widerstandsformen sind entscheidende Charakteristika unserer Bewegung. Die Aufkündigung der Loyalität bedeutet für uns eine grundlegende Umorientierung im Denken und Handeln. Wir sind damit nicht gegen die bestehenden Friedensorganisationen, sondern für eine neue Qualität der Zusammenarbeit und die Stärkung unseres gemeinsamen Widerstandes.

– Appelle an Regierungen können zwar einen mobilisierenden Effekt haben, stehen aber in der Gefahr, das Volk in seiner Unmündigkeit zu belassen. Deshalb sind unsere Adressaten in erster Linie die betroffene Bevölkerung und nicht die Regierungen. Wir setzen unser Vertrauen nicht mehr auf Regierungsverträge, die von Abrüstung und Entspannung reden und Aufrüstung und Unsicherheit bewirken. Die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik kann nur durch die betroffene und bedrohte Bevölkerung selbst verhindert werden.

– Aufkündigung der Blocklogik und Kampfansage gegen die Rüstungspolitik der Industrieländer bedeutet für uns die uneingeschränkte Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und Völkern der Dritten Welt, die nach Frieden, Gerechtigkeit und nationaler Emanzipation streben.

Aufgaben der Friedensbewegung

Die neue Friedensbewegung sieht sich mit vielen offenen Fragen konfrontiert. Ursachen für die wachsende Kriegsgefahr, Einschätzung der Supermächte, alternative Verteidigungs- und Friedenskonzepte, Kriterien einer Bündnispolitik der Friedensbewegung. Diese und andere wichtige Fragen müssen offen, kontrovers, aber solidarisch, diskutiert werden. Einigkeit besteht darin, daß als erster Schritt die Durchführung des NATO-„Nach"rüstungsbeschlusses verhindert werden muß. Es gilt also, geeignete Formen des Widerstandes, der Aktionen und Kampagnen zu finden und diese Aufgaben gemeinsam durchzuführen.

Der Kongreß als erster Schritt

Aus der Erkenntnis und Sorge, daß ohne eine starke autonome und basisorientierte Friedensbewegung der Widerstand von Millionen gegen die geplante NATO-„Nach"rüstung und gegen die steigende Kriegsgefahr an den Schranken der traditionellen Organisation der Friedensbewegung und an der Übermacht der etablierten Parteien, Institutionen und Massenmedien scheitern könnte, haben 30 Friedensinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet nach dreimaligen Treffen beschlossen, mit dem Kongreß einen ersten Schritt auf diesem Weg einzuleiten. Der Kongreß soll gewährleisten, daß *a) über aktuelle Fragen unserer Bewegung diskutiert wird; b) dringend notwendig gewordene gemeinsame Aktionen und Kampagnen diskutiert und beschlossen werden und c) erste organisatorische Maßnahmen zur ständigen Kooperation und Koordination des gemeinsamen Widerstandes aller Friedensinitiativen ergriffen werden.* Die endgültige Form und Gestaltung der Koordination unseres Widerstandes kann selbstverständlich nur aus gemeinsamer Erfahrung, Diskussion und Praxis hervorgehen.

Wir rufen alle Menschen, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, der politischen Orientierung und religiösen Weltanschauung, die die Kriegsgefahr ernstnehmen und die Stärkung der autonomen Friedensbewegung mit den oben erläuterten Merkmalen für wichtig erachten, dazu auf, neue Friedensinitiativen zu gründen bzw. die bestehenden tatkräftig zu unterstützen.

Diskutiert diesen Aufruf in Euren Gruppen und unterstützt ihn. Beteiligt Euch an der Vorbereitung des ersten Kongresses der autonomen Friedensinitiativen, schickt Vorschläge und meldet Euch an.

Nächstes Vorbereitungstreffen am 5.12.1981 um 13.00 Uhr in der ESG Göttingen.

Das Kongreß-Vorbereitungskomitee

Kontaktadresse:
Gabi Nickstadt · Dielinger Str. 43 · 4500 Osnabrück · Tel. (0541) 28426

Spendenkonto:
Friedenskongreß · 3207255 · Stadtsparkasse Osnabrück
(Spenden dringend notwendig!)
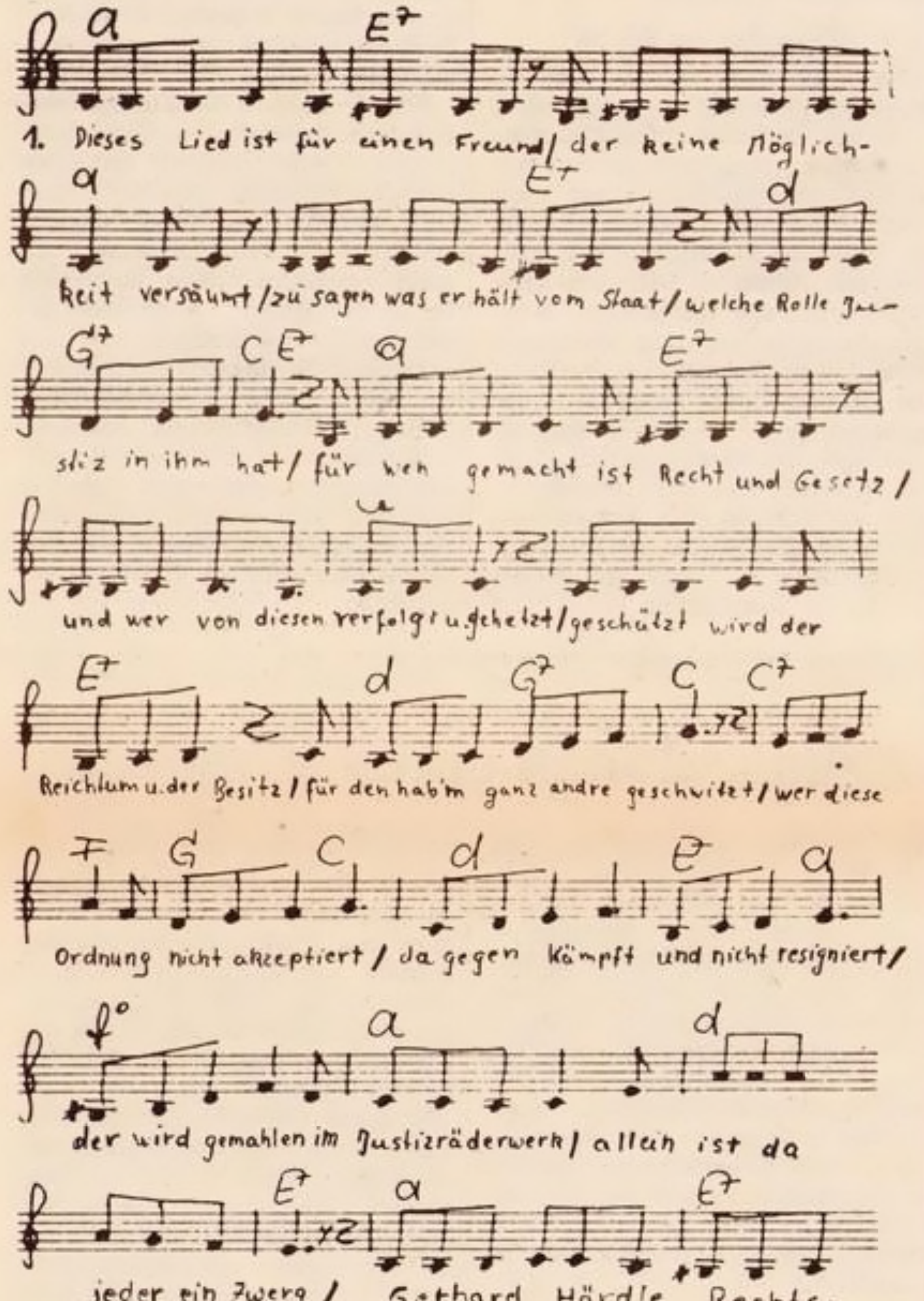
„Dieses Lied ist für Gerhard H., der bei den Richtern sehr unbeliebt war ...“
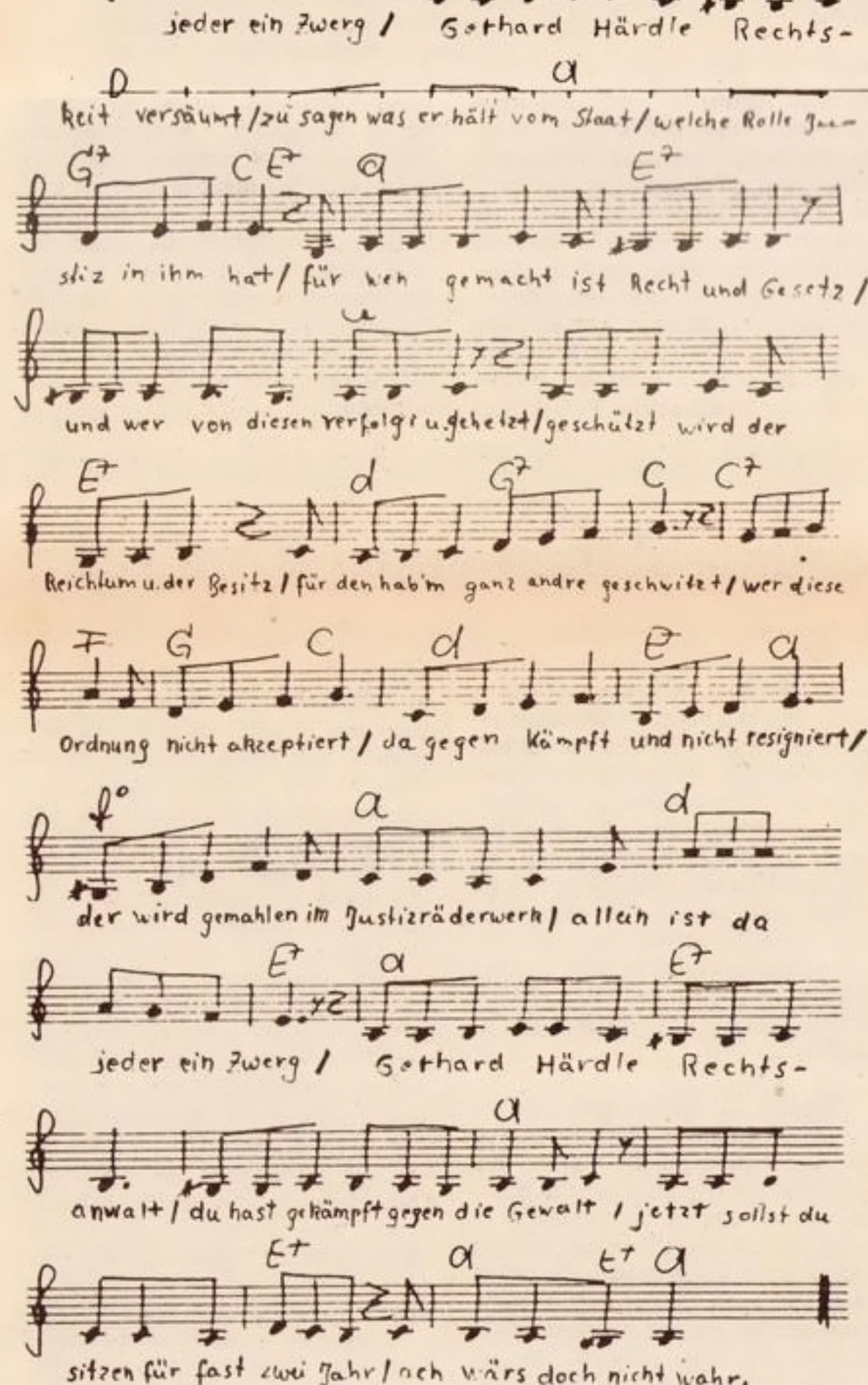
Lieder aus dem Kampf gegen die Inhaftierung von Gerhard Härdle

Im Verlaufe des Kampfes gegen die Inhaftierung von Rechtsanwalt Härdle und gegen das geplante Berufsverbot entstanden einige kulturelle Beiträge, die bei der Demonstration am 6.11. aufgeführt wurden. Eine Straßentheatergruppe (Photo) zeigte in einem ungleichen Boxkampf wie die bürgerliche Justiz mit allen Mitteln und Tricks vorgeht, um politische Gegner k.o. zu schlagen. Die Songgruppe „ROTE BEETE“ sowie Peter Kühn trugen ihre selbstgedichteten Lieder unter großem Beifall vor. Zudem wurde von einem weiteren Laien-Sänger die Ballade von Mackie Messer von Bertolt Brecht umgedichtet und vorgetragen. Last not least spielte die Gruppe „Feuermelder“ Lieder u.a. von Tucholsky gegen die Justiz. Als Beispiel für die Spannweite der Aktivitäten seien hier zwei Lieder abgedruckt.

Lied an einen Freund

(Melodie nach Georg Brassens) — Songgruppe „ROTE BEETE“





Lied an einen Freund

(RA Gerhard Härdle)

(...)

Dieses Lied ist für Männer und Fraun
die sich noch was zu sagen traun
gegen diese Demagogie
von Rechtsstaat und Demokratie
alle, die weil sie im Recht Unrecht sehn
auch auf verbotene Demos gehn
ob gegen Preise bei Bus oder Bahn
oder gehts gegen den Rüstungswahn
wer wagt aufzurufen zur Demonstration
wer auf der Straße treibt Agitation
wer sich noch wehrt und kämpft, der ist schnell
vom Richter genannt kriminell
Du Gerhard hast sehr viel riskiert
dagegen auch vor Gericht protestiert
da wolln sie Dich los sein für fast zwei Jahr
ach wärs doch nicht wahr

Dieses Lied ist nicht für jene Herrn
die schwätzen von Demokratie sehr gern
die sich erkauft mit dem Kapital
in Wahrheit den Sieg bei der Wahl
jene, die für sich gepachtet das Recht
für ihre Zwecke ist das nicht schlecht
denn das Gesetz schützt die Gewalt
von Polizei und Staatsanwalt
doch wagt das einer zu stellen bloß
geht ein Prozeß dann nicht ganz reibungslos
stolperts Gericht übers eigene Recht
dann gehts dem „Linksanwalt“ schlecht
Gerhard, das vergessen die nie
wie gefährlich Du bist für die
Deine Arbeit – wie wichtig sie war
das ist doch ganz klar

Dieses Lied ist für Gerhard H.
der bei Richtern sehr unbeliebt war
ob Bürgermeister, ob andere Herrn
man sieht ihn da oben nicht gern
drum sucht sie nach Gründen ganz schnell
um abzustempeln ihn als kriminell
Zeugen gibts bei der Polizei
ein Staatsanwalt ist auch dabei
die hält nichts zurück – wir habens gesehn
können auch munter Gesetze verdrehn
das war ein abgekartetes Spiel
Berufsverbot war das Ziel
Gerhard, Du machtest ihnen's nicht leicht
Berufsverbot hab'n sie nicht erreicht
doch sollst in den Knast für fast zwei Jahr
ach wärs doch nicht wahr

Sag mal, ich kann das noch nicht ganz verstehn
Du sollst für zwei Jahr nach Stammheim gehn
Du hast doch Familie, ein Kind ganz neu
Wenn Du wiederkommst ist das schon zwei
der Staat ist stark – das weiß ich schon lang
viel viel stärker als mein Gesang
doch nicht so stark, daß wir resigniern
wir dürfen das nicht akzeptiern
wenn sie Dich auch holen – Du kommst

von Polizei und Staatsanwalt
doch wagt das einer zu stellen bloß
geht ein Prozeß dann nicht ganz reibungslos
stolperts Gericht übers eigene Recht
dann gehts dem „Linksanwalt“ schlecht
Gerhard, das vergessen die nie
wie gefährlich Du bist für die
Deine Arbeit – wie wichtig sie war
das ist doch ganz klar

Dieses Lied ist für Gerhard H.
der bei Richtern sehr unbeliebt war
ob Bürgermeister, ob andere Herrn
man sieht ihn da oben nicht gern
drum sucht sie nach Gründen ganz schnell
um abzustempeln ihn als kriminell
Zeugen gibts bei der Polizei
ein Staatsanwalt ist auch dabei
die hält nichts zurück – wir habens gesehn
können auch munter Gesetze verdrehn
das war ein abgekartetes Spiel
Berufsverbot war das Ziel
Gerhard, Du machtest ihnen's nicht leicht
Berufsverbot hab'n sie nicht erreicht
doch sollst in den Knast für fast zwei Jahr
ach wärs doch nicht wahr

Sag mal, ich kann das noch nicht ganz verstehn
Du sollst für zwei Jahr nach Stammheim gehn
Du hast doch Familie, ein Kind ganz neu
Wenn Du wiederkommst ist das schon zwei
der Staat ist stark – das weiß ich schon lang
viel viel stärker als mein Gesang
doch nicht so stark, daß wir resigniern
wir dürfen das nicht akzeptiern
wenn sie Dich auch holen – Du kommst
wieder her
Leute wie Dich brauchen wir doch so sehr
wir werden kämpfen und dauerts auch lang
es kommt der Tag da sind wir dran
Gerhard Härdle – diese Gewalt
diese Geschichte läßt hier keinen kalt
die wollen dich holen für fast zwei Jahr
ach wärs doch nicht wahr

wir müssen kämpfen – das ist doch so klar
das ist doch so wahr!



Straßentheater vor der Demonstration am 6.11.1981: Eine Satire über den Härdle-Prozeß wird aufgeführt.

Wolf, Fuchs und Gartenzwerg

(Melodie: Woody Guthrie, Old judge Thayer)

Der Wolf, der Fuchs, der Gartenzwerg
Verschworen sich in Heidelberg

Und zwar fand das ganze statt
Weil der Igel Stacheln hat

Ich bin, sprach der Gartenzwerg
Stadtoberhaupt von Heidelberg

Der Igel unterwühlt die Stadt
Dem zwicken wir die Stacheln ab

Wenn hier Igel demonstriern
Bleiben die Touristen fern

Nein, so geht das wirklich nicht
Der Igel, der muß vors Gericht

Der Wolf im Amtspelz sagte gleich
Der Igel, der hat rotes Fleisch

Das hab ich zum Fressen gern
Wenn nur nicht die Stacheln wärn

Wer sich nicht zum Wolfsstaat bekennt
Bekommt die Freiheit eingeengt

Gut gesagt, Wolf, gut gemacht
Ham Gartenzwerg und Fuchs gesagt

Gut gesagt, Wolf, gut gemacht
Du wirst Richter, gut gemacht

Der Fuchs sprach, ich weiß eine List
Denn ich bin Oberpolizist

Wenn die Igel demonstriern
Haun wir ihnen auf das Hirn

Nennen das Landfriedensbruch
Zeugen finden wir genug

Bravo, Fuchs, so wird's gemacht
Ham Wolf und Gartenzwerg gesagt

Und genauso machten sie's
Lobten laut noch die Justiz

Ist das nicht ne Klasse-Justiz
Ist das nicht ne Klasse-Justiz

Peter Kühn singt seit vielen Jahren Lieder für die Demokratie (d.h. Volksherrschaft) in Jugendzentren, Hörsälen, auf Kundgebungen oder in Folkclubs. Seine Themen sind Atomkraftwerke, Liebeslieder, Lieder gegen Berufsverbote und Repression, Antikriegslieder und Lieder der Arbeiterbe-

Der Igel unterwühlt die Stadt
Dem zwicken wir die Stacheln ab

Wenn hier Igel demonstriern
Bleiben die Touristen fern

Nein, so geht das wirklich nicht
Der Igel, der muß vors Gericht

Der Wolf im Amtspelz sagte gleich
Der Igel, der hat rotes Fleisch

Das hab ich zum Fressen gern
Wenn nur nicht die Stacheln wärn

Wer sich nicht zum Wolfsstaat bekennt
Bekommt die Freiheit eingeengt

Gut gesagt, Wolf, gut gemacht
Ham Gartenzwerg und Fuchs gesagt

Gut gesagt, Wolf, gut gemacht
Du wirst Richter, gut gemacht

Der Fuchs sprach, ich weiß eine List
Denn ich bin Oberpolizist

Wenn die Igel demonstriern
Haun wir ihnen auf das Hirn

Nennen das Landfriedensbruch
Zeugen finden wir genug

Bravo, Fuchs, so wird's gemacht
Ham Wolf und Gartenzwerg gesagt

Und genauso machten sie's
Lobten laut noch die Justiz

Ist das nicht ne Klasse-Justiz
Ist das nicht ne Klasse-Justiz

Peter Kühn singt seit vielen Jahren Lieder für die Demokratie (d.h. Volksherrschaft) in Jugendzentren, Hörsälen, auf Kundgebungen oder in Folkclubs. Seine Themen sind Atomkraftwerke, Liebeslieder, Lieder gegen Berufsverbote und Repression, Antikriegslieder und Lieder der Arbeiterbe-
wegung. Verschiedentlich in Hörfunk und TV, mit einigen Titeln auch auf Platten und Cassetten. 1975 erschien die Lyriksammlung „Das sorglose Unkraut der Gleichgültigkeit“, Anfang 1982 der Band „Natürlich auch die List“ mit neuen Liedern und Gedichten.

Peter Kühn ist Mitglied im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Autor des Kurzkrimis „Besuch bei Mehmed“), in der GEW und in der Arbeitsgemeinschaft der Liedermacher (AG Song).
Adresse: Peter Kühn, Poststraße 12·6901 Neckargemünd/Wiesenbach·Tel. (06223) 40774

Das Lied von der Zulänglichkeit der Heidelberger Justiz

Und der Haifisch, der hat Zähne
und die trägt er im Gesicht,
und der Zundel hat ein Messer,
doch das Messer sieht man nicht.

An des Neckars trübem Wasser
stehen Häuser groß und schön,
drinnen wohnen feine Leute,
die nur selten sind zu seh'n.

Und es laufen die Geschäfte
mit Millionen wie geschmiert,
und die Obrigkeit wacht drüber,
daß kein Ärger nicht passiert.

Professoren auf dem Lehrstuhl
wissen alles ganz exakt,
wagt ein Student daran zu zweifeln,
wird er gleich hinausgejagt.

Geh'n Studenten gar zusammen
hin auf's hohe Rektorat,
schreit Magnifizenz in Panik:
„Rache für die Missetat!“

Den Student greift sich der Büttel,
und man macht ihm den Prozeß,
doch es geht nicht ganz so einfach,
weil er sich nichts bieten läßt.

Und da ist auch noch der Anwalt,
der sich auskennt im Gesetz,
und der legt darauf den Finger,
weil der Staat es selbst verletzt.

Und der ist schon aufgefallen,
weil Behörden er nicht scheut,
wenn sie Abschiebung versuchen
bei Perser-, Griechen-, Türkenleut'.

Und die hat er gut vertreten,
die der Staat bestrafen wollt'
für die Straßenbahnblockade,
die Zundel fast vom Thron gerollt.

Und wie sehr man sich auch mühte,
sie zu stecken in das Loch:
Härdle spuckte in die Suppe,
viele sind in Freiheit doch!

Und im Emmertsgrund gab's auch noch
um die Jugend ein Geschrei,
und auch die hat sich gewehret,
und der Härdle war dabei.

Und weil das den Herr'n ein Übel,

Und es laufen die Geschäfte
mit Millionen wie geschmiert,
und die Obrigkeit wacht drüber,
daß kein Ärger nicht passiert.

Professoren auf dem Lehrstuhl
wissen alles ganz exakt,
wagt ein Student daran zu zweifeln,
wird er gleich hinausgejagt.

Geh'n Studenten gar zusammen
hin auf's hohe Rektorat,
schreit Magnifizenz in Panik:
„Rache für die Missetat!“

Den Student greift sich der Büttel,
und man macht ihm den Prozeß,
doch es geht nicht ganz so einfach,
weil er sich nichts bieten läßt.

Und da ist auch noch der Anwalt,
der sich auskennt im Gesetz,
und der legt darauf den Finger,
weil der Staat es selbst verletzt.

Und der ist schon aufgefallen,
weil Behörden er nicht scheut,
wenn sie Abschiebung versuchen
bei Perser-, Griechen-, Türkenleut'.

Und die hat er gut vertreten,
die der Staat bestrafen wollt'
für die Straßenbahnblockade,
die Zundel fast vom Thron gerollt.

Und wie sehr man sich auch mühte,
sie zu stecken in das Loch:
Härdle spuckte in die Suppe,
viele sind in Freiheit doch!

Und im Emmertsgrund gab's auch noch
um die Jugend ein Geschrei,
und auch die hat sich gewehret,
und der Härdle war dabei.

Und weil das den Herr'n ein Übel,
brachten sie den Plan zuwege,
wie man diesem Advokaten
nun recht bald das Handwerk lege.

(...)

Der Minister hat's auch eilig,
schreibt gleich an den Staatsanwalt:
„Ich erwarte, daß man mache
diesen Mann beruflich kalt.“

(...)

(Auszüge)

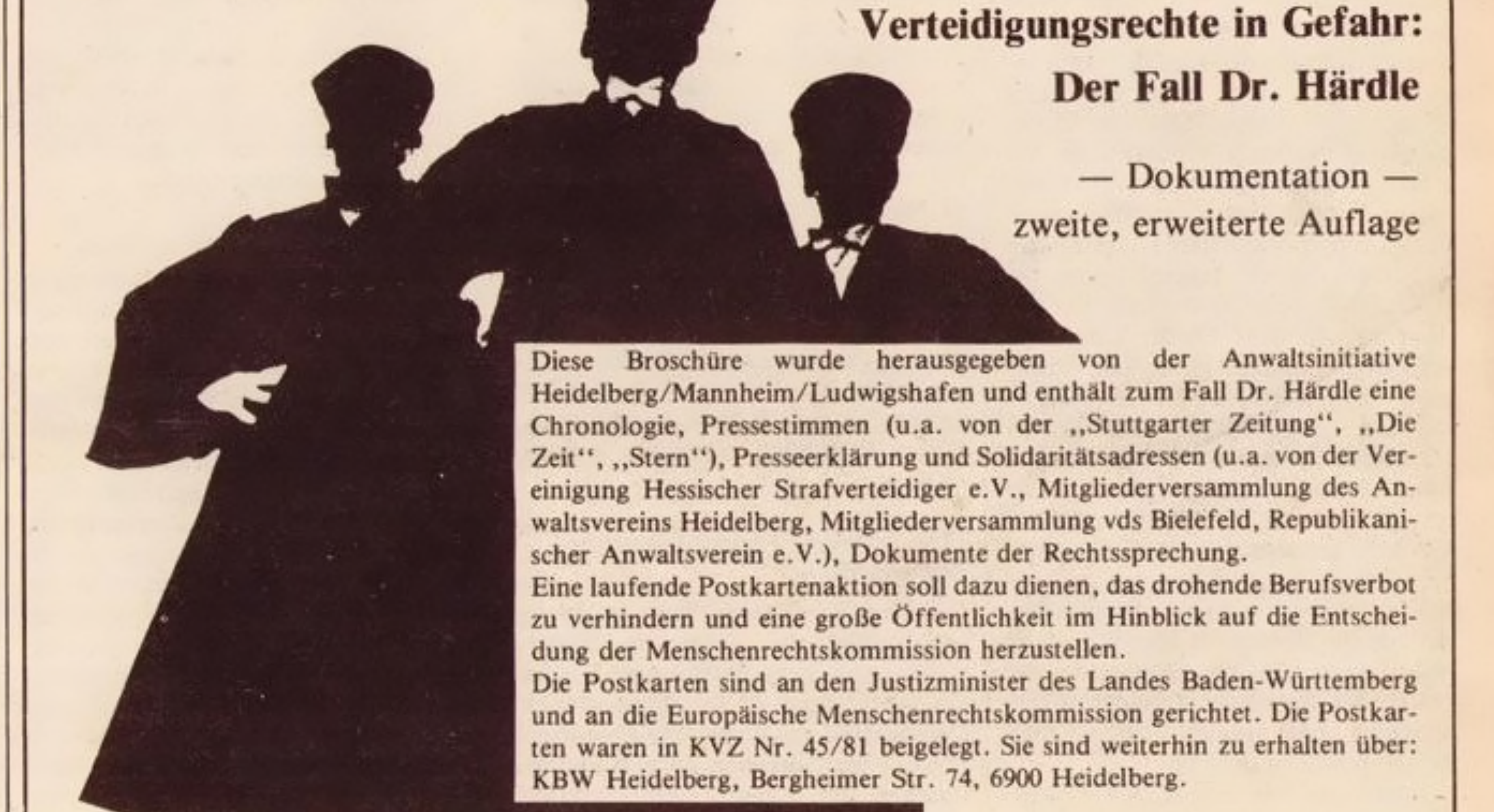
Fernsehtip



„Collin“

Der Fernsehfilm „Collin“ basiert auf einem gleichnamigen Roman des DDR-Schriftstellers Stefan Heym von 1979. In der DDR durfte der Roman nicht veröffentlicht werden. Der Roman handelt vom Konflikt zwischen Menschlichkeit und Macht, zwischen Moral und Politik, schriftstellerischem Ethos und Parteimacht. Die Handlung spielt vor allem in einem „Bonzenkrankenhaus“ in der DDR. Ein alternder, bekannter Schriftsteller trifft in der Klinik auf einen kranken, ebenso alternden Geheimdienstchef. Angereichert wird die Handlung, die sich um das Zusammentreffen dieser beiden Vertreter einer unterschiedlichen Haltung rankt, durch einige Liebesverhältnisse und durch verschiedene Rückblicke und Dialoge um die Geschichte der Arbeiterbewegung vom Spanischen Bürgerkrieg über die Geschichte der DDR bis zur Gegenwart. Ansatzweise tauchen im Roman einzelne Gruppierungen der Opposition gegen das SED-Regime auf, etwa im Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR 1968 oder in der Haltung kristischer Intellektueller. Gleichzeitig wird ein recht anschauliches Bild der herrschenden Klasse und ihres Anhangs, vor allem derer, die an den Verhältnissen ihren Schnitt machen, gezeichnet in all ihrer Verkommenheit und Widerlichkeit. Dabei geht es Heym aber weniger um Klassen und Klasseninteressen, sondern um den abstrakten Gegensatz von Politik und Moral, Macher und Moralist.

Sonntag, 6.12., 21.10 Uhr und Mittwoch, 9.12., 20.15 Uhr in der ARD



Verteidigungsrechte in Gefahr:

Der Fall Dr. Härdle

— Dokumentation —
zweite, erweiterte Auflage

Diese Broschüre wurde herausgegeben von der Anwaltsinitiative Heidelberg/Mannheim/Ludwigshafen und enthält zum Fall Dr. Härdle eine Chronologie, Pressestimmen (u.a. von der „Stuttgarter Zeitung“, „Die Zeit“, „Stern“), Presseerklärung und Solidaritätsadressen (u.a. von der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V., Mitgliederversammlung des Anwaltsvereins Heidelberg, Mitgliederversammlung vds Bielefeld, Republikanischer Anwaltsverein e.V.), Dokumente der Rechtssprechung.
Eine laufende Postkartenaktion soll dazu dienen, das drohende Berufsverbot zu verhindern und eine große Öffentlichkeit im Hinblick auf die Entscheidung der Menschenrechtskommission herzustellen.
Die Postkarten sind an den Justizminister des Landes Baden-Württemberg und an die Europäische Menschenrechtskommission gerichtet. Die Postkarten waren in KVZ Nr. 45/81 beigelegt. Sie sind weiterhin zu erhalten über: KBW Heidelberg, Bergheimer Str. 74, 6900 Heidelberg.